

Frauenfragen / Questions au féminin / Problemi al femminile

1/86

Claude Longchamp:	
Männer und Frauen an den Urnen - Material zu einer neuen Konfliktlinie bei eidgenössischen Abstimmungen	3- 19
L'homme et la femme face aux urnes - Signes d'un nouveau clivage dans les votations fédérales	20- 36
Donne e uomini alle urne - Dati sulla nuova linea conflittuale nelle votazioni federali	37- 53
Günter Stratenwerth:	
Die Revision des schweizerischen Sexualstrafrechts	54- 58
La révision du droit pénal en matière sexuelle. Résumé	59
La revisione del codice penale svizzero in materia di reati sessuali. Riassunto	60
Greta Lauterburg:	
Vergewaltigung - ein Delikt oder keines? Zur Revision des Vergewaltigungsartikels	61- 67
Le viol, un délit? Résumé	68- 69
Lo stupro è o non è un delitto? Riassunto	70- 71
Gesetzestexte	72- 73
Barbara Fischer:	
Der Tatbestand der Vergewaltigung im Lichte des Gleichstellungsgebots von Art. 4 Abs. 2 Bundesverfassung	74- 81
Les éléments constitutifs du viol à la lumière du principe d'égalité fixé à l'art. 4, 2e al. de la Constitution. Résumé	82
La fattispecie dello stupro alla luce del precetto dell'egualianza sancito dall'art. 4 cpv. 2 Cost. Riassunto	83
Die Tätigkeit der Eidg. Kommission für Frauenfragen im Jahre 1985	
Les activités de la Commission fédérale pour les questions féminines en 1985	84- 87
L'attività della Commissione federale per i problemi della donna nel corso de 1985	88- 91
	92- 95
Modellfall Schweden - Vorbild für die Schweiz? - Eine Tagung zur Gleichstellung von Frau und Mann in Schweden und in der Schweiz	
	96
Chronik der laufenden Ereignisse, Oktober 1985 bis Januar 1986	
	97-100
L'actualité au féminin, novembre 1985 - janvier 1986.	
	101-103
Uebersicht über die Verhandlungen der Bundesversammlung	
Résumé des délibérations de l'Assemblée fédérale	104-111
Passagen: Else Lasker-Schüler: 'Helles Schlafen - dunkles Wachen'. dtv, München, 1962.	
	2, 67, 87

prägt ist. -

Eines machen die Artikel auf alle Fälle deutlich: Die Ausgestaltung des Sexualstrafrechts kann nicht losgelöst von der Stellung, die Frauen in unserer Gesellschaft innehaben, betrachtet werden. Dass Juristinnen bei gleichem Ausgangspunkt, nämlich der Forderung nach gleicher Würde und Wertschätzung für Frauen und Männer auch im Sexualstrafrecht, nicht die selben Postulate aufstellen und die selben Schwerpunkte in Einzelfragen setzen müssen, zeigen die beiden Artikel zum Vergewaltigungstatbestand.

Als Kontrast zu den eher wissenschaftlichen und teilweise nüchternen - wohl oft auch ernüchternden - Beiträgen wählten wir für die PASSAGEN Gedichte von Else Lasker-Schüler aus. Sie sind ihrem Gedichtband "Helles Schlafen - dunkles Wachen" entnommen.

Claudia Kaufmann



Leise sagen -

Du nahmst dir alle Sterne
Über meinem Herzen.

Meine Gedanken kräuseln sich,
Ich muß tanzen.

Immer tust du das, was mich aufschauen läßt,
Mein Leben zu müden.

Ich kann den Abend nicht mehr
Über die Hecken tragen.

Im Spiegel der Bäche
Finde ich mein Bild nicht mehr.

Dem Erzengel hast du
Die schwebenden Augen gestohlen;

Aber ich nasche vom Seim
Ihrer Bläue.

Mein Herz geht langsam unter
Ich weiß nicht wo -

Vielleicht in deiner Hand.
Überall greift sie an mein Gewebe.

Frauenfragen
 Questions au féminin
 Problemi al femminile



9. Jahrgang, Nr. 1
 März 1986

herausgegeben von der Eidgenössischen
 Kommission für Frauenfragen. Bundesamt
 für Kulturpflege, Thunstrasse 20
 3006 Bern, Tel. 031/61.92.75

Redaktion: Käthi Belser, Claudia
 Kaufmann, Verena Laedrach-Feller

Abdruck der Beiträge nach Rücksprache
 mit der Redaktion und unter genauer
 Quellenangabe erwünscht. Belegsexemplare
 sind willkommen

Die in diesem Heft erscheinenden
 Beiträge sollen unterschiedliche
 Meinungen zum Ausdruck bringen,
 die zu kennen und zu diskutieren
 sich lohnt, die sich aber nicht
 mit jenen der Eidg. Kommission
 für Frauenfragen zu decken brauchen

Die VOX-Analyse zur Abstimmung vom
 22. September 1985 brachte es an den
 Tag: Zum ersten Mal haben Frauen den Aus-
 gang einer Volksabstimmung entschieden;
 nur dank ihrer 61% Ja-Stimmen wird das
 neue Eherecht am 1. Januar 1988 in Kraft
 treten können! Bietet dieses Abstimmungs-
 ergebnis nun Grund für grosse Genugtuung
 über das politische Bewusstsein der Frau-
 en, über ihr verbessertes Ausnützen der
 ihnen seit jetzt 15 Jahren zustehenden
 politischen Rechte? Oder sind die Zahlen
 der Abstimmungsanalyse nicht vielmehr er-
 schreckender Beweis dafür, wie schnell
 die Mehrheit der Schweizer Männer (zumin-
 dest 52% der Urnengänger) bei der Kon-
 kretisierung des Gleichstellungsgebotes
 die Notbremse ziehen? - Der Ausgang der
 Eherechtsabstimmung ist zumindest Anlass
 genug, das Abstimmungsverhalten von Frau-
 en auch bei anderen Vorlagen genauer un-
 ter die Lupe zu nehmen, die seit 1977 zur
 Verfügung stehenden Zahlen der VOX-Analy-
 sen in bezug auf das unterschiedliche
 Teilnahme- und Stimmverhalten von Frauen
 und Männern zu untersuchen.

Mit einer zweiten Gesetzesrevision, einer
 allerdings noch nicht abgeschlossenen, be-
 beschäftigen sich drei weitere Artikel die-
 ser Bulletin-Ausgabe: Im Sommer 85 ver-
 öffentlichte der Bundesrat seinen Entwurf
 zur Sexualstrafrechtsrevision, der in ei-
 nigen bedeutenden Punkten vom Vorentwurf
 der Expertenkommission von 1977 abweicht.
 Die vorberatende Kommission des Stände-

rates - Erstrat dieses Geschäfts - hat in
 ihrer ersten Sitzung einstimmig beschlossen,
 auf die Vorlage einzutreten. Sie wird am
 25. April mit der Detailberatung beginnen.

Wir beabsichtigen, während den verschie-
 denen nächsten Etappen der Revisionsarbeiten
 in loser Folge auf einzelne Aspekte der
 Sexualstrafrechtsreform einzugehen. Zur
 Einführung in dieses Thema kommt heute ei-
 nerseits ein Mitglied der Expertenkommission,
 das den Vorentwurf seiner Kommission wie
 auch den Entwurf des Bundesrats vorstellt
 und kommentiert, zu Wort. Andererseits
 greifen wir in zwei Beiträgen den für Frau-
 en besonders gewichtigen wie auch - sowohl
 in seiner heutigen Formulierung als auch
 in den Entwurfsfassungen - problematischen
 Tatbestand der Vergewaltigung auf.

Als eine der wesentlichen Positionen, von
 denen die Expertenkommission bei ihrer
 Arbeit ausgegangen sei, nennt Günter
 Stratenwerth in seinem Artikel die Trennung
 von Recht und Moral resp. Recht und Sittlich-
 keit. Kann eine solche Trennung überhaupt
 vollzogen werden? Ist nicht jedes Recht -
 und Strafrecht im speziellen - Ausdruck
 gesellschaftlicher Moral? Frauen assoziieren
 jedenfalls, wie Untersuchungen zur Ein-
 stellung von Frauen zum Recht nachweisen,
 mit Strafrecht auch Moral; sie verbinden
 mit Recht Gerechtigkeit - und dies nicht
 nur im formal juristischen Sinne -, auch
 wenn ihr Rechtsbewusstsein in erster Linie
 von alltäglichen Unrechtserfahrungen ge-

Männer und Frauen an den Urnen - Material zu einer neuen Konfliktlinie bei eidgenössischen Abstimmungen

von Claude Longchamp, Assistent am Forschungszentrum für schweizerische Politik

Einleitung

Stimmen Frauen anders als Männer? Diese Fragen bewegte die Gemüter im Vorfeld der eidgenössischen Urnengänge, an denen die mündigen Männer darüber zu entscheiden hatten, ob das "allgemeine" Stimm- und Wahlrecht auch auf den weiblichen Teil der erwachsenen Bevölkerung ausgedehnt werden sollte. Nach der Aenderung im Jahre 1971 legten sich die Wogen jedoch wieder: Statt des befürchteten oder erhofften Wandels bei den Abstimmungen setzte sich eher das Bekannte durch. Erste Uebersichten über wissenschaftliche Untersuchungen zum Abstimmungsverhalten der Frauen legten denn auch nüchterne Schlüsse nahe. So hiess es 1979 im ersten Bericht über die Stellung der Frau in der Schweiz: "Alles in allem gehen weniger Frauen als Männer an die Urne. Dies gilt für Wahlen und Abstimmungen auf eidgenössischer, kantonaler und kommunaler Ebene. Ob es zwischen Männer und Frauen Unterschiede in der Regelmässigkeit gibt, lässt sich nicht eindeutig sagen" (S. 92). Und über das Stimmverhalten resümierte die Eidgenössische Kommission für Frauenfragen: "Am Urnengang teilnehmende Frauen scheinen bei den meisten Abstimmungen grundsätzlich gleicher Meinung zu sein wie die Männer. Dass einzelne Vorlagen mehrheitlich männliche Befürworter fanden, könnte allerdings ein Hinweis darauf sein, dass stimmende Frauen eher zur Bewahrung der geltenden Regelung als zu neuen und freiheitlichen Lösungen neigen" (S. 95) (1).

In beiden Urteilen dominiert das beschwichtigende Element: Durch die Einführung des Frauenstimm- und Wahlrechts seien die für das Abstimmungsgeschehen bestimmenden Konfliktlinien nicht durch einen neuen potentiellen Gegensatz - jenen zwischen Männern und Frauen - erweitert worden. Es mag sein, dass solche Interpretationen, welche ein eher passives und konservatives Frauenbild beinhalten, geeignet waren, die eingangs skizzierten Aengste abzubauen oder gehegte Hoffnungen zu dämpfen - also mehr politische Ziele verfolgten. Jedenfalls helfen sie kaum, das Hauptereignis der Nachanalyse zum Neuen Ehe- und Erbrecht zu deuten: Augenfällig war hier der deutliche Unterschied im

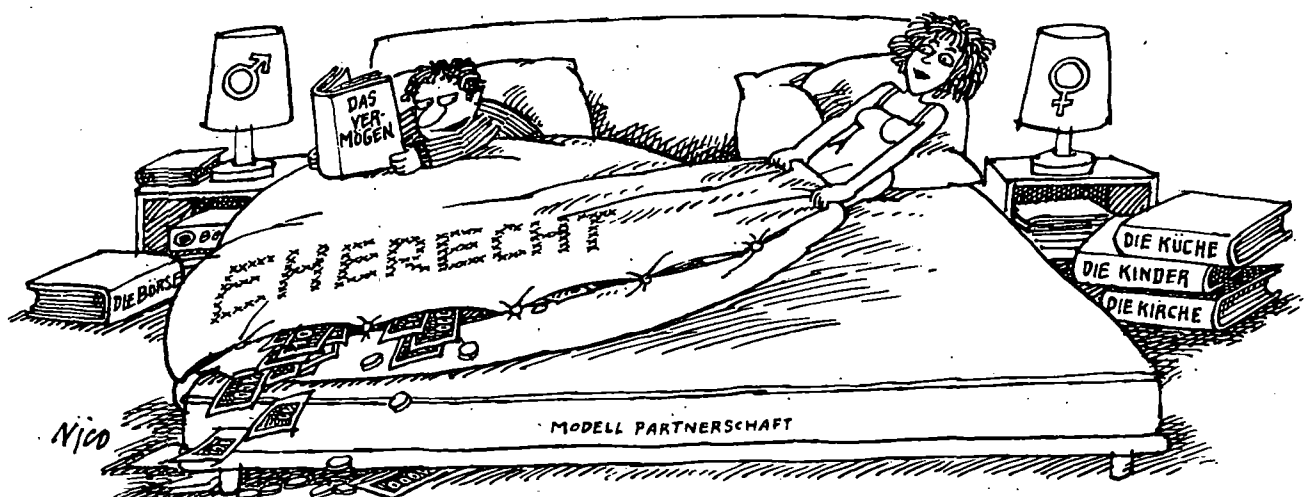
Stimmverhalten, unterstützten doch 61% der stimmenden Frauen, aber nur 48% der Teilnehmer die insgesamt mit knapp 55% befürwortete Gesetzesrevision. Damit führte - soweit Ergebnisse vorliegen - ein auch statistisch relevant anderes Stimmverhalten der Frauen erstmals dazu, dass einer Vorlage der Durchbruch gelang, auch wenn sie von einer (knappen) Mehrheit der Männer abgelehnt wurde (2).

Mit diesem Widerspruch ist die Ausgangslage für diesen Bericht gegeben: Widerspiegeln die beiden oben zitierten Zusammenfassungen die heutige Realität noch? Ist das Ergebnis aus der Analyse des Abstimmungsverhaltens beim Neuen Ehe- und Erbrecht ein Zufall? Oder müssen neue, differenzierte Sichtweisen ermittelt werden?

Die Annäherung an diese Fragen soll auf 3 Arten geschehen: Einmal im Rückblick, um generelle Unterschiede im Abstimmungsverhalten festzustellen, sodann in Form eines Fallbeispiels zur Meinungsbildung beim Neuen Ehe- und Erbrecht und schliesslich durch einen Ausblick, um die (zeitlich) Prioritäten für die weitere Behandlung von Gleichberechtigungsvorlagen kennen zu lernen. Dazu wird auf eine für diese Thematik aufschlussreiche Quelle, die Nachanalyse von Repräsentativbefragungen, welche sich auf Abstimmungen beziehen, zurück gegriffen. Als konkretes Material können die zwischen 1977 und 1985 durchgeführten Vox-Analysen eidgenössischer Urnengänge zu mittlerweile rund 70 nationalen Abstimmungen verwendet werden (3).

1. Das Abstimmungsverhalten der Geschlechter im Ueberblick

Wenn in der Folge von Abstimmungsverhalten die Rede ist, so werden zwei Elemente darunter verstanden: Zuerst muss die Frage der Teilnahme entschieden werden, danach gilt es jeweils, sich zu einem Ja oder Nein zu entschliessen. Zur Beschreibung der quantita-



«Du hast doch jetzt zwanzig Jahre lang nie gefroren.»

tiven Verhältnisse wird hier jenes mit Teilnahmeverhalten, dieses mit Stimmverhalten bezeichnet. Es ist klar, dass diese Konzentration unserer Ueberlegungen eine Auswahl aus denkbaren Ansatzpunkten für das politische Handeln darstellen. Den für unseren Zweck nötigen Ueberblick über die Resultate aus den VOX-Analysen der Jahre 1977 bis 1985 verschafft die Uebersicht 1.

1.1. Das Teilnahmeverhalten von Frauen und Männern

Ein erster Blick auf das Teilnahmeverhalten aller Stimmberechtigten zeigt, dass die Partizipation starken Schwankungen unterworfen ist. Wird vom Einzelfall abgesehen, kann in etwa folgendes festgehalten werden: Nachdem die Teilnahme an Sachbestimmungen vom Ende des Zweiten Weltkrieges bis anfangs der 70er Jahre praktisch kontinuierlich gesunken ist, verläuft die Entwicklung seither mehr in Form einer Wellenbewegung. Wie unsere Uebersicht wenigstens für die Jahre seit 1977 zeigt, gilt dies für beide Geschlechter: Praktisch unabhängig von der schwankenden Höhe der Partizipation kann bei 16 der 25 nachanalytierten Urnengänge eine signifikant stärkere Beteiligung der Männer nachgewiesen werden; bei 7 der verbleibenden Fälle überwogen die Männer, wenn auch nicht mehr so deutlich. Im Schnitt kann für die beobachtete Periode eine Differenz von 11% festgehalten werden; damit erreicht der geschlechtsspezifische Unterschied bei der Partizipation ein statistisch relevantes Niveau.

Wie die beiden letzten untersuchten Abstimmungen im Jahre 1985 jedoch zeigen, können Betrachtungen, die nur auf Durchschnittswerten basieren, interessante Entwicklungen übersehen. Betrachtet man den Einzelfall, wird obige Schlussfolgerung differenziert werden müssen. Aus vielen Untersuchungen über konventionelle politische Aktivität ist bekannt, dass der Grad der Integration ins öffentliche Leben eine bedeutsame Rolle spielt. Theoretische und empirische Hinweise sprechen allerdings dafür, für die Erklärung der Partizipation im einen konkreten Fall eine zusätzliche Annahme zu treffen.

Von den regelmässig Teilnehmenden müssen jene unterschieden werden, welche sich von Fall zu Fall entscheiden, d.h. gelegentlich partizipieren. Für längerfristige Trends wird man die These der politischen Integration heranziehen können. Kurzfristige Schwankungen dagegen sollten nur als Folge des speziellen Verhaltens der gelegentlich Partizipierenden interpretiert werden.

In Bezug auf die Geschlechter kann von den folgenden Verhältnissen ausgegangen werden: Gegenwärtig beteiligen sich rund 34% der Männer, aber nur 28% der Frauen regelmässig: zeitliche Vergleiche sprechen dafür, dass sich diese Werte nur langsam ändern, die Differenz zwischen den Geschlechtern seit 1977 hat jedoch eher abgenommen. Stärker als

Übersicht 1: Analyse des Abstimmungsverhaltens nach Geschlecht (1977-1985)

Abstimmungsdatum/-gegenstände ¹⁾	Teilnahmeverhalten				Stimmverhalten			
	Beteiligung in % (N=Stimmberechtigte)				Ja-Anteil in % (N=Stimmende)			
	Total ²⁾	Abwei- chung Frauen von ³⁾ To- tal	Abwei- chung Männer von To- tal	Abwei- chung Frauen von Män- nern	Total ²⁾	Abwei- chung Frauen vom ³⁾ To- tal	Abwei- chung Männer vom To- tal	Abwei- chung Frauen von Män- nern
<u>13.3.1977</u>	45 %	- 9 %	+ 8 %	- 17 % ⁴⁾				
- 4. Ueberfremdungsinitiative					29 %	+ 2 %	- 1 %	+ 3 %
- 5. Ueberfremdungsinitiative					34	+ 2	- 1	+ 3
- Erweitertes Staatsvertragsreferendum					23	- 3	+ 2	- 5
- Gegenvorschlag zum erweiterten Staatsvertragsreferendum					66	+ 4	- 3	+ 7
<u>12.6.1977</u>	50	- 3	+ 4	- 7				
- Finanz- und Steuerpaket					41	- 1	+ 2	- 3
<u>25.9.1977</u>	52	- 6	+ 5	- 11				
- Mieterschutzinitiative					43	+ 1	- 1	+ 2
- Gegenvorschlag Mieterschutzinitiative					45	- 1	+ 1	- 2
- "Albatros"-Initiative					39	+ 1	- +	+ 2
- Fristenlösungsinitiative					48	- 5	+ 5	- 10
- Erhöhung der Unterschriftenzahl für Initiative und Referendum					56	0	- 1	+ 1
<u>4.12.1977</u>	38	- 7	+ 6	- 13				
- Reichtumssteuerinitiative					44	- 6	+ 5	- 11
- Bundesgesetz über politische Rechte					59	+ 2	- 1	+ 3
- Zivildienstinitiative I					38	+ 4	- 4	+ 8
- Sparpaket					62	+ 3	- 3	+ 6
<u>26.2.1978</u>	48	- 7	+ 6	- 13				
- Demokratie im Nationalstrassenbau					39	+ 4	- 4	- 9
- Herabsetzung des AHV-Alters					21	- 6	+ 8	- 14
- Konjunkturartikel					68	+ 2	- 1	+ 3
- 9. AHV-Revision					66	+ 1	- 2	+ 3
<u>28.5.1978</u>	49	- 4	+ 4	- 8				
- 12 motorfahrzeugfreie Sonntage					36	+ 3	- 3	+ 6
- Zeitgesetz (Sommerzeit)					48	- 1	+ 2	- 3
- Schutz der Schwangerschaft					31	- 1	+ 1	- 2
- Hochschulförderungsgesetz					43	+ 1	- 1	+ 2
- Zolltarif (Brotpreis)					55	- 2	+ 2	- 4
<u>24.9.1978</u>	42	- 5	+ 4	- 9				
- Gründung des Kantons Jura					82	+ 4	- 4	+ 8
<u>3.12.1978</u>	43	- 9	+ 9	- 18				
- Milchwirtschaftsbeschluss					68	- 1	0	- 1
- Tierschutzgesetz					82	+ 1	- 1	+ 2
- Berufsbildung					56	+ 4	- 3	+ 7
- Bundessicherheitspolizei					44	+ 1	- 1	+ 2
<u>18.2.1979</u>	50	- 5	+ 5	- 10				
- Fuss- und Wanderwege					78	+ 6	- 5	+ 11
- Stimm- und Wahlrecht 18					49	- 2	+ 2	- 4
- Initiative gegen die Suchtmittelreklame					41	+ 5	- 5	+ 10
- Atominitiative I					49	+ 3	- 3	+ 6
<u>20.5.1979</u>	38	- 7	+ 6	- 13				
- Bundesfinanzreform					35	0	0	0
- Atomgesetz					69	0	0	0
<u>2.3.1980</u>	35	- 6	+ 6	- 12				
- Trennung von Kirche und Staat					21	- 5	+ 4	- 9
- Neuordnung der Landesversorgung					86	0	- 1	+ 1
<u>30.11.1980</u>	42	- 6	+ 6	- 12				
- Gurtenobligatorium					52	+ 3	- 2	+ 5
- Kantonsanteil Stempelabgaben					67	0	0	0
- Neuverteilung Alkoholeinnahmen					71	+ 1	0	+ 1
- Revision Brotgetreideordnung					64	0	+ 1	- 1

<u>5.4.1981</u>	40	- 5	+ 5	<u>- 10</u>				
- "Mitenand"-Initiative					16	+ 1	0	+ 1
<u>14.6.1981</u>	34	- 3	+ 2	- 5				
- Gleiche Rechte für Mann und Frau					60	+ 7	- 7	+ 14
- Konsumentenschutz					66	+ 3	- 3	+ 6
<u>29.11.1981</u>	30	- 6	+ 6	<u>- 12</u>				
- Weiterführung der Finanzordnung					69	0	+ 1	- 1
<u>6.6.1982</u>	35	- 4	+ 4	- 8				
- Aenderung des Strafgesetzbuches					64	0	- 1	+ 1
- Ausländergesetz					50	+ 4	- 3	+ 7
<u>28.11.1982</u>	33	- 5	+ 4	- 9				
- Preisüberwachungsinitiative					56	+ 3	- 2	+ 5
- Gegenvorschlag Preisüberwacher					22	0	0	0
<u>27.2.1983</u>	32	- 9	+ 9	<u>- 18</u>				
- Neuregelung der Treibstoffzölle					53	- 4	+ 3	- 7
- Energieartikel					51	+ 1	- 1	+ 2
<u>26.2.1984</u>	53	- 9	+ 9	<u>- 18</u>				
- Schwerverkehrsabgabe					59	- 1	+ 1	- 2
- Autobahnvignette					53	+ 1	0	+ 1
- Zivildienstinitiative II					36	+ 6	- 4	+ 10
<u>20.5.1984</u>	42	- 7	+ 7	<u>- 14</u>				
- Bankeninitiative					27	+ 2	- 1	+ 3
- Ausverkauf der Heimat					49	+ 1	0	+ 1
<u>23.9.1984</u>	42	- 9	+ 8	<u>- 17</u>				
- Atominitiative II					45	+ 4	- 3	+ 7
- Energieinitiative					46	+ 5	- 4	+ 9
<u>2.12.1984</u>	38	- 4	+ 3	- 8				
- Radio- und Fernsehartikel					69	+ 2	- 2	+ 4
- Hilfe bei Gewaltverbrechen					82	0	0	0
- Mutterschaftsinitiative					16	+ 1	- 1	+ 2
<u>10.3.1985</u>	34	- 7	+ 7	<u>- 14</u>				
- Aufgabenneuverteilung Primarschule					59	- 3	+ 2	- 5
- Aufgabenneuverteilung Gesundheitswesen					53	+ 1	0	+ 1
- Aufgabenneuverteilung Stipendienwesen					48	0	0	0
- Ferieninitiative					35	+ 1	- 1	+ 2
<u>9.6.1985</u>	35	+ 1	+ 0	+ 1				
- Kantonsanteil Stempelabgaben					67	- 2	+ 2	- 4
- Neuverteilung Alkoholeinnahmen					72	0	- 1	+ 1
- Aufhebung Brotgetreideunterstützung					57	- 2	+ 1	- 3
- Initiative "Recht auf Leben"					31	+ 2	- 2	+ 4
<u>22.9.1985</u>	42	+ 1	0	+ 1				
- Neues Ehe- und Erbrecht					55	+ 6	- 7	+ 13
- Einheitlicher Schuljahresbeginn					59	+ 2	- 2	+ 4
- Innovationsrisikogarantie					43	+ 1	- 2	+ 3

- Keine Analyse des geschlechtsspezifischen Abstimmungsverhaltens wurde bei der Steuerharmonisierung (12.6.1977), bei der Aenderung der Bürgerrechtsregelung und der Erleichterten Einbürgerung (beide 4.12.1983) durchgeführt; ansonsten ist der Ueberblick für den Zeitraum 1977 bis September 1985 vollständig.
- Bei diesem Total handelt es sich um den effektiven Wert (offizielles Ergebnis auf ganze Zahlen gerundet).
- Bei diesem Wert handelt es sich um die erhobene Abweichung (Befragungswert; auf ganze Zahlen gerundet); wenn dieser nicht überall mit den in den VOX-Broschüren publizierten Werten übereinstimmt, so lässt sich dies darauf zurückführen, dass in dieser Zusammenstellung nur die materiell Antwortenden berücksichtigt wurden, d.h. die Antwortverweigerer sowohl beim Teilnahmeverhalten als auch bei Stimmverhalten weggelassen wurden.
- Werte, die unterstrichen sind, können als statistisch signifikant (Chi-Quadrat-Test) gelten.

Quelle: VOX-Analysen der eidgenössischen Urnengänge (seit 1977)

bei den Männern zeigt sich bei den Frauen ein Trend zu selektiver Teilnahme. Der Gang zur Urne wird hier stärker vom Gegenstand und vom Grad der Meinungsbildung abhängig gemacht; er ist weniger stark von normativen Elementen abhängig. Wenn auch die genaue empirische Bestimmung des Potentials gelegentlich Teilnehmender schwierig erscheint und auch die Kombination mehrerer Gegenstände an einem Abstimmungstag die genaue Ermittlung der Mobilisierung eines Themas erschwert, so kann doch plausibel angenommen werden, dass es am 9. Juni die Initiative "Recht auf Leben" und am 22. September das Referendum zum neuen Ehe- und Erbrecht waren, die dafür sorgten, dass Unterschiede in der Teilnahme, die aufgrund der regelmässigen Urnengänger resultieren, durch gelegentliche Teilnehmerinnen ausgeglichen wurden.

Ist also die erste Zusammenfassung aus dem Bericht zur Stellung der Frau in der Schweiz noch zutreffend? Im Kern wird man ihr auch heute noch zustimmen können. Nach wie vor stimmt es, dass Frauen durchschnittlich weniger häufig an Urnengängen teilnehmen. Aus den beiden zitierten Beispielen wird man auch nicht den Schluss ziehen dürfen, die strukturelle Basis der politischen Partizipation, die Integration ins öffentliche Leben, habe sich Mitte der 80er Jahre grundlegend gewandelt. Allerdings zeigen die Beispiele, dass nicht mehr automatisch von einem geschlechtsspezifisch zusammengesetzten Stimmkörper ausgegangen werden kann. Das Bild der politisch grundsätzlich passiveren Frauen wird wenigstens für den hier ausgewählten Bereich als zu vereinfachend abgelehnt werden müssen.

1.2. Das Stimmverhalten von Frauen und Männern

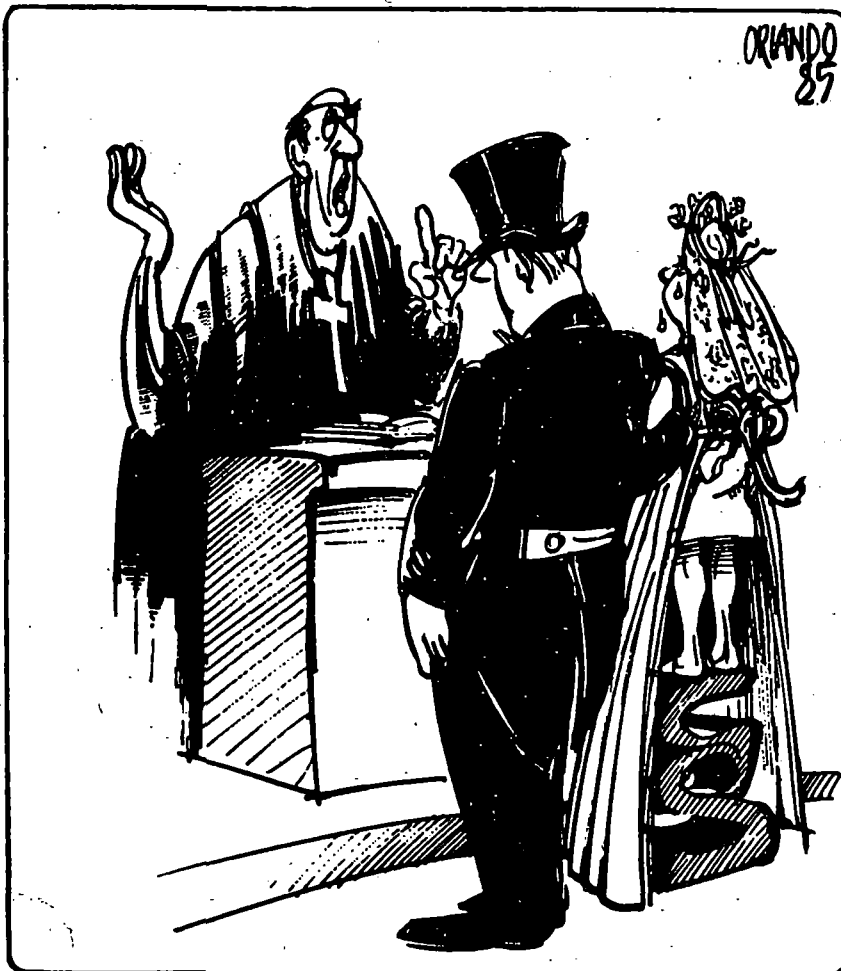
Analysen des Stimmverhaltens, die bis anhin seltener geleistet worden sind, können nicht auf nur quantitative Unterschiede abgestützt werden. Bei wenig umstrittenen Themen, die zu einer klaren Annahme oder Verwerfung führen, spielen sie nur eine nebensächliche Rolle. Interessant werden sie vor allem dann, wenn die totale Zustimmung um die entscheidende 50%-Schwelle kreist und unterschiedliche Ja/Nein-Mehrheiten bei Frauen und Männern (= qualitativer Unterschied) resultieren.

Rein quantitativ betrachtet ist die Abweichung eher gering. Im Schnitt der Abstimmungen während den Jahren 1977 bis 1985 betrug die erhobene Differenz 4,7%; damit wird normalerweise kein signifikantes Niveau erreicht. Aber auch qualitative Beispiele waren, wie die folgenden Erläuterungen zeigen werden, insgesamt eher eine Seltenheit. Stimmt also die zweite zitierte Beobachtung aus dem Frauenbericht, dass nämlich am Urnengang teilnehmende Frauen bei den meisten Abstimmungen gleicher Meinung wie die Männer zu sein scheinen? Im folgenden soll die Ansicht illustriert werden, dass die interessanten Ergebnisse erst dann sichtbar werden, wenn das Stimmverhalten nach Sachbe-

reichen gesondert untersucht wird; drei Beobachtungen und Interpretationsansätze lassen sich nennen:

- Signifikante Abweichungen liegen dann vor, wenn es sich um Themen handelt, die geschlechtsspezifische Interessen im Sinne einer umfassend bedeutsamen Aenderung bisheriger Rechte beinhalten. Diese erste Arbeitshypothese wird vor allem durch die beiden positiv ausgegangenen Abstimmungen über die Gleichberechtigung von Mann und Frau (14.6.1981) und über das neue Ehe- und Erbrecht (22.9.1985) sowie durch die klar verworfene Initiative für eine Herabsetzung des AHV-Alters (26.2.1978) bestätigt. In allen drei Fällen ging es um die Neuverteilung kollektiver geschlechtsspezifischer Rechte. In allen drei Fällen resultierten Unterschiede im Stimmverhalten von 13 bis 14%: Soweit Ergebnisse vorliegen, handelt es sich um die grössten Abweichungen zwischen Männern und Frauen überhaupt; im Falle des Neuen Ehe- und Erbrechts lag zudem auch ein qualitativer Unterschied vor. Wenn eine solche Abweichung bei der Initiative für eine Mutterschaftsversicherung nicht ermittelt werden konnte, kann vermutet werden, dass in diesem Falle objektiv und subjektiv zu gruppenspezifische Interessen vorlagen. Eigentlich nur Frauen im gebärfähigen Alter konnten sich Vorteile versprechen; die Solidarität aller Frauen wurde weiter durch die Politisierung als "feministische Forderung" erschwert.
- Geschlechtsspezifische Betroffenheiten fanden sich bei den Abstimmungen über einen Zivildienst und bei den Plebisziten zur Liberalisierung des Schwangerschaftsabbruches. Der Unterschied zu der ersten Gruppe von Beispielen liegt allerdings darin, dass beide Sachbereiche nicht als Umverteilungsvorlagen thematisiert werden konnten. Entsprechend finden sich auch bei den Resultaten zum Stimmverhalten nicht mehr Ergebnisse, die als Verteidigung gegensätzlicher Interessen gesehen werden können: Auffallend ist, dass in allen fünf vorliegenden Beispielen das unmittelbar betroffene Geschlecht eine zurückhaltendere Stimmabgabe zeigte. Die beiden Begehren für die Einführung eines Zivildienstes (4.12.1977 und 28.2.1984) fanden bei den Frauen eine stärkere Unterstützung, die jedoch mit 8 bis 10% nur knapp signifikant war und nicht ausreichte, um eine qualitative Bedeutung zu erlangen. Bei den Abstimmungen über den Schwangerschaftsabbruch zeigten umgekehrt jeweils die Männer eine grössere Bereitschaft, Neuerungen im liberalen Sinne zu bevorzugen. Interessant ist vor allem die Fristenlösungsinitiative, denn hier muss - gerade umgekehrt als beim Neuen Ehe- und Erbrecht - gefolgert werden, dass es das qualitativ andere Stimmverhalten der teilnehmenden Frauen (-10% Ja-Anteil) war, das zur knappen Verwerfung des Volksbegehrens geführt hatte.

- Genau die gegenteiligen Verhältnisse müssen bei Energie- bzw. Verkehrsfragen die Lebensqualität beinhalten und beim Konsumentenschutz angenommen werden. Direkte geschlechtspezifische Interessen resp. Betroffenheit liegen hier nicht mehr vor. Deshalb wird man in diesen Bereichen das tendenziell progressivere Verhalten der Frauen auf politisch relevante Grundhaltungen (wie das Verhältnis zu Sicherheit, Wirtschaft oder der Zukunft) zurückführen müssen. Bestätigung findet diese dritte Arbeitshypothese vor allem durch die beiden Abstimmungen über einen Konsumentenschutzartikel in der Bundesverfassung (14.6.1981) und über die Initiative für einen Preisüberwacher (28.11.1982), welche beide mit jeweils leicht stärkeren Ja-Mehrheiten bei den Frauen angenommen wurden. Für die Vermutung, dass Frauen bestimmten Verkehrs- und Energievorlagen positiver gegenüber stehen als die Männer, sprechen die drei Abstimmungen über Fuss- und Wanderwege (18.2.1979: +11%), über 12 Motorfahrzeugfreie Sonntage (28.5.1978: +6%) sowie über die Demokratie im Nationalstrassenbau (26.2.1978: +8%). In keinem der drei Fälle war der Unterschied jedoch auch qualitativ von Bedeutung. Interessanter noch sind Energiefragen, welche die Stimmenden eher in gleich starke Lager spalten. Bei der Energieinitiative (23.9.1984) war die quantitative Differenz mit +9% am deutlichsten; hier lassen sich auch abweichende Ja/Nein-Mehrheiten vermuten. Ähnliches dürfte auch für die erste Atominitiative (18.2.1979: +6%) gelten,



während beim zweiten diesbezüglichen Begehren (23.9.1984 +7%) unsere Resultate dafür sprechen, bei beiden Geschlechtern eine knappe Verwerfung anzunehmen.

Welche Schlüsse lassen die Ausführungen zum Stimmverhalten zu? Sicher muss das eingangs zitierte Resümee aus dem Jahre 1979 differenziert werden. Vielleicht liegt allerdings auch ein zeitlicher Wandel vor, stammen doch die meisten Beispiele, die hier interessierten, aus den 80er Jahren. Es stimmt, dass von regelmässigen und bedeutsamen Abweichungen insgesamt nicht

Künftig auf gleicher Stufe: Bisher gab es nur ein «Haupt der Familie».

LNN, 23.9.1985

Karikatur Orlando Eisenmann

Allgemeinheit der Ergebnisse	<u>Teilnahmeverhalten</u> (=Beteiligung in % der Stimmberechtigten)	<u>Stimmverhalten</u> (=Ja/Nein-Anteile in % der materiell Stimmenden)		
<u>Grundsatz:</u>	Das Teilnahmeverhalten von Männern (M.) und Frauen (F.) unterscheidet sich <u>in der Regel statistisch signifikant</u> , sodass der Stimmkörper <u>leicht männlich dominiert</u> ist. Abweichungen müssen themenspezifisch erklärt werden	Das Stimmverhalten von M. und F. unterscheidet sich <u>in der Regel quantitativ wenig</u> . Beim Geschlechtsgegensatz handelt es sich um eine vergleichsweise nur gering entwickelte Konfliktlinie, die allerdings sachbereichsspezifisch sehr bedeutsam werden kann.		
<u>Differenzierungen:</u>	<ul style="list-style-type: none"> - M. gehen stärker als F. <u>regelmässig</u> zur Urne; die <u>Differenz</u> scheint allerdings mit der zeitlichen Entwicklung <u>abzunehmen</u>. - F. machen ihre Teilnahme stärker vom <u>Thema</u> und ihrer <u>Meinungsbildung</u> abhängig; im <u>Einzelfall</u> kann die selektivere Teilnahme das <u>Repräsentationsdefizit</u> jedoch praktisch ausgleichen. - Differenziertere Beobachtungen werden durch die Kombination ungleich stark mobilisierender Themen an einem Abstimmungstag erschwert. 	<table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%; vertical-align: top;"> <u>quantitative Unterschiede:</u> <ul style="list-style-type: none"> - <u>relevante</u> Unterschiede fanden sich vor allem dann, wenn es sich um Themen mit offensichtlich <u>geschlechtsspezifischer Betroffenheit</u> im Sinne einer <u>umfassend wirksamen Veränderung von rechtlichen oder materiellen Gegebenheiten</u> ging. - <u>tendenzielle</u> Unterschiede fanden sich bei den folgenden <u>Themenbereichen</u>: <ul style="list-style-type: none"> • <u>Schwangerschaftsabbruch</u> (F. tend. konservativer); • <u>Zivildienst</u> (F. tend. progressiver); • <u>Energie- und Verkehrsfragen</u>, welche die Qualität des Lebens (im nachmaterialistischen Sinne) ansprachen (F. tend. prog.); • <u>Konsumentenschutz</u> (F. tend. prog.). - Bei den <u>übrigen Bereichen</u> finden sich (ev. vorläufig) <u>keine systematischen Zusammenhänge</u>. </td> <td style="width: 50%; vertical-align: top;"> <u>qualitative Unterschiede</u> <ul style="list-style-type: none"> Neues Ehe- und Erbrecht Fristenlösungsinitiative (1977) Atominitiative I (1979) Energieinitiative (1984) (existierende Fälle erscheinen eher zufällig) </td> </tr> </table>	<u>quantitative Unterschiede:</u> <ul style="list-style-type: none"> - <u>relevante</u> Unterschiede fanden sich vor allem dann, wenn es sich um Themen mit offensichtlich <u>geschlechtsspezifischer Betroffenheit</u> im Sinne einer <u>umfassend wirksamen Veränderung von rechtlichen oder materiellen Gegebenheiten</u> ging. - <u>tendenzielle</u> Unterschiede fanden sich bei den folgenden <u>Themenbereichen</u>: <ul style="list-style-type: none"> • <u>Schwangerschaftsabbruch</u> (F. tend. konservativer); • <u>Zivildienst</u> (F. tend. progressiver); • <u>Energie- und Verkehrsfragen</u>, welche die Qualität des Lebens (im nachmaterialistischen Sinne) ansprachen (F. tend. prog.); • <u>Konsumentenschutz</u> (F. tend. prog.). - Bei den <u>übrigen Bereichen</u> finden sich (ev. vorläufig) <u>keine systematischen Zusammenhänge</u>. 	<u>qualitative Unterschiede</u> <ul style="list-style-type: none"> Neues Ehe- und Erbrecht Fristenlösungsinitiative (1977) Atominitiative I (1979) Energieinitiative (1984) (existierende Fälle erscheinen eher zufällig)
<u>quantitative Unterschiede:</u> <ul style="list-style-type: none"> - <u>relevante</u> Unterschiede fanden sich vor allem dann, wenn es sich um Themen mit offensichtlich <u>geschlechtsspezifischer Betroffenheit</u> im Sinne einer <u>umfassend wirksamen Veränderung von rechtlichen oder materiellen Gegebenheiten</u> ging. - <u>tendenzielle</u> Unterschiede fanden sich bei den folgenden <u>Themenbereichen</u>: <ul style="list-style-type: none"> • <u>Schwangerschaftsabbruch</u> (F. tend. konservativer); • <u>Zivildienst</u> (F. tend. progressiver); • <u>Energie- und Verkehrsfragen</u>, welche die Qualität des Lebens (im nachmaterialistischen Sinne) ansprachen (F. tend. prog.); • <u>Konsumentenschutz</u> (F. tend. prog.). - Bei den <u>übrigen Bereichen</u> finden sich (ev. vorläufig) <u>keine systematischen Zusammenhänge</u>. 	<u>qualitative Unterschiede</u> <ul style="list-style-type: none"> Neues Ehe- und Erbrecht Fristenlösungsinitiative (1977) Atominitiative I (1979) Energieinitiative (1984) (existierende Fälle erscheinen eher zufällig) 			

gesprochen werden kann. Dies wird auch offenkundig, wenn die Unterschiede mit jenen verglichen werden, die etwa bei den Parteisympathien, den Landesteilen oder der Generationszugehörigkeit resultieren. Das hier dargelegte Datenmaterial legt allerdings nahe, von konsistenten themenspezifischen Abweichungen auszugehen. Die grössten Unterschiede finden sich dann, wenn es um die Umverteilung kollektiver geschlechtsspezifischer Rechte geht. Mit Sicherheit nicht aufrechterhalten werden kann das Bild der konservativer stimmenden Frauen, das nur gerade beim Schwangerschaftsabbruch eine nicht nur zufällige Bestätigung fand. Dagegen zeigten die Teilnehmerinnen bei Themen wie Konsumentenschutz, Zivildienst und bestimmten Verkehrs- bzw. Energiefragen eine eher progressivere Haltung.

2. Geschlechtsspezifische Aspekte im Stimmverhalten und der Meinungsbildung zum neuen Ehe- und Erbrecht

Wechseln wir die Perspektive! Versuchen wir anhand der Abstimmung über das Neue Ehe- und Erbrecht unsere Arbeitshypothese zur Sachabstimmung mit gegenseitigen Interessen zwischen Männer und Frauen noch etwas zu vertiefen. Im folgenden sollen nicht mehr alle Resultate, welche die VOX-Analyse ergeben hat, ausgebreitet werden. Vielmehr geht es noch um zwei Fragen:

- Ist geschlechtsspezifisches Stimmverhalten für alle Merkmalsgruppen typisch?
- Wo finden sich in der Meinungsbildung Besonderheiten, die helfen, das Stimmverhalten von Frauen und Männern zu interpretieren?

2.1. Das Stimmverhalten der Geschlechter nach Merkmalsgruppen

Bis anhin wurde mit der einfachen Gegenüberstellung von "Männern" und "Frauen" gearbeitet. Die nebenstehende Uebersicht 3 zeigt, dass es sich dabei um eine Vereinfachung gehandelt hat. Unmittelbar konnten sich die Männer von der Vorlage nichts versprechen. Bei ihnen ging es primär um kontroverse Ansichten über ein zeitgemässes Frauen- bzw. Familienbild, die sich mit dem Begriffspaar "Tradition und Modernität" zusammenfassen lassen. Entsprechend war denn auch das gruppenspezifische Stimmverhalten "der Männer":

- Modernität kann bei den Anhängern der SPS und der FDP verstärkt vermutet werden, während die Haltung der SVP- und CVP-Sympathisanten eher dem traditionellen Pol zuzuordnen sind. Entsprechend waren auch die Ja-Anteile. Die Sozialdemokraten und die Freisinnigen befürworteten die Vorlage, eine ungleich starke Mehrheit der Sympathisanten der SVP und der CVP standen ihr negativ gegenüber.

Uebersicht 3: Stimmverhalten beim Neuen Ehe- und Erbrecht nach ausgewählten Merkmalsgruppen

Merkmal	Gruppen	Stimmverhalten in % Ja (N = materiell Stimmende)		
		Total ¹	Frauen ²	Männer ²
Geschlecht:	Frauen	<u>61</u>	<u>61</u>	-
	Männer	<u>48</u>	-	<u>48</u>
Alter:	20-39jährige	<u>61</u>	<u>63</u>	<u>57</u>
	40-64jährige	<u>52</u>	<u>56</u>	<u>48</u>
	65jährige u.ä.	<u>44</u>	<u>(63)</u>	<u>33</u>
Berufliche Stellung:	Selbständige und leitende Positionen	<u>49</u>	<u>56</u>	<u>44</u>
	Angest. und Beamte/Beamtinnen in mittleren Positionen	<u>66</u>	<u>74</u>	<u>44</u>
	Angest. und Beamte/Beamtinnen in unteren Positionen	<u>59</u>	<u>(-)</u>	<u>(-)</u>
	Arbeiter/Arbeiterinnen	<u>49</u>	<u>49</u>	<u>48</u>
	Landwirte	<u>32</u>	<u>(-)</u>	<u>(-)</u>
Sprachzugehörigkeit:	Deutsche Schweiz	<u>51</u>	<u>56</u>	<u>42</u>
	Französische Schweiz	<u>66</u>	<u>70</u>	<u>63</u>
Parteisympathien:	FDP	<u>51</u>	<u>50</u>	<u>52</u>
	SVP	<u>26</u>	<u>32</u>	<u>23</u>
	CVP	<u>41</u>	<u>44</u>	<u>38</u>
	SPS	<u>67</u>	<u>81</u>	<u>52</u>
	Keine	<u>55</u>	<u>61</u>	<u>46</u>

- 1) Die Abweichungen zwischen der erhobenen und effektiven Zustimmung unter den Stimmenden wurde auf alle Merkmalsgruppen gleichmässig verteilt.
- 2) Wo die Zahl der Befragten eine Aufgliederung nach Geschlecht nur knapp zulies, ist der Prozentwert in Klammern gesetzt; wo diese nicht mehr möglich war, wurde darauf verzichtet. Die in Klammern gesetzten Angaben können nur als Trends interpretiert werden.

- Traditionelle Vorstellungen variieren auch nach Generationen. Folgerichtig ist es, dass vor allem die Rentner am stärksten gegen das neue Gesetz votierten. Die berufliche Stellung der Erwerbstätigen spielte dagegen nur eine untergeordnete Rolle.
- Schliesslich war das Stimmverhalten auch nach der bewohnten Region unterschiedlich; das Referendum erhielt seinen Sukturs viel stärker von den Männern der deutschen Schweiz denn der Romandie.

Bei "den Frauen" war die Interessenlage homogener; entsprechend resultierten auch weniger ausgeprägte Konfliktlinien: Unsere Daten legen nahe, dass das Alter nicht - oder wenigstens nicht massgeblich - entscheidend war. Eine überdurchschnittliche Unterstützung erhielt die Revision vor allem bei den Frauen der Neuen Mittelschichten. Die einzigen wichtigen Gegensätze finden sich bei den politischen Orientierungen: Skepsis machte sich bei den bürgerlichen Sympathisantinnen breit, während die Sozialdemokratinnen praktisch geschlossen für das Neue Ehe- und Erbrecht votierten.

2.2. Die Meinungsbildung nach Geschlecht

Plausibel ist die Annahme, auch die Meinungsbildung sei geschlechtsspezifisch gewesen; dabei wird die individuelle Entscheidungsfindung einerseits als Resultat vorhandener träger- oder themenspezifischer Einstellungen und Werthaltungen, andererseits als Folge des Abstimmungskampfes verstanden. Die Uebersicht 4 zeigt, dass die Meinungsbildung nicht grundsätzlich anders ist, sondern dass die Differenzen bezüglich der drei Elemente Informationsverarbeitung, subjektive Betroffenheit und Motivationen schrittweise steigen:

- Keine nennenswerten Abweichungen finden sich bei der Informationsverarbeitung. Die Kenntnisse der Frauen und der Männer waren weitgehend identisch. Das gilt für die Wahrnehmung der Vorlage als Ganzes wie auch für fünf speziell analysierte Sachbereiche (Güter-, Erb-, Bürgerrecht sowie Familienwohnung und Namensgebung), welche mit der Revision eine Änderung erfuhren. Dabei ging es uns jeweils nicht um juristische Spezialfragen, sondern um die Grundideen. Ebenfalls gering ist die Abweichung beim Wissen um die Empfehlung der Behörden. Alles in allem waren die Kenntnisse hoch. Dem entspricht, dass die bekundeten Schwierigkeiten, die persönlichen Auswirkungen abzuschätzen, bei Frauen und Männern ein vergleichsweise nur mittleres Niveau erreichten. Dies konnte wegen der Komplexität der Materie nicht unbedingt angenommen werden, dürfte jedoch mit den ausgedehnten Informationsanstrengungen im Vorfeld der Abstimmung erklärt werden.

Uebersicht 4: Ueberblick über die formalen Aspekte der individuellen Meinungsbildung

Verwendete Indikatoren	Stimmberechtigte			Stimmende
	Total	Frauen	Männer	Total
1) <u>Generelle Wahrnehmung des Hauptinhalts</u> (offene Frage)				
. zutreffende Aussage	90 %	<u>90 %</u>	<u>91 %</u>	94 %
2) <u>Grundkenntnisse der inhaltlichen Veränderungen</u> (offene Frage)				
. zutreffende Aussage zu				
a) Güterrecht	75 %	<u>76 %</u>	<u>75 %</u>	84 %
b) Erbrecht	77 %	<u>81 %</u>	<u>73 %</u>	86 %
c) Familienwohnung	72 %	<u>72 %</u>	<u>72 %</u>	83 %
d) Bürgerrecht	71 %	<u>73 %</u>	<u>70 %</u>	80 %
e) Namensgebung	82 %	<u>85 %</u>	<u>80 %</u>	91 %
3) <u>Wichtige Abstimmungsempfehlungen</u> (offene Frage)				
. zutreffende Aussage zur Haltung der Behörden	71 %	<u>70 %</u>	<u>73 %</u>	83 %
4) <u>Subjektive Betroffenheit</u> (geschlossene Frage)				
. wahrgenommene Betroffenheit hoch	22 %	<u>24 %</u>	<u>20 %</u>	28 %
5) <u>Subjektive Informationsschwierigkeiten</u> (geschlossene Frage)				
. Vorlage war eher leicht zu beurteilen	67 %	<u>66 %</u>	<u>68 %</u>	78 %

Uebersicht 5: Ueberblick über die inhaltlichen Aspekte der individuellen Meinungsbildung beim Neuen Ehe- und Erbrecht

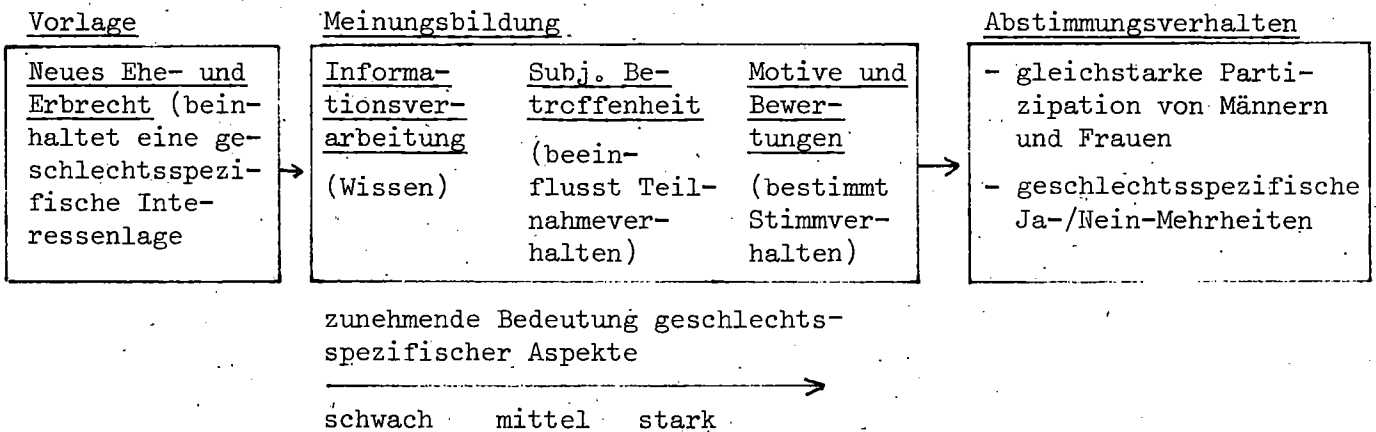
Verwendete Indikatoren	Ja-Stimmende			Nein-Stimmende		
	Total	Frauen	Männer	Total	Frauen	Männer
1) <u>Individuelle Motive</u> (offene Frage)						
. formale Motive	11 %	<u>9 %</u>	<u>13 %</u>	6 %	<u>5 %</u>	<u>7 %</u>
. inhaltliche Motive	38 %	<u>46 %</u>	<u>29 %</u>	30 %	<u>27 %</u>	<u>33 %</u>
. undifferenzierte Motive	4 %	<u>4 %</u>	<u>5 %</u>	5 %	<u>5 %</u>	<u>5 %</u>
. übrige Motive	1 %	<u>1 %</u>	<u>1 %</u>	2 %	<u>1 %</u>	<u>4 %</u>
. keine Motive	1 %	<u>1 %</u>	<u>1 %</u>	2 %	<u>2 %</u>	<u>2 %</u>
Total	55 %	61 %	48 %	45 %	39 %	53 %
2) <u>Bedeutung ausgewählter inhaltlicher Neuerungen</u> (geschlossene Fragen)						
. Güterrecht	71 % ¹⁾	<u>73 %</u>	<u>69 %</u>	40 % ²⁾	<u>42 %</u>	<u>38 %</u>
. Erbrecht	70 %	<u>77 %</u>	<u>63 %</u>	40 %	<u>40 %</u>	<u>41 %</u>
. Familienwohnung	62 %	<u>67 %</u>	<u>57 %</u>	35 %	<u>42 %</u>	<u>30 %</u>
. Bürgerrecht	25 %	<u>27 %</u>	<u>22 %</u>	12 %	<u>11 %</u>	<u>12 %</u>
. Namensgebung	11 %	<u>12 %</u>	<u>10 %</u>	1 %	<u>2 %</u>	<u>0 %</u>

- 1) Angaben in Prozent "sehr wichtig" auf einer vierstufigen Skala von "sehr wichtig" bis "völlig unwichtig"; Mehrfachnennungen möglich.
- 2) Wie die Motivanalyse zeigte, war bei den Gegner die Stellung des Richters der hauptsächliche inhaltliche Einwand. Da es sich hier nicht um eine Änderung eines Sachbereiches handelt, wurde dieser Punkt bei der Konzeption des Fragebogens nicht berücksichtigt; insofern müssen alle Zahlen für die Gegner relativiert werden.

- Leicht verändert sind die Verhältnisse, wenn die subjektive Betroffenheit durch die Vorlage betrachtet wird; darunter wird die Fähigkeit verstanden, zwischen dem Abstimmungsgegenstand und der eigenen Lebenssituation einen Zusammenhang herzustellen. Im Vergleich mit allen seit 1977 untersuchten Vorlagen kann auch hier von einer mittleren wahrgenommenen Betroffenheit gesprochen werden. Bei den Frauen war sie, wenn auch nicht entscheidend, so doch etwas höher als bei den Männern.
- Vollends deutlich werden die Differenzen erst bei der Meinungsbildung, wenn auf die Entscheidungsmotive abgestellt wird. Die Teilnehmerinnen fühlten sich vor allem durch den Inhalt der Vorlage zu einem positiven Entscheid motiviert (46% der stimmenden Frauen), argumentierten weniger formal (wie "heues zeitgemässes Gesetz schaffen" oder mit nur pauschalen Umschreibungen "gute Vorlage"). Die Männer dagegen taten sich schwerer, spontan inhaltliche Motive zugunsten der Vorlage zu nennen. Wo dies geschah (29% der Teilnehmer), handelte es sich vor allem um Aussagen zum Grundsatz der Partnerschaft resp. der Gleichberechtigung. Grösser ist hier allerdings die Gruppe, die negative Begründungen aus dem Inhalt ableiteten (33%). Dabei spielte das zwar vorlagentypische, aber wenig sachbezogene Motiv des Richters als "Dritter im Ehebund" die Hauptrolle. Durch ein methodisch anderes Vorgehen wurde zum Schluss auch die Bedeutung wichtiger Aenderungen für den Urnenentscheid getestet. Für die Befürworterinnen waren das neue Erb- und Güterrecht besonders wichtig. Nur von Minderheiten wurden die mehr immateriellen Aspekte wie der Familienname ins Zentrum gerückt. Dieser Beobachtung bei den Motiven entspricht es, dass die Befürworter alle 5 getesteten Einzelbereiche für weniger wichtig einschätzten; hier war die Zustimmung zum Grundsatz massgeblich.

Der Prozess der Meinungsbildung kann nun wie folgt beurteilt werden: Beide Lager zeigten eine vergleichsweise ausgeprägte Haltung. Das Thema war alltäglich genug, um die mittlere Zahl Teilnehmender zu interessieren. Weiter boten die Gegenstände und deren Vermittlung durch die Medien Ansatzpunkte genug, um sich zutreffend ins Bild zu setzen und sich eine eigene Meinung zu bilden. Dies war bei den Männern und den Frauen der Fall. Letztere wurden vor allem durch den Grundgedanken und die eher materiell bedeutsamen Aenderungen zu Befürworterinnen. Von der gegnerischen Propaganda sehr gut eingefangen wurde die Stimmung der negativer eingestellten Männer, für die der Richter zum bedrohenden Symbol des Neuen Ehe- und Erbrechtes wurde.

Uebersicht 6: Schema zur geschlechtsspezifischen Meinungsbildung beim Neuen Ehe- und Erbrecht



Diese Resultate können zu folgender Hypothese über den Einfluss der Meinungsbildung verdichtet werden: Werden die Interessen der Frauen umfassend angesprochen, wirkt sich dies sowohl auf die Partizipation als auch auf das Stimmverhalten positiv aus. Dies liegt nicht in einer besseren oder schlechteren Art der Wahrnehmung begründet, sondern findet seine Erklärung einerseits in der subjektiven Betroffenheit, welche zur Mobilisierung beiträgt, und andererseits in der Motivlage, die den Stimmentscheid begründet. Beide sind in diesem Falle geschlechtsspezifisch (5).

Ausblick : Die Zukunft von Gleichberechtigungsvorlagen

Die bisherigen Ausführungen waren vergangenheits- oder gegenwartsorientiert. Zukunftsgerichtet ist dagegen der letzte Teil : Wie sieht die Zukunft für weitere Vorlagen zur Gleichberechtigung der Geschlechter aus?

Abstimmungsprognosen zu machen, ist nicht einfach: Einmal spielt die Thematik eine besondere Rolle, sodann kommt es auch auf die nur teilweise vorhersehbare Art der Politisierung an. Wie aber setzen die Stimmberechtigten zeitliche Prioritäten für die Behandlung weiterer Themen, die die Gleichberechtigung betreffen?

Die Frage wurde den Interviewten in der VOX-Analyse zum Neuen Ehe- und Erbrecht vorgelegt. Sie hatten die Möglichkeit, aus vier aktuell bereichenauszuwählen und damit Prioritäten für die gewünschte Realisierung anzuzeigen. Die Hauptergebnisse sind:

- Arbeitsrecht (z.B. Lohngleichheit)	49% an erster Stelle
- Bildungswesen (z.B. gleiches Fächerangebot)	26%
- Sozialversicherung (z.B. gleiches Rentenalter)	22%
- Landesverteidigung (z.B. Angleichung der Dienstpflicht)	3%

Wie sind die Prioritäten bei den Geschlechtern verteilt? In Uebereinstimmung mit der dargelegten Reihenfolge setzen sowohl die Männer als auch die Frauen das Arbeitsrecht an die erste Stelle; gleiches gilt für die Landesverteidigung, die jeweils am Schluss rangiert. Hier spiegelt sich der Einfluss von Werthaltungen. Die Gleichheit im Bereich der Arbeit ist viel selbstverständlicher als bei der Landesverteidigung. In den beiden anderen Beispielen sind die Prioritäten jedoch nicht identisch: Frauen bewerten den Ausbildungsbereich höher, Männer favorisieren die Sozialversicherung. Darin drücken sich abweichende objektive Interessen aus, wie wir sie auch für die Erklärung von signifikanten Unterschieden im Stimmverhalten kennen gelernt haben. Allerdings scheinen auch diese Interessen im Umbruch zu sein und durch neue Wertvorstellungen überlagert zu werden: Bei den Männern etwa unterstützen die jüngere Generation und insbesondere Befragte aus den Neuen Mittelschichten den Bildungsbereich stärker als die Revision der Sozialversicherung. Zu einfach wäre es allerdings, Unterschiede nur zwischen den Geschlechtern zu vermuten. Auch die politischen Orientierungen spielen eine Rolle: Die für die Allgemeinheit gültige Reihenfolge findet sich auch bei den SPS- und den CVP-Sympathisanten; ferner gilt sie auch für diejenigen, die keiner Partei nahestehen. Dagegen setzen die Anhängerschaften der FDP und der SVP andere Prioritäten, die mehr dem Bild entsprechen, das auch für die Männer der mittleren und älteren Generationen herausgearbeitet wurde. Bei der SVP kommt noch hinzu, dass nur 85% der befragten Sympathisanten überhaupt eine erste Priorität nannten, da rund ein Sechstel der Anhängerschaft die Gleichberechtigungsforderung rundweg ablehnt.

Welche Schlüsse lässt das bisher ausgearbeitete Material zu? Historisch gesehen ist die Konfliktlinie, die zwischen Männern und Frauen denkbar ist, sicher noch jung und wenig ausgeprägt. Allerdings scheint auch einiges in Bewegung zu sein, sodass der Gegensatz bedeutsam werden kann, wenn es um objektiv unterschiedliche Interessen geht und die Politisierung eine umfassende positive Identifizierung der Frauen nicht ausschliesst, andererseits den Männern ein Rückzug auf die Bewahrung des Status quo nahegelegt wird. Darin werden die Resultate, die beim Neuen Ehe- und Erbrecht herausgearbeitet und nun im Ueberblick beurteilt wurden, ihre weitere Gültigkeit haben.

Anmerkungen:

- 1) Die Stellung der Frau in der Schweiz, hgg. von Eidg. Kommission für Frauenfragen, Teil I: Gesellschaft und Wirtschaft, Bern 1979.
- 2) Vgl. dazu Analyse der Eidg. Abstimmung vom 22.9.1985, hgg. vom Forschungszentrum für schweizerische Politik an der Universität Bern und der Schweizerischen Gesellschaft für praktische Sozialforschung, VOX-Nr. 27, Zürich 1985 (kann bei den genannten Instituten zum Einzelpreis von Fr. 15.- bezogen werden).
- 3) Die VOX-Analysen beruhen auf einer Repräsentativbefragung, die bei jeweils mindestens 700 stimmberechtigten Bürger und Bürgerinnen der deutschen und französischen Schweiz durchgeführt werden. Die Interviews beginnen am Montag nach dem Urnengang und sind innert 10 Tagen abgeschlossen; sie beruhen auf einem standardisierten Fragebogen, der zeit- und themenübergreifende Vergleiche zulässt. Bei der gewählten Stichprobengrösse kann mit einer statistischen Fehlermarge von +/- 3% gerechnet werden.
Für die Durchführung der Befragung zeichnet jeweils die Schweizerische Gesellschaft für praktische Sozialforschung (Zürich) verantwortlich. Die wissenschaftliche Vorbereitung und Kommentierung übernahm bis 1984 das Forschungszentrum für schweizerische Politik (Bern); seit 1985 wird diese Arbeit abwechslungsweise an den Universitäten Bern, Zürich und Genf geleistet.
- 4) In den VOX-Analysen wird auch die Bereitschaft erhoben, sich an Abstimmungsempfehlungen zu orientieren. Das Problem liegt darin, dass es sich notgedrungen um Selbsteinschätzungen handelt und nicht um eine Verbreitungs- oder Wirkungsanalyse. Beim Eherecht resultierten die nachstehenden Angaben:

Absender der Abstimmungsempfehlung	Stimme- rechtigte	Männer	Frauen	Teilneh- mende
Behörden (BR und Parlament)	12%	12%	12%	14%
Parteien	13%	14%	13%	14%
Wirtschaftsverbände	4%	6%	2%	5%
Spez. Abstimmungskomitees	3%	4%	2%	3%
Uebrige Nennungen	2%	1%	2%	2%
Keine Nennung	66%	63%	69%	62%

- 5) Weitere Ansätze zu Verallgemeinerungen über die Bedeutung der Meinungsbildung finden sich in E. Gruner, H.P. Hertig (unter Mitarbeit von A. Grossen): Der Stimmbürger und die 'neue' Politik. Bern und Stuttgart 1983.

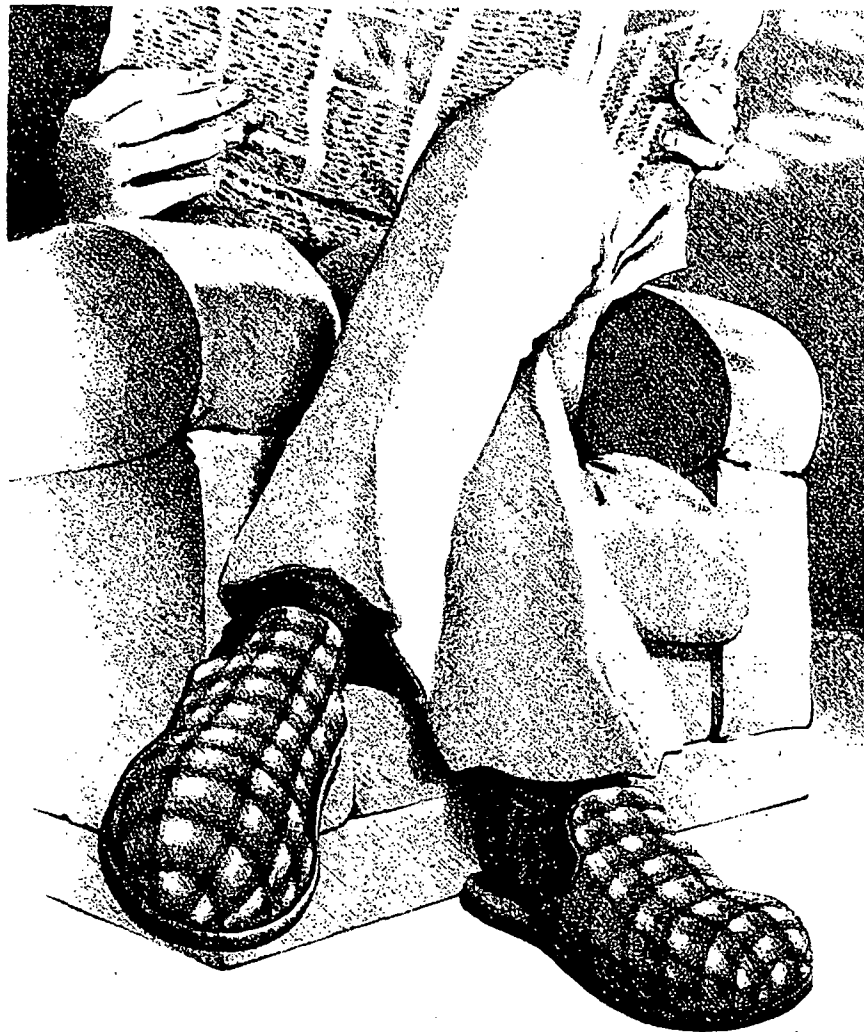
L'homme et la femme face aux urnes - Signes d'un nouveau clivage dans les votations fédérales

de Claude Longchamp, assistant au Centre de recherche de politique suisse

Introduction

Les femmes votent-elles autrement que les hommes? Telle est la question qui agitait les esprits lorsqu'en 1971, les hommes en âge de voter ont été appelés à décider lors d'un scrutin fédéral si le suffrage "universel" devait être étendu à la population féminine adulte du pays. Une fois cette modification adoptée, les esprits se sont calmés puisqu'au lieu du changement redouté par les uns et espéré par d'autres, c'est une certaine permanence qui s'est dégagée des urnes. Les premiers résultats issus de sondages portant sur le comportement des électrices incitaient d'ailleurs à la prudence; comme on le constate à la lecture du présent extrait tiré de la première partie du rapport que la Commission fédérale pour les questions féminines a publiée en 1979 sur la situation de la femme en Suisse: "En fin de compte, les femmes votent moins que les hommes et cela s'applique aussi bien aux élections et aux votations sur le plan fédéral, que sur le plan cantonal et communal. On ne peut pas répondre nettement à la question de savoir s'il existe des différences entre les hommes et les femmes quant à la régularité du vote" (p. 100). Plus loin, la Commission résume la situation de la manière suivante: "Lors de la plupart des votations, les femmes qui se rendent aux urnes semblent en principe avoir la même opinion que les hommes. Le fait que certains projets aient trouvé plus de partisans masculins pourrait, il est vrai, être une indication de ce que les femmes qui se rendent aux urnes ont plutôt tendance à vouloir conserver la réglementation applicable qu'à adopter des solutions nouvelles et plus libérales" (p. 103) (1).

Ces deux analyses font ressortir un seul et même élément rassurant: l'introduction du suffrage féminin n'a pas ajouté une opposition potentielle entre hommes et femmes aux clivages déterminants pour les votations. Il est possible qu'une interprétation de ce genre, qui donne une image relativement passive et conservatrice de la femme, ait évacué la peur dont il est question plus haut et ait évité des espoirs exagérés, ce qui revient à dire que son enjeu était plutôt politique. Elle ne permet toutefois guère de comprendre l'événement révélé par l'analyse du scrutin sur le nouveau droit matrimonial et successoral, soit une



forte différence de comportement dans la mesure où la révision de la loi, acceptée de justesse par 55 pour cent des votants, a été soutenue par 61 pour cent d'électrices, alors qu'elle n'a obtenu que 48 pour cent de voix masculines. Si l'on se réfère aux informations disponibles, c'est la première fois que le comportement des électrices - dont les données sont d'ailleurs significatives sur le plan statistique - fait triompher un projet qui aurait été rejeté par une (faible) majorité d'hommes (2).

Telle est la contradiction qui sert de point de départ au présent rapport. Les deux analyses précitées correspondent-elles encore à la réalité? La conclusion de l'étude du comportement adopté lors de la votation sur le nouveau droit

matrimonial et successoral ne constitue-t-elle qu'un hasard? Faut-il, le cas échéant, trouver de nouveaux moyens différenciés d'aborder la question?

Nous nous attaquerons à ces interrogations par 3 biais: d'abord en nous tournant vers le passé pour repérer des différences générales dans le comportement électoral, ensuite en examinant comment les opinions se sont forgées dans le cas de la votation sur le nouveau droit matrimonial et successoral, enfin en pensant à l'avenir dans le but de connaître les priorités à fixer d'un point de vue chronologique pour de futurs projets concernant l'égalité. Pour ce faire, nous nous reporterons avec profit à une étude des sondages représentatifs sur les votations, c'est-à-dire plus concrètement aux analyses que VOX a consacrées de 1977 à 1985 à quelque 70 votations fédérales (3).

1. Aperçu du comportement des électrices et électeurs

Le comportement électoral recouvre ici deux notions: d'une part la décision de participer au vote, et d'autre part celle d'accepter ou de rejeter un projet donné. Dans la description des conditions quantitatives, nous parlerons dans le premier cas de participation, dans le second de scrutin. Il est clair que notre approche découle d'un choix parmi les différentes manières d'aborder la question de l'action politique. Le tableau n° 1 donne un aperçu des résultats obtenus par VOX dans ces analyses de 1977 à 1985.

1.1. La participation des femmes et des hommes

Au premier abord, la participation du souverain semble être soumise à de fortes fluctuations. On peut affirmer en généralisant que par rapport à la période s'étendant de la fin de la Seconde Guerre mondiale jusqu'au début des années septante qui a vu une baisse quasi continue dans la participation aux votations, celle qui a suivi est caractérisée par une évolution en dents de scie. Notre tableau indique que cette constatation est applicable aux femmes comme aux hommes, du moins depuis 1977. Il ressort de l'analyse des scrutins que, grosso modo, quelles que soient les variations dans la participation, le pourcentage des hommes qui se sont déplacés est nettement supérieur aux femmes dans 16 cas sur 25, et légèrement plus élevé dans 7 cas. L'écart moyen entre la mobilisation féminine et la participation masculine représente 11 pour cent pour les années en question, un chiffre significatif du point de vue statistique.

Les deux dernières votations à avoir été étudiées en 1985 ont toutefois révélé que des changements importants peuvent échapper aux observations fondées uniquement sur des moyennes. Si l'on prend des exemples, la conclusion qui figure ci-dessus donnera lieu à des différenciations. De nombreux sondages sur les activités politiques conventionnelles ont en effet montré que le degré d'intégration dans la cité joue un rôle essentiel. Des éléments théoriques et empiriques incitent donc à recourir à une caractérisation de plus pour expliquer le taux de participation dans des cas concrets.

Il faut faire une distinction entre ceux qui vont régulièrement voter et ceux qui se déplacent en fonction des objets qui leur sont soumis, c'est-à-dire ceux qui se rendent occasionnellement aux urnes. Alors que la thèse de l'intégration politique peut servir à expliquer des tendances pour le long terme, les fluctuations à court terme devraient être interprétées uniquement comme le résultat du comportement des votants occasionnels.

S'agissant de la différence de comportement entre les hommes et les femmes, on relèvera qu'à l'heure actuelle, les premiers participent régulièrement à raison de 34 pour cent environ, les secondes seulement à raison de 28 pour cent, et que des comparaisons entre

Tableau no 1: Analyse du comportement des électrices et électeurs (1977-1985)

Votation: date et objet ¹	Participation en % (n=citoyens ayant le droit de voté)				Scrutin Pourcentage de oui (n=votants)			
	Total ²	Femmes: écart par rapport au total ³	Hommes: écart par rapport au total	Ecart entre femmes et hommes	Total ²	Femmes: écart par rapport au total ³	Hommes: écart par rapport au total	Ecart entre femmes et hommes
<u>13.3.1977</u>	45%	-9%	+8%	-17%				
- 4e initiative sur l'emprise étrangère					29%	+2%	-1%	+3%
- 5e initiative sur l'emprise étrangère					34	+2	-1	+3
- Référendum en matière de traités internationaux					23	-3	+2	-5
- Contre-projet au référendum en matière de traités internationaux					66	+4	-3	+7
<u>12.6.1977</u>	50	-3	+4	-7				
- TVA et impôt fédéral direct					41	-1	+2	-3
<u>25.9.1977</u>	52	-6	+5	-11				
- Initiative sur la protection des locataires					43	+1	-1	+2
- Contre-projet à l'initiative sur la protection des locataires					45	-1	+1	-2
- Initiative "Albatros"					39	+1	-1	+2
- Initiative en faveur de la solution du délai					48	-5	+5	-10
- Augmentation du nombre de signature requis pour l'initiative et le référendum					56	0	-1	+1
<u>4.12.1977</u>	38	-7	+6	-13				
- Initiative concernant l'impôt sur la richesse					44	-6	+5	-11
- Loi fédérale sur les droits politiques					59	+2	-1	+3
- Initiative I sur l'introduction du service civil					38	+4	-4	+8
- Train de mesures d'économie					62	+3	-3	+6
<u>26.2.1978</u>	48	-7	+6	-13				
- Démocratie dans la construction des routes nat.					39	+4	-4	-8
- Abaissement de l'âge de la retraite AVS					21	-6	+8	-14
- Article conjoncturel					68	+2	-1	+3
- 9e révision de l'AVS					66	+1	-2	+3
<u>28.5.1978</u>	49	-4	+4	-8				
- 12 dimanches sans véhicules à moteur					36	+3	-3	+6
- Loi sur l'heure d'été					48	-1	+2	-3
- Protection de la grossesse					31	-1	+1	-2
- Loi sur l'aide aux hautes écoles et à la recherche					43	+1	-1	+2
- Tarif des douanes (prix du pain)					55	-2	+2	-4
<u>24.9.1978</u>	42	-5	+4	-9				
- Création du canton du Jura					82	+4	-4	+8
<u>3.12.1978</u>	43	-9	+9	-18				
- Arrêté sur l'économie laitière					68	-1	0	-1
- Loi sur la protection des animaux					82	+1	-1	+2
- Formation professionnelle					56	+4	-3	+7
- Police fédérale de sécurité					44	+1	-1	+2
<u>12.2.1979</u>	50	-5	+5	-10				
- Chemins et sentiers					78	+6	-5	+11
- Droit de vote et d'éligibilité à 18 ans					49	-2	+2	-4
- Initiative contre la publicité tabac et alcool					41	+5	-5	+10
- Initiative I concernant les installations atomique					49	+3	-3	+6
<u>20.5.1979</u>	38	-7	+6	-13				
- Réforme des finances fédérales					35	0	0	0
- Loi sur l'énergie atomique					69	0	0	0
<u>2.3.1980</u>	35	-6	+6	-12				
- Séparation de l'Eglise et de l'Etat					21	-5	+4	-9
- Nouvelle réglementation de l'approvisionnement du pays					86	0	-1	+1
<u>30.11.1980</u>	42	-6	+6	-12				
- Port obligatoire de la ceinture					52	+3	-2	+5
- Quote-part des cantons au produit des droits de timbre					67	0	0	0
- Nouvelle répartition des recettes de la Régie des alcools					71	+1	0	+1
- Révision du régime du blé					64	0	+1	-1

<u>5.4.1981</u>	40	-5	+5	<u>-10</u>				
- Initiative "Etre solidaires"					16	+1	0	+1
<u>14.6.1981</u>	34	-3	+2	-5				
- Egalité des droits entre hommes et femmes					60	+7	-7	<u>+14</u>
- Protection des consommateurs					66	+3	-3	+6
<u>29.11.1981</u>	30	-6	+6	<u>-12</u>				
- Prologation du régime financier					69	0	+1	-1
<u>6.6.1981</u>	35	-4	+4	-8				
- Modification du code pénal					64	0	-1	+1
- Loi sur les étrangers					50	+4	-3	+7
<u>28.11.1982</u>	33	-5	+4	-9				
- Initiative sur la surveillance des prix					56	+3	-2	+5
- Contre-projet "Monsieur Prix"					22	0	0	0
<u>27.2.1983</u>	32	-9	+9	<u>-18</u>				
- Nouvelle réglementation des droits de douane sur les carburants					53	-4	+3	-7
- Article sur l'énergie					51	+1	-1	+2
<u>26.2.1984</u>	53	-9	+9	<u>-18</u>				
- Redevance sur le trafic des poids lourds					59	-1	+1	-2
- Vignette autoroutière					53	+1	0	+1
- Initiative II sur le service civil					36	+6	-4	<u>+10</u>
<u>20.5.1984</u>	42	-7	+7	<u>-14</u>				
- Initiative sur les banques					27	+2	-1	+3
- Bradage du sol national					49	+1	0	+1
<u>23.9.1984</u>	42	-9	+8	<u>-17</u>				
- Initiative anti-atomique II					45	+4	-3	+7
- Initiative sur l'énergie					46	+5	-4	+9
<u>2.12.1984</u>	38	-4	+3	-8				
- Article sur la radio et la télévision					69	+2	-2	+4
- Aide aux victimes d'actes de violence criminels					82	0	0	0
- Initiative sur la protection de la maternité					16	+1	-1	+2
<u>10.3.1985</u>	34	-7	+7	<u>-14</u>				
- Nouvelle répartition des tâches: école primaire					59	-3	+2	-5
- Nouvelle répartition des tâches: santé publique					53	+1	0	+1
- Nouvelle répartition des tâches: bourses					48	0	0	0
- Initiative sur les vacances					35	+1	-1	+2
<u>9.6.1985</u>	35	+1	+0	+1				
- Part des cantons au produit des droits de timbres					67	-2	+2	-4
- Nouvelle répartition des recettes des boissons distillées.					72	0	-1	+1
- Suppression de l'aide aux producteurs de blé					57	-2	+1	-3
- Initiative "pour le droit à la vie"					31	+2	-2	+4
<u>22.9.1985</u>	42	+1	0	+1				
- Nouveau droit matrimonial et successoral					55	+6	-7	<u>+13</u>
- Harmonisation du début de l'année scolaire					59	+2	-2	+4
- Garantie contre les risques à l'innovation					54	+1	-2	+3

- 1) Le comportement des électrices par rapport à celui des électeurs n'a pas été analysé dans le cas de l'harmonisation fiscale (12.6.1977), de la révision du droit de la nationalité et des naturalisations facilitées (soumis tous deux au peuple le 4.12.1983). Sinon, la liste est complète pour la période s'étendant de 1977 à Septembre 1985.
- 2) Ce total correspond à la valeur réelle (résultat officiel arrondi au nombre entier).
- 3) Cette valeur correspond à l'écart tel qu'il ressort des données recueillies (valeur ressortant du sondage; arrondie au nombre entier). Si elle varie dans certains cas par rapport aux valeurs publiées dans les brochures de VOX, c'est que la présente liste tient compte uniquement des citoyens ayant effectivement répondu à la question qui leur était posée; ceux qui ont refusé de répondre à la fois en ne participant pas et en ne se prononçant pas lors du scrutin n'y figurent donc pas.
- 4) Les chiffres soulignés peuvent être considérés comme significatifs sur le plan statistique (test du "khi-deux").

Source: Analyses VOX des votations fédérales (depuis 1977).

plusieurs périodes font penser que ces valeurs évoluent lentement, même si l'écart entre l'électorat masculin et féminin a diminué depuis 1977. Par rapport aux hommes, les femmes sont davantage enclines à une mobilisation sélective: la décision de se rendre aux urnes dépend plus souvent de l'objet qui leur est soumis et de la facilité à se forger une opinion, et plus rarement d'un certain conformisme. En dépit du fait qu'une détermination empirique précise du potentiel représenté par les électeurs occasionnels semble particulièrement ardue et que la combinaison de plusieurs projets sur lesquels il s'agit de se prononcer le même jour complique une évaluation exacte du taux de participation pour un sujet déterminé, il est néanmoins plausible que lors du vote à propos de l'initiative sur "le droit à la vie" le 9 juin et du référendum sur le nouveau droit matrimonial et successoral du 22 septembre, les électrices occasionnelles aient compensé les disparités qui seraient intervenues en matière de participation si seuls les votants réguliers s'étaient déplacés.

Peut-on par conséquent affirmer que les premières conclusions du rapport sur la situation de la femme en Suisse sont encore pertinentes? D'une manière générale, oui. Il est toujours vrai que les femmes votent en moyenne moins souvent que les hommes. Les exemples précités n'autorisent pas à dire que la base de la participation politique, l'intégration dans la cité, a fondamentalement changé au milieu des années quatre-vingts, même s'ils indiquent qu'on ne peut plus partir du point de vue que le comportement électoral des citoyennes est systématiquement différent de celui des citoyens. Le présent rapport ne peut de toute manière reprendre l'image sommaire de femmes plus passives sur le plan politique.

1.2. Le scrutin des femmes et des hommes

L'analyse du scrutin des femmes par rapport à celui des hommes, qui a rarement été entreprise jusqu'ici, ne peut se fonder uniquement sur des différences quantitatives. Ces dernières jouent en effet un rôle négligeable si les votations concernent des projets pour lesquels la décision d'accepter ou de refuser est facile à prendre. Elles présentent en revanche un intérêt dans les cas où le total des bulletins se situe autour de la barre des 50 pour cent et que les majorités de oui et de non divergent entre les électrices et les électeurs (= différence qualitative).

Les différences quantitatives sont limitées. Les sondages portant sur les votations organisées de 1977 à 1985 montrent que l'écart moyen est en l'occurrence de 4,7 pour cent, chiffre qui n'est généralement pas significatif. La suite de la présente étude fait d'ailleurs apparaître que les exemples qualitatifs constituent eux aussi plutôt l'exception. Peut-on en conclure que la seconde remarque du rapport de la Commission pour les

questions féminines se vérifie, à savoir que les électrices semblent la plupart du temps être du même avis que les hommes? Cet exposé s'attachera à illustrer le point de vue selon lequel seule une analyse du scrutin en fonction des objets soumis au souverain permet de dégager des résultats intéressants. Nous fonderons notre interprétation sur trois constatations:

- Une véritable polarisation intervient à chaque fois que la consultation populaire porte sur un sujet dont l'enjeu n'est pas le même pour la femme et pour l'homme dans la mesure où il vise à des changements fondamentaux dans les droits de chacun d'eux. Cette première hypothèse de travail est confirmée notamment par l'issue favorable de la votation sur l'égalité des droits entre hommes et femmes (14.6.1981) et de celle sur le nouveau droit matrimonial et successoral (22.9.1985), ainsi que par le rejet massif de l'initiative sur l'abaissement de l'âge de la retraite AVS (26.2.1978). Dans chaque cas, il s'est agi de redistribuer des droits collectifs strictement répartis jusque-là entre la femme et l'homme, ce qui explique des disparités de 13 à 14 pour cent dans le nombre de voix accordés par les électrices en comparaison des électeurs, des disparités sans précédent à notre connaissance. Le nouveau droit matrimonial et successoral a même donné lieu à une différence qualitative. Si une différence de cet ordre n'a pu être décelée à propos de l'initiative sur la protection de la maternité, on peut néanmoins partir du point de vue que cette dernière touchait les intérêts objectifs et subjectifs de groupes trop spécifiques puisqu'en réalité seules les femmes en âge d'avoir des enfants en auraient bénéficié et que la solidarité des femmes a été affaiblie par une politisation réduisant l'initiative à une revendication féministe.
- L'enjeu n'était pas non plus pareil pour les femmes et pour les hommes lors des votations sur le service civil et sur la libéralisation de l'avortement. Il y a néanmoins une différence par rapport à la première série d'exemples, qui est due au fait que ces domaines ne peuvent être considérés comme des projets entraînant une redistribution des rôles. Il est donc logique que la défense d'intérêts contradictoires n'ait pas influé sur l'issue du scrutin. Dans les cinq exemples cités, il est surprenant de constater que la catégorie (femmes / hommes) directement concernée coïncide précisément avec celle qui a été la plus réticente au moment de se prononcer. Les deux initiatives tendant à l'introduction du service civil (4.12.1977 et 28.2.1984) ont ainsi davantage été soutenues par les électrices que par les électeurs, mais l'écart de 8 à 10 pour cent qui en est résulté était à peine significatif et n'a pas eu de conséquences sur le plan qualitatif. A l'inverse, les hommes se sont montrés plus ouverts au changement à l'occasion du scrutin sur l'avortement. Le cas de l'initiative en faveur de la solution du délai est particulièrement intéressant, car contrairement à ce qui s'est produit lors de la vota-

tion sur le nouveau droit matrimonial et successoral, le scrutin des électrices a semble-t-il entraîné une différence qualitative de -10 pour cent qui a fait échouer le projet à une faible majorité.

- La situation est vraisemblablement opposée pour les sujets qui ont trait à la qualité de la vie, comme l'énergie, les transports ou la protection des consommateurs, aucune distinction ne pouvant être établie entre les intérêts des femmes et les préoccupations des hommes. Aussi la tendance des électrices à se montrer plus progressistes dans ces domaines s'explique-t-elle probablement par l'adoption de positions de principe dans le domaine politique, face à des questions telles que la sécurité, l'économie et l'avenir. Cette troisième hypothèse de travail se vérifie particulièrement si l'on considère les consultations populaires à propos d'un article constitutionnel sur la protection des consommateurs (14.6.1981) et de l'initiative sur la surveillance des prix (28.11.1982), projets acceptés grâce à une majorité de oui légèrement supérieure de la part des femmes. Autres preuves de l'attitude plus favorable des électrices en comparaison des électeurs quand il faut se prononcer sur certains projets en matière d'énergie et de transport, les scrutins concernant les chemins et sentiers (18.2.1979: 11%), les douze dimanches sans véhicules à moteur (28.5.1978: +6%) et la démocratie dans la construction des routes nationales (26.2.1978: +8%), même si cette variation ne s'est pas répercutée au niveau qualitatif. Il est encore plus passionnant de se pencher sur les votations relatives à l'énergie, où l'électorat est divisé en deux camps d'égale importance. C'est l'initiative sur l'énergie (23.9.1984) qui a vu l'écart quantitatif le plus prononcé (9%), et une différence entre les majorités de oui et de non est probable dans ce cas également. Cette remarque doit aussi être applicable à l'initiative I concernant les installations atomiques (18.2.1979: +6%), alors que les données dont nous disposons sur l'initiative II (23.9.1984: +7%) indiquent plutôt un rejet de la part de l'électorat féminin et masculin à une faible majorité. Que ressort-il de ces quelques réflexions sur le scrutin des femmes et des hommes? Le résumé de 1979 cité dans l'introduction doit sans aucun doute être nuancé.

Peut-être une évolution se fait-elle jour; la plupart des exemples intéressants ne datent-ils pas des années quatre-vingts? Il est exact qu'on ne saurait parler, dans l'ensemble, d'écarts réguliers et significatifs. On arrive à la même conclusion lorsque l'on compare ces écarts avec ceux qui sont dus aux sympathies des votants pour l'un ou l'autre parti, à leur appartenance à une certaine région ou à telle génération. Les données utilisées dans la présente étude font en tout cas comprendre la nécessité de se fonder sur de fortes différences découlant de domaines déterminés. La redistribution de droits collectifs strictement répartis jusque-là entre la femme et l'homme suscite

Tableau no 2: Aperçu du comportement des électrices et électeurs (principaux résultats)

Critères d'évaluation	Participation (en % par rapport au nombre de citoyens ayant le droit de vote)	Scrutin (pourcentage de oui/non des votants effectifs)
<u>Principe:</u>	La différence entre le taux de participation des femmes (f.) et celui des hommes (h.) est généralement <u>significative du point de vue statistique</u> , de sorte que <u>l'électorat masculin est légèrement prédominant</u> . Les écarts sont liés au thème soumis au verdict populaire.	Il y a <u>généralement peu de différence sur le plan quantitatif</u> entre le scrutin des f. et des h. Si l'on oppose les f. aux h., on ne constatera qu'un clivage comparativement peu développé; selon l'objet du scrutin, ce clivage peut toutefois être très marqué. Sur le plan quantiat
<u>Différences:</u>	<ul style="list-style-type: none"> - Les h. se rendent plus <u>régulièrement</u> aux urnes que les f., mais cette <u>différence</u> semble <u>diminuer</u> au fil des années. - La participation des f. dépend davantage de l'<u>objet du scrutin</u> et de la facilité à se forger une <u>opinion</u>. Dans <u>certains cas</u>, la mobilisation sélective des f. compense néanmoins presque entièrement leur <u>faible représentation</u>. - La combinaison de plusieurs sujets plus ou moins mobilisateurs le même jour de votation complique une évaluation plus précise des différences dans le taux de participation. 	<p>Sur le plan <u>quantitatif</u>:</p> <ul style="list-style-type: none"> - des différences <u>significatives</u> sont intervenues lorsqu'en raison du sujet, l'<u>enjeu de la votation n'était de toute évidence pas le même pour les f. et pour les h.</u>, dans la mesure où <u>elle pouvait conduire à de profonds changements d'ordre juridique ou matériel</u>. - des différences d'<u>option</u> sont apparues pour les <u>sujets</u> suivants: <ul style="list-style-type: none"> • <u>avortement</u> (f. plus conservatrices); • <u>service civil</u> (f. plus progressistes); • <u>politique de l'énergie et des transports</u> liée à la qualité de la vie au sens postmatérialiste du terme (f. plus progressistes); • <u>protection des consommateurs</u> (f. plus progressistes). - <u>aucun lien systématique</u> ne peut être établi, du moins pour l'instant dans les <u>autres domaines</u>. <p>Sur le plan <u>qualitatif</u>:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Nouveau droit matrimonial et successoral • Initiative en faveur de la solution du délai, 1977 • Initiative I contre les installations atomiques, 1979 • Initiative sur l'énergie, 1984 <p>(les cas qui se sont présentés semblent dus au hasard).</p>

les écarts les plus marqués. Il est certain que l'image d'un électorat féminin conservateur ne correspond plus à la réalité, puisqu'elle est illustrée uniquement - et ce n'est pas un hasard - par le scrutin sur l'avortement, et qu'elle est démentie par d'autres votations portant sur des questions comme la protection des consommateurs, le service civil et plusieurs aspects de la politique de l'énergie et des transports, qui ont révélé un certain progressisme féminin.

2. Les électrices et électeurs face au nouveau droit matrimonial et successoral: différences dans la manière de voter et de se forger une opinion

Changeons de perspective! Prenons l'exemple de la votation sur le nouveau droit matrimonial et successoral pour étayer quelque peu notre hypothèse de travail selon laquelle certains projets révèlent des intérêts divergents chez les électrices par rapport aux électeurs. Au lieu d'examiner tous les résultats obtenus par l'analyse VOX, nous nous concentrerons dorénavant sur les deux questions suivantes:

- Le scrutin des électrices et des électeurs diffère-t-il dans tous les groupes?
- Comment la manière dont les opinions se forment explique-t-elle des différences entre le scrutin des femmes et celui des hommes?

2.1. Le scrutin des électrices et électeurs selon leur appartenance à des groupes

Jusqu'ici, nous avons procédé à une simple comparaison entre les femmes et les hommes; le tableau no 3 nous montre qu'une telle approche est simplificatrice. Le nouveau droit matrimonial et successoral ne présentait en lui-même aucun avantage ou inconvénient pour les hommes. Chez eux, la controverse avait plutôt trait à l'image actuelle de la femme et de la famille, controverse qui rappelle d'ailleurs la querelle de jadis entre les Anciens et les Modernes, comme l'illustre le scrutin de l'électorat masculin pris en tant que groupe:

- Les adeptes du PSS et du PRD sont assimilables aux Modernes, tandis que les sympathisants de l'UDC et du PDC pourraient être qualifiés d'Anciens. Les bulletins de vote le prouvent: le projet a été approuvé par les socialistes et les radicaux, et rejeté par une majorité relativement forte de tenants de l'UDC et du PDC.
- Le nombre d'Anciens et de Modernes varie aussi en fonction des générations; il est donc logique que les rentiers aient été particulièrement nombreux à voter contre la nouvelle loi. Le type de poste occupé par ceux qui font partie de la population active ne saurait par contre être qualifié de déterminant.

Tableau no 3: Position adoptée par certains groupes lors du scrutin sur le nouveau droit matrimonial et successoral

Critère	Groupe	Scrutin: pourcentage oui (n = votants effectifs)		
		Total ¹	Femmes ²	Hommes ²
Sexe:	Femmes	<u>61</u>	<u>61</u>	-
	Hommes	<u>48</u>	-	<u>48</u>
Age:	20-39 ans	<u>61</u>	<u>63</u>	<u>57</u>
	40-64 ans	<u>52</u>	<u>56</u>	<u>48</u>
	45 ans et plus	<u>44</u>	(<u>63</u>)	<u>33</u>
Type de poste occupé:	Professions libérales et cadres	<u>49</u>	<u>56</u>	<u>44</u>
	Employé(e)s et fonctionnaires occupant une position moyenne	<u>66</u>	<u>74</u>	<u>44</u>
	Employé(e)s et fonctionnaires occupant une position inférieure	<u>59</u>	(-)	(-)
	Ouvriers/ouvrières	<u>49</u>	<u>49</u>	<u>48</u>
	Agriculteurs/agricultrices	<u>32</u>	(-)	(-)
Zone linguistique:	Suisse alémanique	<u>51</u>	<u>50</u>	<u>42</u>
	Suisse romande	<u>66</u>	<u>70</u>	<u>63</u>
Sympathisant(e)s:	du PRD	<u>51</u>	<u>50</u>	<u>52</u>
	du l'UDC	<u>26</u>	<u>32</u>	<u>23</u>
	du PDC	<u>41</u>	<u>44</u>	<u>38</u>
	du PSS	<u>67</u>	<u>81</u>	<u>52</u>
	néant	<u>55</u>	<u>61</u>	<u>46</u>

- 1) Les écarts entre les votes récoltés et les votes effectifs ont été équitablement répercutés sur tous les groupes.
- 2) Lorsque le nombre de personnes interrogées permettait à peine de conclure à une différence entre les électrices et les électeurs, le pourcentage en question a été mis entre parenthèses; il ne peut être considéré que comme une tendance. Aucun chiffre n'est indiqué dans les cas où toute interprétation était impossible.

- Enfin, la région dans laquelle habite l'électorat a également influé sur le scrutin, puisque le référendum a obtenu beaucoup plus de suffrages chez les hommes de Suisse alémanique que chez les électeurs romands.

L'intérêt que le projet présentait pour les femmes a donné plus d'homogénéité à leur position, si bien que les clivages entre elles étaient moins marqués. Selon nos informations, l'âge n'a pas joué de rôle, ou un rôle très limité. La révision a été soutenue par une proportion très élevée de femmes issues des nouvelles couches moyennes de la société. Les seules divergences que l'on puisse noter trouvent leur origine dans les orientations politiques: alors que les sympathisantes des partis bourgeois éprouvaient un certain scepticisme, les adeptes du socialisme se prononçaient en majorité pour le nouveau droit matrimonial et successoral.

2.2. Comment les opinions se sont forgées chez les électrices et électeurs

Il est vraisemblable que les opinions se soient forgées autrement chez les électrices que chez les électeurs, la décision de chacun résultant d'une part de la position adoptée par les organismes intéressés ou de la valeur attribuée au problème lui-même, et d'autre part de la campagne qui a précédé le scrutin. Le tableau n° 4 montre que si la manière dont les opinions se sont forgées ne diffère pas fondamentalement, l'écart va en s'amplifiant dans les trois domaines que sont l'information, le degré d'identification au projet et les raisons motivant le choix de l'électorat:

- Aucune disparité significative n'a pu être constatée quant à l'information, la connaissance du dossier étant à peu près identique chez les femmes et chez les hommes. Le sondage a porté à la fois sur la maîtrise du sujet dans son ensemble et sur cinq domaines spécifiques (régimes matrimoniaux, droit des successions, droit de cité, logement de la famille et nom de famille) parce qu'ils étaient modifiés par le nouveau droit; les enquêteurs se sont moins intéressés aux aspects juridiques qu'à des notions de base. Femmes et hommes étaient en gros aussi bien informés les uns que les autres sur la position des autorités, si bien que la connaissance du projet peut généralement être qualifiée de bonne. Cela explique pourquoi les électrices et électeurs n'ont éprouvé, contrairement à certaines prévisions soulignant la complexité de la matière, que des difficultés relativement modérées à évaluer les répercussions du nouveau droit sur leur vie personnelle. Les efforts d'information déployés avant les votations y sont bien entendu pour quelque chose.
- Il n'en est pas tout à fait de même du degré d'identification au projet, c'est-à-dire de la capacité, pour l'électorat, d'établir un lien entre l'objet du scrutin et sa

Tableau no 4: Aperçu de la manière dont les opinions se sont forgées quant à la forme⁴

Variables utilisées	Citoyens ayant le droit de vote			Votants Total
	Total	Femmes	Hommes	
1) Maîtrise générale du sujet. (question ouverte)				
- pertinence de la réponse	90%	90%	91%	94%
2) Connaissance de base des modifications apportées au contenu (question ouverte)				
- pertinence de la réponse concernant				
a) régimes matrimoniaux	75%	76%	75%	84%
b) droit des successions	77%	81%	73%	86%
c) logement de la famille	72%	72%	72%	83%
d) droit de cité	71%	73%	70%	80%
e) nom de famille	82%	85%	80%	91%
3) Principales recommandations de vote (question ouverte)				
- pertinence de la réponse sur la position des autorités	71%	70%	73%	83%
4) Degré d'identification au projet (question fermée)				
- forte identification	22%	24%	20%	28%
5) Difficultés subjectives à s'informer (question fermée)				
- projet plutôt difficile à évaluer	67%	66%	68%	78%

Tableau no 5: Aperçu de la manière dont les opinions se sont forgées quant au contenu du nouveau droit matrimonial et successoral

Variables utilisées	Tenants du projet			Adversaires du projet		
	Total	Femmes	Hommes	Total	Femmes	Hommes
1) Motifs (question ouverte)						
- quant à la forme	11%	9%	13%	6%	5%	7%
- quant au contenu	38%	46%	29%	30%	27%	33%
- non différenciés	4%	4%	5%	5%	5%	2%
- autres	1%	1%	1%	2%	1%	4%
- néant	1%	1%	1%	2%	2%	2%
Total	55%	61%	48%	45%	39%	53%
2) Importance de certaines innovations quant au contenu (question fermées)						
- régimes matrimoniaux	71% ¹	73%	69%	40% ²	42%	38%
- droit des successions	70%	77%	63%	40%	40%	41%
- logement de la famille	62%	67%	57%	35%	42%	30%
- droit de cité	25%	27%	22%	12%	11%	12%
- nom de famille	11%	12%	10%	1%	2%	0%

1) Pourcentage correspondant à "très important" sur une échelle à quatre niveaux allant de "très important" à "pas important du tout"; plusieurs réponses possibles.

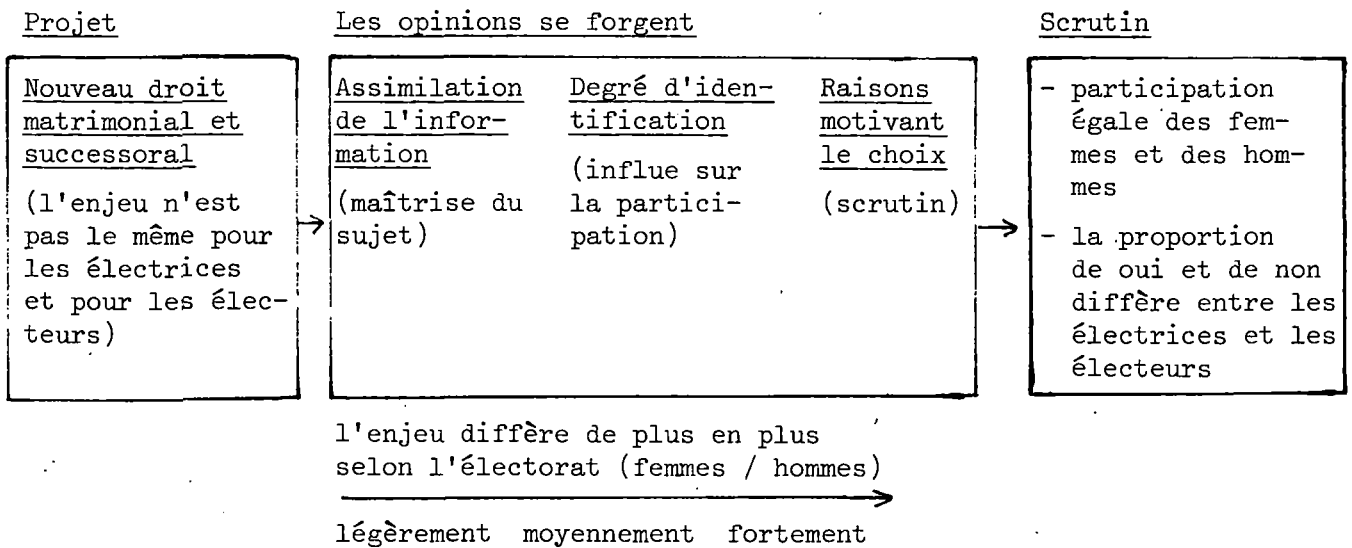
2) L'analyse des raisons ayant motivé le choix du souverain a montré que la principale objection des adversaires quant au contenu du projet était l'immixtion du juge. Or comme cette objection ne concerne pas une modification apportée dans un domaine spécifique, elle n'a pas été prise en considération dans la conception du questionnaire. Les données concernant les adversaires du projet doivent donc être relativées.

propre situation. Si l'on compare cette votation avec celles qui se sont déroulées depuis 1977, on constate que le degré d'identification a en l'occurrence été moyen, et légèrement supérieur chez les femmes par rapport aux hommes, sans que la différence ne soit dans ce cas déterminante.

- Un écart n'apparaît véritablement que dans la manière de se forger une opinion et dans les raisons motivant le choix du souverain. Ce sont surtout les électrices qui ont été incitées par le contenu du projet à voter favorablement (46% des votantes), leur argumentation étant soit relativement détachée de la forme ("instaurer un droit adapté à notre époque"), soit fondée uniquement sur des jugements de valeur ("c'est un bon projet"). Les hommes, par contre, ont eu de la peine à donner spontanément des motifs justifiant un "oui" quant au fond, et dans ce cas (29% des votants), ils se référaient en priorité à la notion d'époux-partenaires et donc d'égalité des droits. Une grande partie de l'électorat masculin (33%), qui avait à l'esprit l'image certes typique mais peu objective du juge s'immiscant dans la vie du couple, voyait d'ailleurs plutôt des points négatifs dans le texte qui lui était soumis. Par une autre méthode, les enquêteurs se sont aussi penchés sur le rôle joué par la perspective des changements importants qu'apporterait le nouveau droit. Pour les femmes favorables au projet, les innovations contenues dans les régimes matrimoniaux et le droit des successions étaient essentielles. Seule une minorité a souligné des aspects non matériels tels que le nom de famille. Il ressort de cette analyse des raisons motivant le choix du souverain que les partisans ont attaché peu d'importance aux cinq domaines spécifiques vu qu'ils adhéraient surtout aux principes de base du projet.

L'étude de la manière dont les opinions se sont forgées nous révèle donc que la position des deux camps était relativement marquée. Le sujet était suffisamment lié à la vie quotidienne pour qu'il intéresse l'électorat moyen, son contenu ainsi que sa présentation par les médias assez explicites pour que chacun se mette au courant et ait son propre avis. Cette remarquable s'applique aussi bien aux femmes qu'aux hommes; l'approbation des premières repose en priorité sur des idées de base et sur les avantages découlant du projet au niveau matériel surtout. La propagande des adversaires s'est, quant à elle, habilement servie de l'esprit qui régnait chez les hommes opposés au changement, en faisant du juge le symbole de la menace que le nouveau droit était censé représenter.

Tableau no 6: Schéma de la manière dont les opinions se sont forgées sur le nouveau droit matrimonial et successoral



Ces résultats nous conduisent à l'hypothèse suivante sur la manière dont les opinions se forgent: si l'intérêt des femmes est en cause, cela a des effets positifs à la fois sur la participation et sur le scrutin. Ce phénomène ne tient pas à une plus ou moins bonne connaissance du dossier, mais au degré d'identification au projet en tant qu'il incite à la mobilisation, et aux raisons motivant un certain choix au moment de voter. Ces deux derniers aspects diffèrent en l'occurrence entre l'électorat féminin et masculin (5).

Perspectives d'avenir des projets en faveur de l'égalité

Jusqu'ici, nos considérations ont porté sur le passé ou sur le présent. Cette dernière partie aura trait au futur: quelles sont les perspectives d'avenir des projets visant à l'égalité entre femmes et hommes?

Il est difficile de se lancer dans des prévisions car l'issue d'un scrutin dépend aussi bien du sujet proposé que du mode de politisation qui ne peut guère être connu à l'avance.

A l'occasion de l'analyse que VOX a effectuée sur le nouveau droit matrimonial et successoral, les personnes interrogées ont eu le choix entre quatre domaines d'actualité, juridiques ou non, pour répondre à la question suivante: quel degré de priorité accordez-vous à la réalisation de l'un ou l'autre projet touchant à l'égalité? Voici l'essentiel de leurs réponses:

- droit du travail (par ex. des salaires égaux)	49%	1er degré de priorité
- formation (par ex. les mêmes branches pour tous)	26%	
- sécurité sociale (par ex. la retraite au même âge)	22%	
- défense nationale (par ex. une adaptation du service militaire obligatoire)	3%	

A quels projets femmes et hommes donnent-ils la priorité? Suivant en cela l'ordre qui figure ci-dessus, femmes et hommes ont mis tous deux le droit du travail au premier rang, et la défense nationale au dernier. L'influence des jugements de valeurs est évidente: l'égalité dans le domaine du travail va davantage de soi que dans celui de la défense nationale. Les degrés de priorité diffèrent en revanche dans les deux autres secteurs, puisque les femmes attachent plus d'importance à la formation et que les hommes privilégient la sécurité sociale. Les intérêts objectifs ne concordent donc pas, comme nous l'avons vu dans l'examen des écarts significatifs entre le scrutin des électrices et le vote des électeurs, même s'ils semblent bouleversés et supplantés par de nouvelles valeurs. C'est ainsi que parmi les hommes, les jeunes et notamment ceux qui sont issus des nouvelles couches moyennes se sont montrés plus favorables à la formation qu'à la révision de la sécurité sociale. Imaginer que les disparités n'apparaissent qu'entre les femmes et les hommes est toutefois simpliste, car les orientations politiques jouent aussi un rôle. La hiérarchie établie ci-dessus par les personnes interrogées est applicable aux sympathisant(e)s du PSS et du PDC ainsi qu'à l'électorat qui ne se sent proche d'aucun parti. Les adeptes du PRD et de l'UDC, quant à eux, fixent leurs priorités dans un ordre différent qui correspond davantage au profil fixé pour l'électorat masculin d'âge moyen ainsi que pour les hommes âgés. A cela s'ajoute le fait que seules 85 pour cent des personnes s'identifiant à l'UDC ont attribué le premier degré de priorité à un objet donné, vu qu'environ un sixième d'entre elles rejettent absolument la promotion de l'égalité.

Quelles conclusions pouvons-nous tirer des considérations qui précèdent? Du point de vue historique, le clivage envisageable entre les femmes et les hommes est très récent et peu prononcé. On notera néanmoins une certaine évolution qui peut se traduire par une nette opposition lorsque d'un côté, l'enjeu objectif du scrutin n'est pas le même pour l'électorat féminin et masculin et que le mode de politisation n'exclut pas une identification positive de toutes les femmes, et que de l'autre, les hommes se voient donner la possibilité de maintenir le statu quo. Nous en déduisons que les résultats du scrutin sur le nouveau droit matrimonial et successoral tels qu'ils ont été brièvement analysés dans le présent rapport gardent toute leur actualité.

Notes

- 1) La situation de la femme en Suisse, rapport de la Commission fédérale pour les questions féminines, Première partie: Société et économie, Berne 1979.
- 2) Voir à ce sujet l'Analyse de la votation fédérale du 22 septembre 1985 publiée par le Centre de recherche de politique suisse de l'Université de Berne et par la Société suisse de recherches sociales pratiques, VOX n° 27, Zurich 1985 (peut être commandé auprès de ces organismes à raison de 15 fr. l'exemplaire).
- 3) Les analyses de VOX se fondent sur des sondages représentatifs effectués auprès d'environ 700 citoyens et citoyennes ayant le droit de vote en Suisse alémanique et Suisse romande. Les enquêtes, qui commencent le lundi qui suit les votations et s'achèvent dans les dix jours, sont réalisées au moyen d'un questionnaire standardisé permettant des comparaisons entre des périodes et des sujets distincts. L'échantillonnage choisi donne une marge d'erreur statistique de +3 pour cent.
- La Société suisse de recherches sociales pratiques de Zurich effectue les sondages. Le Centre de recherche de politique suisse a assumé jusqu'en 1984 la préparation et l'évaluation scientifiques des sondages. Depuis 1985, ce travail est réalisé à tour de rôle par les universités de Berne, Zurich et Genève.
- 4) Les analyses de VOX portent également sur la volonté de l'électorat de tenir compte des recommandations de vote. Le fait qu'il s'agit de d'avis personnels et non d'une analyse sur la diffusion ou l'effet de ces recommandations pose forcément des problèmes.

Recommandation émanant de	Citoyens ayant le droit de vote	Hommes	Femmes	Votants
Autorités (Conseil féd. et Parlement)	12%	12%	12%	14%
Partis	13%	14%	13%	14%
Milieux économiques	4%	6%	2%	5%
Comités spécialement constitués pour le scrutin	3%	4%	2%	3%
Autres	2%	1%	2%	2%
Néant	66%	63%	69%	62%

- 5) Le lecteur qui s'intéresse à la manière dont les opinions se forment se reportera avec profit à l'ouvrage de E. Gruner, H.P. Hertig (collaboration de A. Grossen): Der Stimmbürger und die "neue" Politik. Berne et Stuttgart 1983.

(Traduction: Lise Knöpfel)

Donne e uomini alle urne - Dati sulla nuova linea conflittuale nelle votazioni federali

di Claude Longchamp, assistente presso il Centro di ricerche per la politica svizzera dell'Università di Berna

Premesse

Il voto delle donne sarà diverso da quello degli uomini? Una domanda, questa, che non ha mancato di infocare gli animi la vigilia delle votazioni federali nelle quali gli uomini di età maggiore avrebbero deciso se estendere alla metà femminile della popolazione adulta il diritto "generale" di voto e di eleggibilità. Accolta la modificazione nel 1971, gli spiriti si quietarono: invece dei temuti o attesi cambiamenti, alle urne tutto tornò a essere come in passato. Le prime sintesi delle analisi scientifiche sul comportamento di voto delle donne invitavano d'altronde a conclusioni spassionate. Così, nel 1979, nel primo rapporto su "La condizione della donna in Svizzera" si poteva leggere: "Tutto sommato, meno donne che uomini si recano alle urne. Ciò vale tanto per le elezioni quanto per le votazioni - federali, cantonali e comunali. Non è possibile stabilire con certezza se vi siano differenze tra gli uomini e le donne nella regolarità delle partecipazione" (p. 92 nella versione tedesca). In relazione con il comportamento di voto, la Commissione federale per i problemi della donna scriveva inoltre: "Le donne che si recano alle urne sembrano fondamentalmente condividere l'opinione degli uomini: sulla maggior parte dei progetti sottoposti a votazione. Il fatto che determinati progetti abbiano raccolto più assensi tra gli uomini potrebbe suggerire che le donne provino una maggiore inclinazione verso il mantenimento dell'ordine stabilito che non verso soluzioni nuove e liberali" (p. 95 nella versione tedesca) (1).

Ambedue i giudizi sono caratterizzati da un elemento rassicurante: l'introduzione del diritto di voto e di eleggibilità per le donne non sembra aver favorito l'insorgenza di una nuova potenziale polarità - quella tra uomini e donne - nelle linee conflittuali che già determinano il corso delle votazioni. Può darsi che simili interpretazioni, fondate su un'immagine alquanto passiva e conservatrice della donna, fossero allora indicate per ridurre sia le paure alle quali si accennava sopra sia le speranze che si nutrivano, e che con esse si perseguissero scopi politici. Comunque sia, contribuiscono ben poco all'interpretazione del fatto principale emerso dalla postanalisi della votazione sul nuovo

diritto matrimoniale e successorio. Su questo particolare argomento, il comportamento di voto è stato nettamente diverso: la revisione venne accolta dal 61% delle donne, votanti, ma solo dal 48% degli uomini votanti, per andare in porto con quasi il 55% di sì. In base ai dati disponibili, è così accertato per la prima volta che il diverso comportamento di voto delle donne, peraltro rilevante anche dal profilo statistico, ha contribuito al successo di un progetto di legge, nonostante il rifiuto espresso da una (debole) maggioranza maschile (2).

Questa contraddizione costituisce il punto di partenza del presente rapporto : le due citazioni summenzionate riflettono ancora la realtà odierna? I risultati dell'analisi del comportamento nelle votazioni sono, nel caso del nuovo diritto matrimoniale e successorio, dovuti a una pura coincidenza? Oppure è giunto il momento di elaborare una visione più differenziate dei fatti?

A tali domande ci vogliamo accostare in triplice maniera: avantutto nell'ottica storica per stabilire le differenze generali del comportamento assunto in concomitanza con le votazioni; indi approfondendo il caso concreto del processo di formazione delle opinioni sull'argomento del nuovo diritto matrimoniale e successorio; infine presentando una panoramica dalla quale emergano le priorità (temporali) per nuovi progetti di legge sulla parità dei diritti. A questo scopo ci si avvarrà di quella fonte rivelatrice che sono le postanalisi delle indagini rappresentative concernenti le votazioni. Concretamente, si tratta dei dati raccolti tra il 1977 e il 1985 nell'ambito delle Analisi VOX sulle votazioni federali, disponibili sinora per una settantina di consultazioni nazionali (3).

1. Il comportamento femminile e maschile nelle votazioni in sintesi

La nozione di comportamento nelle votazioni usato di seguito racchiude due componenti: innanzitutto l'aspetto della partecipazione, indi quello della decisione per un sì o per un no. Nel descrivere i rapporti quantitativi, il primo verrà designato come comportamento di partecipazione e il secondo come comportamento di voto. Ovviamente, il concentrare l'attenzione su questi due fattori costituisce una scelta tra i possibili approcci all'azione politica. Alla voce Sintesi 1 è riportata una selezione di dati delle Analisi VOX degli anni 1977 a 1985 rilevanti per il nostro scopo.

1.1. Il comportamento di partecipazione delle donne e degli uomini

Gettando un primo sguardo al comportamento di tutti gli aventi diritto di voto, si notano subito le forti fluttuazioni alle quali va soggetta la partecipazione. A prescindere dai singoli casi, si impongono le considerazioni seguenti: la partecipazione alle votazioni è andata riducendosi a ritmo quasi regolare dalla fine della II Guerra mondiale fino all'

inizi degli anni '70; da quel momento, l'evoluzione ha assunto un andamento alquanto ondulatorio. Ciò vale per ambedue i sessi, come mostra la nostra sintesi per gli anni dal 1977 in poi. In un modo che appare indipendente dalla partecipazione mutevole, 16 delle 25 votazioni ritenute nella postanalisi fanno registrare una significativa maggior partecipazione maschile, mentre nei sette casi rimanenti, pur dominando, gli uomini non costituiscono più la stessa maggioranza significativa. Per il periodo sottoposto a osservazione, la differenza media si aggira sugli 11%; con ciò, la differenza di partecipazione correlata con il sesso raggiunge un livello rilevante dal profilo statistico.

Ma, come viene evidenziato dalle due ultime votazioni del 1985 analizzate, il fatto di basare le osservazioni unicamente su valori medi può impedire di riconoscere interessanti sviluppi. La conclusione va comunque differenziata se si considera il singolo caso. Da tante ricerche sull'attività politica convenzionale è noto che il grado di integrazione nella vita pubblica riveste grande importanza. Riferimenti teorici ed empirici giustificano una nuova eccezione nell'interpretazione della partecipazione nel caso concreto:

Tra coloro che partecipano con regolarità occorre distinguere i votanti che si decidono di volta in volta, ossia quelli che partecipano occasionalmente. Per l'evoluzione a lungo termine ci si può avvalere della tesi dell'integrazione politica; le variazioni nel breve termine vanno per contro interpretate come una conseguenza del particolare comportamento dei partecipanti occasionali.

Per quanto concerne i due sessi ci si può basare sui fatti seguenti: attualmente partecipano con regolarità circa il 34% degli uomini, ma solo il 28% delle donne. I confronti temporali suggeriscono che tali valori si modificano solo lentamente, con una leggera tendenza alla riduzione del divario a partire dal 1977. Tra le donne si manifesta invece in modo più netto che non tra gli uomini la tendenza alla partecipazione selettiva: l'atto di recarsi alle urne è deciso assai più in funzione dell'argomento e dell'opinione formata in merito, che non in funzione di elementi normativi. Anche se una precisa determinazione empirica del potenziale dei partecipanti occasionali appare difficile, e anche se la combinazione di più oggetti per un'unica scadenza rende impossibile stabilire con certezza il grado di mobilitazione suscitato dal singolo argomento, appare plausibile assumere che, il 9 giugno per l'iniziativa "Sì alla vita" e il 22 settembre per il referendum sul nuovo diritto matrimoniale e successorio, furono le partecipanti occasionali a riequilibrare le differenze di partecipazione solitamente registrate a proposito dei partecipanti regolari.

<u>5.4.1981</u>	40	-5	+5	<u>-10</u>				
- Iniziativa "Essere solidali"					16	+1	0	+ 1
<u>14.6.1981</u>	34	-3	+2	- 5				
- Eguaglianza dei diritti tra uomo e donna					60	+7	- 7	<u>+14</u>
- Protezione dei consumatori					66	+3	-3	<u>+ 6</u>
<u>29.11.1981</u>	30	-6	+6	<u>-12</u>				
- Proroga del regime finanziario					69	0	+1	- 1
<u>6.6.1982</u>	35	-4	+4	- 8				
- Modificazione del Codice penale					64	0	-1	+ 1
- Legge sugli stranieri					50	+4	-3	+ 7
<u>28.11.1982</u>	33	-5	+4	- 9				
- Iniziativa sulla sorveglianza dei prezzi					56	+3	-2	+ 5
- Controprogetto sulla sorveglianza dei prezzi					22	0	0	0
<u>27.2.1983</u>	32	-9	+9	<u>-18</u>				
- Nuovo ordinamento dei dazi sui carburanti					53	-4	+3	- 7
- Articolo sull'energia					51	+1	-1	+ 2
<u>26.2.1984</u>	53	-9	+9	<u>-18</u>				
- Tassa sul traffico pesante					59	-1	+1	- 2
- Contrassegno autostradale					53	+1	0	+ 1
- Iniziativa per il servizio civile II					36	+6	-4	<u>+10</u>
<u>20.5.1984</u>	42	-7	+7	<u>-14</u>				
- Iniziativa sulle banche					27	+2	-1	+ 3
- Iniziativa contro la svendita del territorio					49	+1	0	+ 1
<u>23.9.1984</u>	42	-9	+8	<u>-17</u>				
- Iniziativa atomica II					45	+4	-3	+ 7
- Iniziativa energetica					46	+5	-4	+ 9
<u>2.12.1984</u>	38	-4	+3	- 8				
- Articolo radiotelevisivo					69	+2	-2	+ 4
- Aiuto alle vittime della criminalità violenta					82	0	0	0
- Iniziativa sull'assicurazione-maternità					16	+1	-1	+ 2
<u>10.3.1985</u>	34	-7	+7	<u>-14</u>				
- Nuova ripartizione dei compiti per l'istruzione primaria					59	-3	+2	- 5
- Nuova ripartizione dei compiti per la sanità pubblica					53	+1	0	+ 1
- Nuova ripartizione dei compiti per i sussidi all'istruzione					48	0	0	0
- Iniziativa sulle vacanze					35	+1	-1	+ 2
<u>9.6.1985</u>	35	+1	-0	+ 1				
- Quote cantonali sui proventi delle tasse di bollo					67	-2	+2	- 4
- Nuova ripartizione dei proventi sull'alcool					72	0	-1	+ 1
- Soppressione dei sussidi per i cereali panificabili					57	-2	+1	- 3
- Iniziativa "Sì alla vita"					31	+2	-2	+ 4
<u>22.9.1985</u>	42	+1	0	+ 1				
- Nuovo diritto matrimoniale e successorio					55	+6	-7	<u>+13</u>
- Coordinamento dell'inizio dell'anno scolastico					59	+2	-2	+ 4
- Garanzia contro i rischi dell'innovazione					43	+1	-2	+ 3

1) Nessuna analisi del comportamento nelle votazioni correlato con il sesso è stata svolta per l'armonizzazione fiscale (12.6.1977), la modificazione dell'ordinamento del diritto di cittadinanza e la naturalizzazione agevolata (ambedue 4.12.1983). A parte queste limitazioni, per il periodo dal 1977 al settembre 1985 la panoramica è completa.

2) Questo totale rappresenta il valore effettivo (risultato ufficiale arrotondato a cifre intere).

3) Questo valore rappresenta la divergenza rilevata (risultati delle interviste, arrotondati a cifre intere). Se i dati in questione non sempre corrispondono ai valori pubblicati negli opuscoli VOX, la ragione va ricercata nel fatto che per questa panoramica si sono considerati, tanto per il comportamento di partecipazione quanto per il comportamento di voto, solo gli intervistati mostratisi disponibili, ossia tralasciando coloro che hanno rifiutato di rispondere.

4) I valori sottolineati possono essere ritenuti statisticamente significativi (test del chi quadrato).

Fonte: Analisi VOX delle votazioni federali dal 1977 al 1985.

Le prime considerazioni conclusive del rapporto su "La condizione della donna in Svizzera" sono dunque tuttora valide? In sostanza, vi si può aderire ancor oggi. Come in passato, le donne si recano con minor frequenza alle urne. I due esempi riportati non consentono d'altronde di concludere che la base strutturale della partecipazione politica o l'integrazione nella vita pubblica siano radicalmente mutate nella metà degli anni '80. Gli esempi mostrano però che non è più lecito assumere a priori un corpo elettorale avente una composizione per sessi rigida. L'immagine che vuole le donne fundamentalmente passive si dimostra troppo semplicistica, perlomeno nel campo che ci siamo proposti di approfondire.

1.2. Il comportamento di voto delle donne e degli uomini

Le analisi del comportamento di voto - effettuate sino a oggi con minor frequenza che non quelle della partecipazione - non possono poggiare solo su differenze quantitative. Nel caso di argomenti poco contestati, dove la votazione si risolve con una netta accettazione o un altrettanto netto rifiuto, l'aspetto quantitativo è secondario. Interessante diventa invece quando i voti favorevoli si aggirano attorno al limite determinante del 50%, con un diverso rapporto di sì/no tra le donne e gli uomini (differenza qualitativa).

Dal profilo strettamente quantitativo, la divergenza appare debole. Per le votazioni dal 1977 al 1985, la differenza registrata in media fu del 4,7%; una cifra con la quale solitamente non si raggiunge alcun livello significativo. Ma, come chiariremo di seguito, anche gli esempi qualitativi sono complessivamente piuttosto rari. E' allora il caso di chiedersi se la seconda citazione riportata dal rapporto su "La condizione della donna in Svizzera" - ossia che le donne che si recano alle urne sembrano votare come gli uomini - sia tuttora valida. Di seguito vorremmo pertanto spiegare perché i risultati interessanti si riconoscono solo quando il comportamento di voto viene suddiviso per materie e analizzato in relazione a esse. Tre sono le osservazioni e i possibili approcci interpretativi da menzionare:

- Differenze significative emergono quando l'argomento verte su interessi specifici correlati con il sesso e implica una modificazione importante dei diritti acquisiti. Questa prima ipotesi di lavoro è confermata dalle due votazioni a esito positivo riguardanti l'eguaglianza dei diritti tra uomo e donna (14.6.1981) e il nuovo diritto matrimoniale e successorio (22.9.1985), come pure dall'iniziativa per l'abbassamento dell'età di pensionamento (26.2.1978), nettamente respinta. Nei tre casi, la posta in gioco era una nuova ripartizione dei diritti collettivi correlati con il sesso. E nei tre casi si ebbe uno scarto nel comportamento di voto dell'ordine del 13 al 14%. Per quel che concerne i risultati disponibili, si tratta degli scarti più grandi mai registrati

tra uomini e donne. Nel caso particolare del nuovo diritto matrimoniale e successorio emerse pure una differenza qualitativa. E se non si è potuto registrare un simile scarto per l'iniziativa a favore di un'assicurazione-maternità, v'è da presumere che in questo caso fossero in gioco degli interessi più che mai correlati con il sesso. In fondo, solo le donne in età di procreare potevano attendersi qualche vantaggio; la solidarietà che avrebbe potuto unire tutte le donne si è scontrata all'ostacolo di una politicizzazione all'insegna della "rivendicazione femminista".

- Un coinvolgimento correlato con il sesso può essere ravvisato nelle votazioni sul servizio civile e nei plebisciti sulla liberalizzazione dell'interruzione della gravidanza. La differenza rispetto al primo gruppo di esempi sta nel fatto che ambedue gli oggetti non hanno potuto essere interpretati come progetti di redistribuzione. Corrispondentemente, anche i risultati del comportamento di voto non offrono altri argomenti che potrebbero essere visti nell'ottica della difesa di interessi contrastanti. Sorprendente, in tutti e cinque gli esempi riportati, è il voto guardingo del sesso maggiormente coinvolto. Ambedue le iniziative per l'introduzione del servizio civile (4.12.1977 et 28.2.1984) hanno raccolto i maggiori consensi tra le donne, ma il margine dell'8 a 10% è a malapena significativo e comunque non sufficiente per assicurare una rilevanza qualitativa. In occasione delle votazioni sull'interruzione della gravidanza furono invece gli uomini a dar prova di maggiore disponibilità verso le innovazioni di carattere liberale. Interessante si rivela soprattutto l'iniziativa a favore della soluzione dei termini, poiché qui, contrariamente al nuovo diritto matrimoniale e successorio, bisogna concludere che fu proprio il comportamento di voto qualitativamente diverso delle donne (divergenza delle donne rispetto agli uomini -10%) a determinare il rifiuto di stretta misura dell'iniziativa.
- Per quanto riguarda le questioni dell'energia e dei trasporti come pure quella della protezione dei consumatori, che vertono sulla qualità della vita, siamo portati ad assumere delle condizioni diametralmente opposte. Qui non vi sono più interessi o coinvolgimenti direttamente correlati con il sesso. Ecco perché il comportamento tendenzialmente più progressista delle donne in questi campi va piuttosto ricondotto ad atteggiamenti di fondo di rilevanza politica (p.es. il rapporto con la sicurezza, l'economia o il futuro). Questa terza ipotesi di lavoro trova conferma soprattutto nella votazione sull'articolo costituzionale riguardante la protezione dei consumatori (14.6.1981) e quella sull'iniziativa per la sorveglianza dei prezzi (28.11.1982), dove ambedue gli oggetti furono accolti con una leggera maggioranza di sì femminili. L'ipotesi che l'atteggiamento delle donne di fronte ai problemi energetici e del traffico sia

Sintesi 2: Risultati principali sul comportamento di voto correlato con il sesso

Generalità dei risultati	<u>Comportamento di partecipazione</u> (= partecipazione in % degli aventi diritto di voto)	<u>Comportamento di voto</u> (= proporzione di voti sì/no in % dei votanti)
<u>Principio</u>	Il comportamento di partecipazione degli uomini (U.) e delle donne (D.) differisce di <u>regola</u> in modo <u>significativo</u> , cosicché il corpo dei votanti risulta <u>debolmente dagli uomini</u> . Le divergenze si spiegano con l'oggetto sottoposto a consultazione.	Il comportamento di voto degli U. e delle D. differisce di <u>regola poco quantitativamente</u> . In caso di opposizione tra i sessi, la linea conflittuale risultante è poco pronunciata, ma potrebbe diventare molto significativa dal profilo dei contenuti.
<u>Differenziamen- ti</u>	<ul style="list-style-type: none"> - Più uomini che donne si recano con <u>regolarità</u> alla urne; la <u>differenza</u> tende apparentemente a <u>ridursi</u> con il passare del tempo. - Le D. decidono più spesso la loro partecipazione in funzione dell'<u>argomento</u> e dell'<u>opinione</u> che si sono formate; nel <u>singolo caso</u>, la partecipazione selettiva riesce in pratica a pareggiare il <u>deficit rappresentativo</u>. - Un'analisi più differenziata è resa difficile dalla combinazione di tematiche con una diversa capacità di mobilitare gli aventi diritto di voto. 	<p>Differenze <u>quantitative</u>:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Differenze <u>rilevanti</u> si sono cristallizzate soprattutto attorno a delle problematiche manifestamente accompagnate da un <u>coinvolgimento correlato con il sesso e vertenti su una modificazione generale della situazione legale o materiale</u>. - Differenze <u>tendenziali</u> si sono avute sulle problematiche seguenti <ul style="list-style-type: none"> . <u>interruzione della gravidanza</u> (D. tendenzialmente più conservatrici); . <u>servizio civile</u> (D. tendenzialmente più progressiste); . <u>questioni energetiche e del traffico</u> riguardanti la qualità della vita (in un senso postmaterialistico) (D. tend. prog.). - Negli <u>altri campi</u> non vi è, perlomeno sinora, <u>nessuna interrelazione sistematica</u>. <p>Differenze <u>qualitative</u>:</p> <ul style="list-style-type: none"> .Nuovo diritto matrimoniale e successorio .Iniziativa per la soluzione dei termini, 1977 .Iniziativa antiatomica I 1979 .Iniziativa energetica, 1984 (I casi esistenti appaiono piuttosto come casuali).

più positivo che non quello degli uomini è avvalorata dai risultati di tre votazioni: quella sui sentieri pedestri (18.2.1979: +11%), quella sulle 12 domeniche senz'auto (28.5.1978: +6%) e quella sulla democrazia nella costruzione delle strade nazionali (26.2.1978: +8%). Ma in nessuno dei tre casi lo scarto fu significativo anche in termini qualitativi. Ancor più interessanti sono le questioni energetiche che dividono il corpo dei votanti in due campi di forza quasi uguali. Per l'iniziativa energetica (23.9.1984) si ebbe lo scarto quantitativo più netto con un +9%, e vi sono da presumere delle maggioranze di sì/no divergenti. Considerazioni del tutto simili possono essere fatte a proposito della prima iniziativa antiatomica (18.2.1979: +6%), mentre che per la seconda iniziativa sullo stesso argomento (23.9.1984: +7%) i nostri risultati lasciano piuttosto presumere un rifiuto di stretta misura da parte di ambedue i sessi.

Quali conclusioni è possibile trarre da questa esposizione sul comportamento di voto? Senza dubbio, la citazione del 1979 riportata sopra va rivista e differenziata. Ma forse si tratta anche di un cambiamento determinato dai tempi, giacché la maggior parte degli esempi che ci interessano si riferiscono agli anni '80. E' vero che, complessivamente, non si può parlare di differenze significative e persistenti. Ciò diventa ovvio soprattutto nel confronto con le differenze registrate in fatto di simpatie partitiche, risultati regionali, o appartenenza alle varie generazioni. I dati presentati lasciano nondimeno presumere consistenti divergenze correlate con l'oggetto in votazione. Le differenze più grandi si notano dove è in gioco una nuova ripartizione dei diritti collettivi correlati con il sesso. Sicuramente insostenibile è l'immagine che vuole le donne come votanti conservatrici, nonostante che abbia trovato una conferma non solo casuale nella votazione sull'interruzione della gravidanza. Per contro, argomenti quali la tutela dei consumatori, il servizio civile, la problematica dell'energia e dei trasporti hanno visto le donne sostenere una posizione assai più progressista.

2. Aspetti del comportamento di voto e del processo di formazione delle opinioni correlati con il sesso, descritti sull'esempio del nuovo diritto matrimoniale e successorio

Proviamo a cambiare prospettiva! Tentiamo ora, sull'esempio del nuovo diritto matrimoniale e successorio; di approfondire la nostra ipotesi di lavoro sulla votazione dalla quale emergono interessi maschili e femminili contrastanti. Non intendiamo ripresentare qui in modo particolareggiato tutti i risultati dell'Analisi VOX, visto che i quesiti da risolvere sono essenzialmente due:

- Il comportamento di voto correlato con il sesso è tipico di tutti i sottogruppi analizzati?

Sintesi 3: Il comportamento di voto nel caso del nuovo diritto matrimoniale e successorio riferito alle variabili demografiche

Variabili	Sottogruppi	Comportamento di voto in % di sì (N=votanti effettivi)		
		Totale ¹	Donne ²	Uomini ³
Sesso:	Donne	<u>61</u>	<u>61</u>	-
	Uomini	<u>48</u>	-	<u>48</u>
Età:	20-39enni	<u>61</u>	<u>63</u>	<u>57</u>
	40-64enni	<u>52</u>	<u>56</u>	<u>48</u>
	65enni ++	<u>44</u>	<u>(63)</u>	<u>33</u>
Posizione professionale:	Indipendenti e posizioni con mansioni dirigenziali	<u>49</u>	<u>56</u>	<u>44</u>
	Impiegati/e e funzionari/e in posizioni intermedie	<u>66</u>	<u>74</u>	<u>44</u>
	Impiegati/e e funzionari/e in posizioni subalterne	<u>59</u>	(-)	(-)
	Operai/e	<u>49</u>	<u>49</u>	<u>48</u>
	Contadini/e	<u>32</u>	(-)	(-)
Appartenenza linguistica:	Svizzera tedesca	<u>51</u>	<u>56</u>	<u>42</u>
	Svizzera romanda	<u>66</u>	<u>70</u>	<u>63</u>
Simpatie partitiche:	PRD	<u>51</u>	<u>50</u>	<u>52</u>
	UDC	<u>26</u>	<u>32</u>	<u>23</u>
	PDC	<u>41</u>	<u>44</u>	<u>38</u>
	PSS	<u>67</u>	<u>81</u>	<u>52</u>
	Nessuna	<u>55</u>	<u>61</u>	<u>46</u>

- 1) Le divergenze tra l'approvazione rilevata e quella effettiva dei votanti sono state ripartite proporzionalmente su tutti i gruppi di variabili.
- 2) Dove il numero degli intervistati era troppo esiguo per consentire una suddivisione per sessi, le percentuali sono riportate tra parentesi; dove non era più lecito calcolarle, si è rinunciato. I dati tra parentesi devono essere considerati come semplici indicazioni tendenziali.

- Nel processo di formazione delle opinioni si riscontrano fenomeni particolari, che potrebbero essere d'aiuto nell'interpretazione del comportamento di voto delle donne e degli uomini?

2.1. Il comportamento di voto dei due sessi riferito ai sottogruppi studiati

Sin qui abbiamo semplicemente contrapposto il gruppo degli "uomini" a quello delle "donne". Dalla Sintesi 3 risulta ora che si è davvero trattato di una semplificazione. Gli uomini non avevano gran che da attendersi da un simile progetto, sicché per loro il dibattito ruotava piuttosto attorno alla controversia su quella che avrebbe dovuto essere l'immagine attuale della donna e della famiglia, controversia polarizzata sulle tendenze di "tradizione" e "modernismo". Il comportamento di voto degli "uomini" si è rivelato corrispondentemente correlato con il sesso:

- Chi, nelle simpatie politiche, si avvicina al PSS e al PRD tende a indirizzarsi verso il modernismo, mentre chi è attratto dall'UDC e dal PDC tende a collocarsi su posizioni tradizionali. La conferma ci viene dalla proporzione dei sì. I socialisti e i liberali hanno accolto il progetto; una maggioranza, ma non altrettanto netta, di simpatizzanti dell'UDC e del PDC l'hanno respinto.
- Anche le idee di stampo tradizionale non sono sempre difese alla stessa stregua dalle varie generazioni. Logicamente, furono soprattutto i pensionati ad avversare maggiormente la nuova legge. La posizione conseguita nella professione non rappresenta invece che una variabile di secondo ordine.
- Infine, il comportamento di voto è stato diverso anche in funzione della regione di residenza: la revisione ha ricevuto il maggior appoggio tra gli uomini svizzerotedeschi, che non tra quelli romandi.

In linea di massima, le donne erano più accomunate negli interessi, sicché anche le linee conflittuali emerse sono risultate piuttosto deboli. I nostri dati suggeriscono che l'età non è stata un fattore determinante. L'adesione alla revisione è stata superiore alla media soprattutto tra le donne appartenenti ai nuovi ceti medi. Gli unici contrasti importanti sono legati agli orientamenti politici: se lo scetticismo ha caratterizzato il voto delle simpatizzanti dei partiti borghesi, le socialiste hanno appoggiato in massa il nuovo diritto matrimoniale e successorio.

Sintesi 4: Panoramica degli aspetti formali nel processo di formazione di un'opinione individuale

Indicatori impiegati	Aventi diritto di voto			Votanti
	Totale	Donne	Uomini	Total
1) Percezione generale del contenuto essenziale (risposta libera)				
- risposta corretta	90%	90%	91%	94%
2) Conoscenze sommarie dei contenuti modificati (risposta libera)				
- risposta corretta su				
a) regime dei beni	75%	76%	75%	84%
b) diritto successorio	77%	81%	73%	86%
c) abitazione coniugale	72%	72%	72%	83%
d) diritto di cittadinanza	71%	73%	70%	80%
e) cognome	82%	85%	80%	91%
3) Raccomandazioni di voto importanti (risposta libera)				
- risposta corretta sulla raccomandazione dell'Autorità federale	71%	70%	73%	83%
4) Coinvolgimento soggettivo (risposte precodificate)				
- alto coinvolgimento percepito	22%	24%	20%	28%
5) Problemi soggettivi nel documentarsi (risposte precodificate)				
- il progetto di legge era alquanto facile da valutare	67%	66%	68%	78%

Sintesi 5: Panoramica degli aspetti riguardanti il contenuto nel processo di formazione di un'opinione individuale nel caso del nuovo diritto matrimoniale e successorio

Indicatori impiegati	Hanno votato sì			Hanno votato no		
	Totale	Donne	Uomini	Totale	Donne	Uomini
1) Motivi individuali (risposta libera)						
- motivi formali	11%	9%	13%	6%	5%	7%
- motivi relativi al contenuto	38%	46%	29%	30%	27%	33%
- motivi non differenziati	4%	4%	5%	5%	5%	5%
- altri motivi	1%	1%	1%	2%	1%	4%
- nessun motivo	1%	1%	1%	2%	2%	2%
Totale	55%	61%	48%	45%	39%	53%
2) Importanza di alcune innovazioni riguardanti il contenuto (risposta precodificata)						
- regime dei beni	71% ¹	73%	69%	40% ²	42%	38%
- diritto successorio	70%	66%	63%	40%	40%	41%
- abitazione coniugale	62%	67%	57%	35%	42%	30%
- diritto di cittadinanza	25%	27%	22%	12%	11%	12%
- cognome	11%	12%	10%	1%	2%	0%

1) Frequenza percentuale della risposta "molto importante" registrata su una scala a quattro punti, da "molto importante" a "completamente insignificante"; citazioni plurime ammesse.

2) L'analisi dei motivi ha dimostrato che, per gli avversari, la critica di maggior rilievo riguardo al contenuto concerneva la posizione del giudice. Ma siccome qui non si tratta di una modificazione della materia, questo punto non è stato ritenuto nella concezione del questionario: i dati concernenti gli avversari vanno pertanto interpretati con cautela.

2.2. Il processo di formazione delle opinioni, riferito al sesso dei votanti

L'ipotesi che il modo con cui le opinioni si formano sia correlato con il sesso appare plausibile. In questo contesto, la decisione personale è vista come il risultato sia di atteggiamenti e valori di riferimento specifici della persona e legati all'argomento in questione, sia quale seguito del confronto politico che precede le votazioni. Dalla Sintesi 4 risulta che la ricerca di un'opinione avviene in modo alquanto simile, ma che le differenze si manifestano in concomitanza con i tre elementi: elaborazione delle informazioni, coinvolgimento soggettivo, motivazioni.

- Per quanto concerne l'elaborazione delle informazioni, non si notano divergenze di rilievo. Le conoscenze acquisite dalle donne e dagli uomini erano pressoché identiche. Ciò vale sia per il progetto come tale sia per le cinque problematiche toccate dalla revisione e analizzate separatamente (regime dei beni, diritto successorio, diritto di cittadinanza, appartamento coniugale, cognome). In questo caso, il nostro interesse era rivolto alla percezione delle idee di fondo e non alla conoscenza delle disquisizioni giuridiche. Altrettanto insignificante si è rivelata la divergenza per quanto concernere la conoscenza della raccomandazione di voto espressa dall'Autorità federale. Complessivamente, le conoscenze erano buone. A ciò si associa il fatto che le difficoltà manifestate nel valutare le possibili conseguenze per la propria situazione personale non abbiano raggiunto che un livello medio, tanto per le donne quanto per gli uomini. E, vista la complessità della materia, ciò non poteva semplicemente essere assunto, ma trova ora una spiegazione nell'intensa campagna d'informazione svolta prima della votazione.

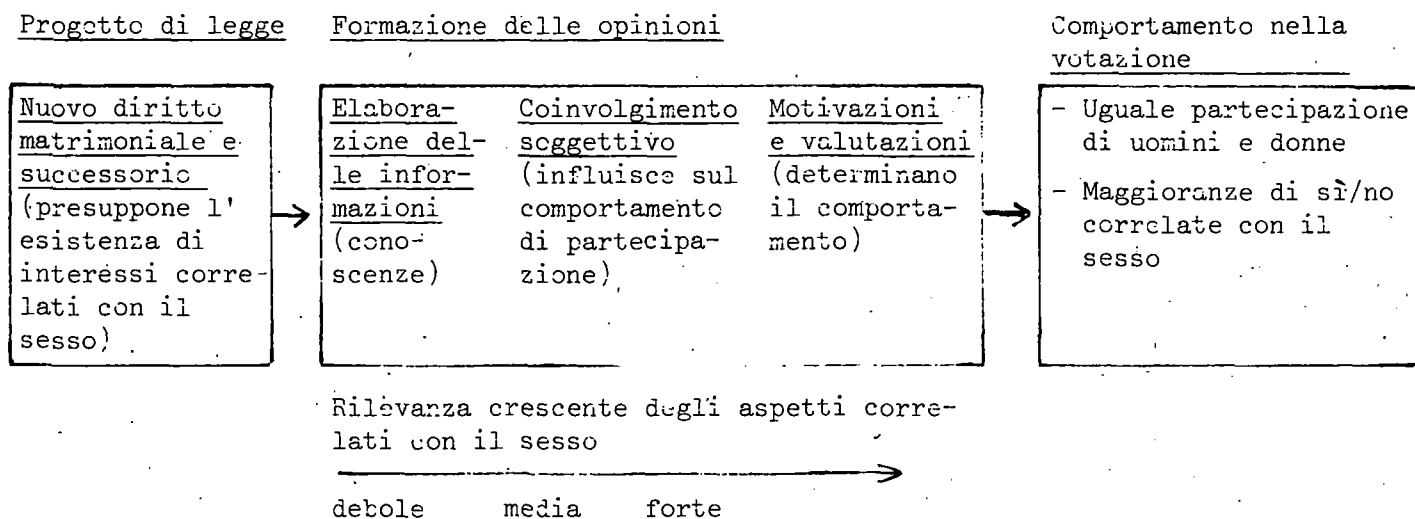
- La situazione si presenta leggermente diversa quando ci si china sul coinvolgimento personale suscitato dal progetto di legge. Per coinvolgimento si intende la capacità di stabilire una relazione tra l'oggetto sottoposto a votazione e la propria situazione esistenziale. Nel confronto con tutti i progetti di legge analizzati dal 1977 in poi, in questo caso la percezione di un possibile coinvolgimento può essere considerata di tipo medio. Per le donne, benché non fosse il fattore determinante, è risultata più intensa che non per gli uomini.

- Le differenze nel processo che riguarda la formazione delle opinioni diventano manifeste solo se si analizzano le motivazioni che hanno determinato la decisione. E nella loro decisione positiva, le donne si sono ispirate soprattutto al contenuto del progetto di legge (46% delle votanti), a favore del quale adducono argomenti meno formali che non gli uomini (p.es. "creare una legge al passo coi tempi" oppure descrizioni generiche quali "è una buona legge"). Gli uomini hanno invece avuto maggiori difficoltà nel menzionare di propria iniziativa degli argomenti a favore della legge. Coloro che lo hanno

fatto (il 29% dei partecipanti), hanno addotto soprattutto argomenti riguardanti il principio della responsabilità comune ('partnership') o della parità di diritti. Perciò più consistente è il gruppo di coloro che dal contenuto traggono argomenti contrari (33%), il principale dei quali riguarda il giudice nella veste di terzo incomodo tra moglie e marito - argomento indubbiamente tipico per questo progetto di legge, ma poco pertinente. Per terminare, con un approccio metodologicamente diverso, si è studiata la rilevanza che possono assumere modifiche importanti per il voto introdotto nell'urna. Le fautrici hanno dunque attribuito particolare importanza al nuovo diritto matrimoniale e successorio. Solo qualche minoranza ha concentrato l'attenzione su aspetti a carattere piuttosto immateriale, quale il cognome. Questa osservazione riguardante i motivi trova una corrispondenza nel fatto che le fautrici ritengono poco rilevanti le cinque problematiche da noi approfondite; per esse, determinante si è rivelata l'adesione all'idea di fondo.

Il processo di formazione delle opinioni può ora essere valutato così: ambedue i campi - fautori e oppositori - hanno dato prova di posizioni assai marcate. La materia su cui votare era abbastanza comune da suscitare un livello di partecipazione medio. Inoltre, gli oggetti in votazione e il modo come furono pubblicizzati dai mezzi di comunicazione offrivano sufficienti spunti a chi volesse documentarsi correttamente per giungere a una propria opinione in merito. E, difatti, questo fu il caso, tanto per le donne quanto per gli uomini. Quest'ultime sono passate nei ranghi dei fautori soprattutto perché attratte dalle rilevanti modifiche di carattere materiale. La propaganda avversaria ha saputo cogliere sapientemente le reticenze degli uomini oppositori, per i quali il giudice è assunto a simbolo di questo nuovo diritto matrimoniale e successorio.

Sintesi 5: Schema illustrante la formazione delle opinioni nel caso del nuovo diritto matrimoniale e successorio, con riferimento agli aspetti correlati con il sesso



Rispetto alle circostanze che influiscono sul processo di formazione delle opinioni, questi risultati si possono condensare nell'ipotesi seguente: non appena gli interessi femminili sono suscitati in modo globale, ne conseguono ripercussioni positive sulla partecipazione e sul comportamento di voto. La spiegazione non va tanto ricercata in una migliore o peggiore qualità della percezione quanto piuttosto nel coinvolgimento soggettivo che favorisce la mobilitazione, da un lato, e nella motivazione che regge l'opzione di voto, dall'altro lato. Ambedue gli aspetti sono correlati con il sesso (5).

Prospettiva: quale futuro per i progetti di legge intesi per promuovere l'eguaglianza?

Fin qui, la nostra trattazione si è limitata a un'analisi del passato e del presente. Nell'ultima parte rivolgeremo l'attenzione allo studio degli sviluppi futuri: quale accoglienza sarà riservata ai progetti di legge riguardanti la parità di diritti?

Non è facile pronosticare l'esito delle votazioni: se, da un lato, l'argomento può avere un ruolo determinante, dall'altro molto dipende pure dal genere di strumentalizzazione che subisce nella campagna politica - un fattore, questo, difficilmente prevedibile. Ma quali priorità temporali pongono gli aventi diritto di voto in fatto di nuove proposte su argomenti relativi all'eguaglianza?

La domanda venne sottoposta agli intervistati nell'ambito dell'Analisi VOX sul nuovo diritto matrimoniale e successorio. Le possibilità di scelta riguardavano le quattro problematiche di maggior attualità, per le quali essi potevano indicare le loro priorità in fatto di realizzazione. Ecco i risultati principali:

- | | |
|---|--------------------|
| - diritto del lavoro (p.es. parità salariale) | 49% al primo posto |
| - educazione (p.es. stessa scelta di materie) | 26% |
| - assicurazioni sociali (p.es. stessa età di pensionamento) | 22% |
| - difesa nazionale (p.es. parità nell'obbligo di prestare servizio) | 3% |

Come si ripartiscono tali priorità tra i sessi? In conformità con la classificazione esposta, sia gli uomini sia le donne pongono il diritto del lavoro al primo posto; lo stesso vale per la difesa nazionale, relegata all'ultimo posto. In questo si riflette l'influenza degli atteggiamenti legati ai valori personali. L'eguaglianza è ritenuta più doverosa nel campo del lavoro che non in quello della difesa nazionale. Negli altri due esempi, invece, le priorità sono diverse. Le donne attribuiscono maggiore importanza alla formazione, mentre gli uomini privilegiano le assicurazioni sociali. In questo si trovano espressi interessi concreti divergenti, come quelli emersi sopra a proposito delle

differenze significative nel comportamento di voto. A dire il vero, anche questi interessi sembrano essere entrati in una fase di profondi mutamenti, per essere sostituiti da nuovi valori. Per quanto riguarda gli uomini, la nuova generazione, e soprattutto gli intervistati appartenenti ai nuovi ceti medi danno molto più peso al settore educativo che non alla revisione delle assicurazioni sociali. Ma sarebbe troppo semplicistico voler presumere delle differenze solo tra i sessi. Anche l'orientamento politico ha la sua importanza. La classificazione generale si ritrova tra i simpatizzanti del PSS e del PDC; e vale pure per coloro che non si sentono attratti da nessun partito. I seguaci del PRD e dell'UDC pongono altre priorità - priorità che corrispondono piuttosto all'immagine che avevamo potuto rilevare per gli uomini della generazione di mezzo e per quelli più anziani. Per quanto concernene l'UDC, va aggiunto che solo 85% dei simpatizzanti intervistati è riuscito a menzionare una prima priorità assoluta, visto che circa un sesto dei seguaci si oppone categoricamente a qualsiasi rivendicazione a carattere egualitario.

Quali conclusioni possiamo tirare dal materiale esposto? Dal profilo storico, la linea conflittuale che si lascia intravedere tra gli uomini e le donne è di nuova data e ancor poco marcata. Ci troviamo però in una fase di transizione, sicché il contrasto potrebbe diventare più importante non appena sorgessero interessi realmente opposti che non escludano, nel modo come l'argomento è presentato nel dibattito politico, l'identificazione positiva e generale delle donne, e che, d'altro canto, incitino gli uomini a barricarsi dietro la difesa dello status quo. In questo, i risultati emersi dall'analisi della votazione sul nuovo diritto matrimoniale e successorio, che qui abbiamo valutato in sintesi, continueranno a rimanere validi.

Note

- 1) La condizione della donna in Svizzera, edito dalla Commissione federale per i problemi della donna, parte I, Berna 1979.
- 2) Cfr. Analyse der Eidg. Abstimmung vom 22.9.1985, edito congiuntamente dal Forschungszentrum für schweizerische Politik dell'Università di Berna e dalla Società svizzera di ricerche sociali pratiche, VOX no 27, Zurigo 1985 (può essere richiesto presso gli istituti menzionati al prezzo di 15.- fr.).
- 3) Le Analisi VOX si basavano di regola su un campione rappresentativo di almeno 700 uomini e donne aventi il diritto di voto, e residenti nella Svizzera tedesca e nella Svizzera romanda. Le interviste si svolgono a partire dal lunedì che segue l'appuntamento con le urne e si protraggono sull'arco di 10 giorni; sono basate su un questionario standardizzato che ammette comparazioni sull'arco del tempo e tra i vari argomenti. La grandezza del campione prescelta permette di operare con un margine d'errore statistico di +/- 3%. La realizzazione delle interviste è di competenza della Società svizzera di ricerche sociali e pratiche (Zurigo). L'elaborazione scientifica dei dati e il commento furono assicurati fino al 1984 dall'Istituto di ricerche sulla politica svizzera; dal 1985 tale lavoro è stato assunto a turno dalle Università di Berna, Zurigo e Ginevra.
- 4) Le Analisi VOX rilevano pure la tendenza a orientarsi secondo le raccomandazioni di voto. Il problema che qui si pone, è che si tratta per forza di un'autovalutazione e non di un'analisi di diffusione o di impatto del messaggio. Nel caso del diritto matrimoniale si ebbero i seguenti risultati:

Fonte della raccomandazione di voto	Aventi diritto di voto	Uomini	Donne	Votanti
Autorità (CF e Parlamento)	12%	12%	12%	14%
Partiti	13%	14%	13%	14%
Associazioni economiche	4%	6%	2%	5%
Comitati creatisi per la votazione in questione	3%	4%	2%	3%
Altre menzioni	2%	1%	2%	2%
Nessuna menzione	66%	63%	69%	62%

- 5) Altre indicazioni riguardanti delle generalizzazioni sulla portata del processo di formazione delle opinioni sono fornite da E. Gruner e H.P. Hertig (in collaborazione con A. Grossen) in Der Stimmbürger und die 'neue' Politik, Berna e Stoccarda 1983.

(Traduzione: Romana Camani-Pedrina)

Die Revision des schweizerischen Sexualstrafrechts

von Günter Stratenwerth, Mitglied
der Expertenkommission zur
Sexualstrafrechtsrevision

Mit einer Botschaft vom 26. Juni 1985 hat der Bundesrat den Eidgenössischen Räten seinen Entwurf für die Aenderung des Schweizerischen Strafgesetzbuches im Bereich des Sexualstrafrechts unterbreitet. Dieser Entwurf stützt sich auf die Vorarbeiten einer Expertenkommission (bestehend aus 20 Juristen und 5 Juristinnen, 4 Aerzten und 1 Aerztin und 2 Theologen), die ihre Revisionsvorschläge 1977 vorgelegt hatte, und auf die Ergebnisse einer im Jahre 1981 durchgeführten Vernehmlassung bei den Kantonen, den in der Bundesversammlung vertretenen politischen Parteien und den interessierten Organisationen. Der bundesrätliche Entwurf (im folgenden kurz 'Entwurf' genannt, bleibt hinter den Vorschlägen der Expertenkommission (im folgenden als 'Vorentwurf' zitiert) wesentlich zurück.

Die Grundeinstellung der Expertenkommission

In dem Bericht über die Beratungen der Expertenkommission werden die Richtlinien, von denen die Kommission bei ihrer Arbeit ausgegangen ist, folgendermassen zusammengefasst:

"Es kann sich ... nicht mehr darum handeln, sexuelles Verhalten als solches unter Strafe zu stellen oder bestimmte moralische Auffassungen mit den Mitteln des Strafrechts durchzusetzen. Eine solche Regelung würde dem Grundsatz widersprechen, dass der

Bürger in einer Demokratie selber über sein Verhalten entscheiden soll, wenn er nicht durch sein Handeln oder Unterlassen andere schädigt. Sexuelles Verhalten ist deswegen nur dann als strafbar zu erklären, wenn dieses Verhalten einen anderen Menschen schädigt, oder wenn er nicht in der Lage ist, in verantwortlicher Weise dazu Stellung zu nehmen; endlich soll jedermann davor bewahrt werden, von sexuellen Handlungen anderer Personen oder Darstellungen solcher Handlungen Kenntnis zu nehmen, wenn er dies nicht wünscht."

Diese Grundsätze gehen in ihrem Kern auf die Aufklärung, auf das 18. Jahrhundert zurück. Eine der wichtigsten Positionen, um die seitdem gekämpft wird, ist die prinzipielle Trennung von Recht und Moral oder Recht und Sittlichkeit. Die grossen Denker der Aufklärung haben mit aller Schärfe den Grundsatz herausgearbeitet, dass sich der Staat nur um das äusserlich geordnete Zusammenleben der Bürger zu kümmern habe, nicht um ihr Seelenheil, ihre Gesinnung, ihre ethische Einstellung. Das findet seinen Ausdruck unter anderem in dem auch in der schweizerischen Bundesverfassung gewährleisteten Grundrecht der Glaubens- und Gewissensfreiheit. Es bedeutet aber auch, dass eine Handlung nicht allein deshalb von Staates wegen verboten und unter Strafe gestellt werden darf, weil sie unsittlich oder unmoralisch ist.

Auf solcher Grundlage lassen sich nur zwei Gesichtspunkte benennen, unter denen sexuelles oder sexualbezogenes Verhalten als strafwürdig erscheinen kann. Dabei geht es einerseits um ein elementares Persönlichkeitsrecht, und die Freiheit der Selbstbestimmung im sexuellen Bereich. Sie wird massiv verletzt, wenn jemandem Sexualkontakte gegen seinen Willen oder in Ausnützung eines Mangels

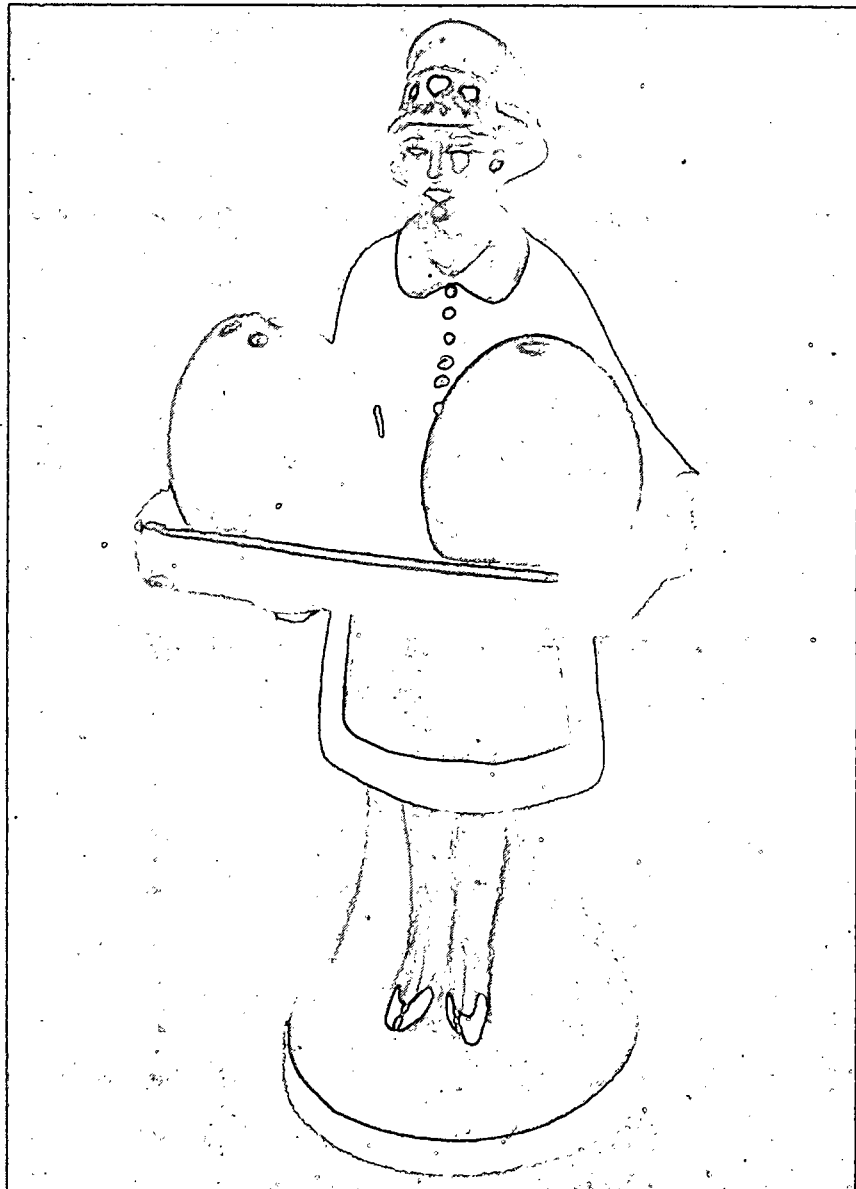
an Urteils- oder Widerstandsfähigkeit aufgezwungen werden. Sie kann aber auch schon dann beeinträchtigt sein, wenn man sich die Konfrontation mit sexualbezogenen Vorgängen oder Darstellungen aufdrängen lassen muss. Das andere Schutzgut liegt in der ungestörten sexuellen Entwicklung Unmündiger, die als gefährdet erscheint, wenn Kinder oder Jugendliche zu anderen als altersspezifischen Formen sexueller Betätigung veranlasst oder in sie einbezogen werden. Was das konkret besagt, möchte ich hier an einigen wichtigen Einzelfragen der Revision erläutern.

Der Schutz der sexuellen Selbstbestimmung

Unter dem Gesichtspunkt des Schutzes der sexuellen Selbstbestimmung hat die Expertenkommission vor allem zwei wichtige Änderungen gegenüber dem geltenden Recht vorgeschlagen. Die eine betrifft die Vergewaltigung in der Ehe, die andere die Gleichstellung von homosexuellen und heterosexuellen Verhaltensweisen.

Dass die Vergewaltigung in der Ehe strafbar sein sollte, wenn auch nur auf Antrag der betroffenen Frau, hat die Expertenkommission mit dem lakonischen Hinweis auf das Persönlichkeitsrecht der Ehefrau begründet. Ihr schien klar, dass es mit der Stellung der Frau als gleichberechtigter Partnerin des Mannes unvereinbar ist, ihr in der Ehe die Freiheit der sexuellen Selbstbestimmung abzusprechen. Der Vorentwurf ist jedoch in diesem Punkt schon in der Vernehmlassung auf Widerspruch

gestossen, wobei zum Teil Argumente herhalten mussten, die ganz offensichtlich nur vorgeschoben waren. Sie haben den Bundesrat immerhin genügend beeindruckt, um ihn gegen die vorgeschlagene Neuerung einzunehmen. Gestützt wird die Ablehnung in der Botschaft vor allem auf den Einwand, dass sich in der Praxis in solchen Fällen regelmässig erhebliche Beweisschwierigkeiten ergeben würden. Das überzeugt nicht. Beweisschwierigkeiten gibt es in Vergewaltigungsfällen auch sonst sehr häufig, ohne dass jemand auf die Idee käme, den Tatbestand aus diesem Grunde abzuschaffen. Besonders wenig leuchtet ein, dass der Bundesrat nicht einmal den "Kompromiss"vorschlag unterstützt hat, die Vergewaltigung durch den Ehemann zu-



mindest dann mit Strafe zu bedrohen, wenn die Ehegatten bereits getrennt leben. Will man nicht den Bundesrat selbst patriarchalischer Vorurteile verdächtigen, so lässt sich sein Zurückweichen in diesem Punkt wohl nur aus der Besorgnis erklären, dass der Revision hier sonst erhebliche Widerstände erwachsen könnten.

Weitgehend auf Zustimmung gestossen und vom Bundesrat infolgedessen in den Entwurf übernommen worden ist dagegen der Vorschlag, homosexuelles und heterosexuelles Verhalten bei den Straftaten im Sexualbereich grundsätzlich gleichzubehandeln. Praktisch bedeutet das auf der einen Seite, dass die homosexuelle Vergewaltigung, denkbar beispielsweise unter Strafgefangenen, im Höchstmass mit derselben Strafe bedroht sein soll wie die heterosexuelle. Andererseits sieht der Entwurf vor, die Ausnahmebestimmungen aufzuheben, die sich heute noch bei der homosexuellen Verführung (Schutzalter: 20 Jahre !) und bei der homosexuellen Prostitution finden (die im Unterschied zur weiblichen Prostitution strafbar ist). Hier handelt es sich um Relikte einer Zeit, die sich befugt fühlte, das Sexualverhalten als solches mit dem Mittel des Strafrechts zu regulieren.

Prostitution und Zuhälterei

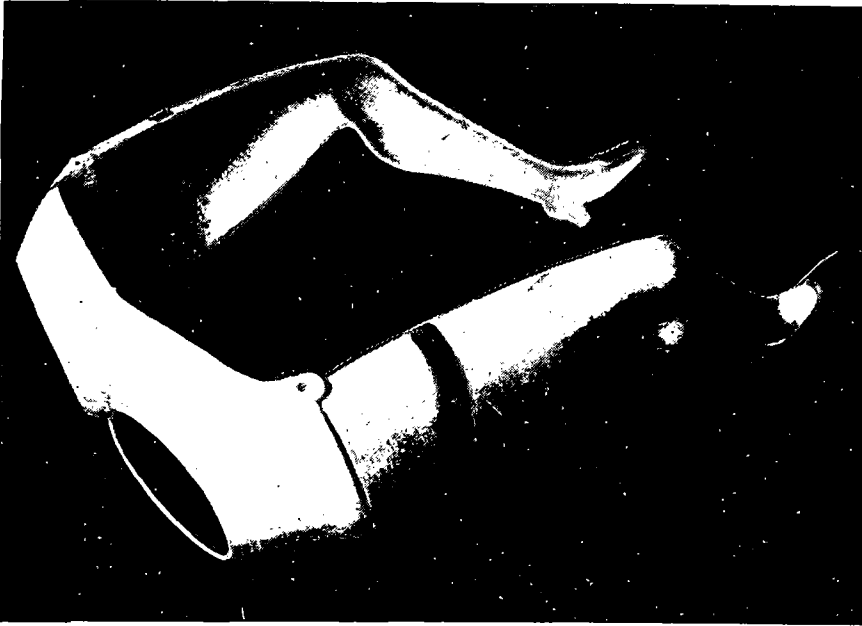
Die weibliche Prostitution ist, wie bemerkt, als solche schon nach geltendem Recht nicht mit Strafe bedroht. Wohl aber gibt es eine Reihe von Strafvorschriften, die die Förderung oder Ausbeutung der 'Unzucht' oder der Prostitution erfassen, ohne dass klar wäre, welches das geschützte Rechtsgut ist. Es geht auch hier bislang in erster Linie darum, der moralischen Verurteilung Nachdruck zu verleihen. Das hat praktisch unter anderem zur Folge, dass jeder Mann, der mit einer Prostituierten zusammenlebt, Gefahr läuft, wegen Zuhälterei verurteilt zu werden, wenn die Prostituierte auch nur in irgendeiner Form zum gemeinsamen Lebensunterhalt beiträgt. Das "eigentlich entscheidende Merkmal der Ausbeutung, dass Prostituierte in einem Abhängigkeitsverhältnis ausgenutzt und

in ihrer Handlungsfreiheit eingeschränkt werden" ist, wie die Botschaft ausführt, "gegenüber rein rechnerischen, vermögensrechtlichen Ueberlegungen in den Hintergrund" getreten.

Der Entwurf schlägt, in Anlehnung an den Vorentwurf, demgegenüber vor, Kuppelei und Zuhälterei künftig, unter dem Titel "Förderung der Prostitution", strikt auf den Schutz der persönlichen Freiheit zu beschränken. Strafbar soll infolgedessen nur noch sein, wer eine Person der Prostitution "zuführt" oder darin "festhält" oder die Handlungsfreiheit einer Person, die Prostitution betreibt, beeinträchtigt, indem er sie überwacht oder Ort, Zeit und Ausmass usw. der Prostitution bestimmt. Diese Regelung hätte ausserdem die erwünschte Konsequenz, dass das Betreiben eines sog. "Eros-Centers" künftig straflos wäre, wenn die Prostituierten darin nicht in Abhängigkeit gehalten werden. Auch dem standen bisher moralische Einwände im Wege, obwohl Eros-Centren nicht nur gesundheitspolizeiliche Vorzüge aufweisen, sondern im allgemeinen auch die Ausbeutung der Prostituierten erschweren. Auf der anderen Seite ist vorgesehen, die Kantone weitergehend als bisher durch eine allgemeine Strafvorschrift bei der Bekämpfung der störenden oder lästigen Begleiterscheinungen der Prostitution zu unterstützen.

Pornographie

Bei der Frage der bislang so genannten "unzüchtigen" Veröffentlichungen und Darstellungen geht es zunächst wiederum um die Beseitigung von Strafvorschriften, die keinem erkennbaren Schutzinteresse, sondern der "Sittlichkeit" als solcher dienen. Die Expertenkommission hat sich hier zu dem Grundsatz bekannt, "dass es nicht Aufgabe des Strafrechts ist, den Sittenrichter zu spielen und unter Straffolge zu bestimmen, welche Darstellungen sexueller Art jemand zur Kenntnis nehmen darf". Eine Rolle spielen hier jedoch auch Gesichtspunkte des Jugendschutzes, soweit pornographische Darstellungen geeignet sein könnten, die Entwicklung der Sexualität eines jungen Menschen negativ zu beeinflussen.



Plastik-Sonnenbrille mit extrem gespreizten Frauenbeinen, provozierenderweise "Sünden-Brille" genannt, hergestellt in Hong Kong in den 60er Jahren.
Aus 'Gebrauchsobjekt Frau', Seite 89.

Der bundesrätliche Entwurf unterscheidet, im Prinzip ebenso wie der Vorentwurf, zwischen "weicher" und "harter" Pornographie (das heisst solcher, die "geschlechtliche Handlungen mit Kindern, Tieren, menschlichen Ausscheidungen oder Gewalttätigkeiten zum Inhalt" hat). Die Expertenkommission wollte das strafrechtliche Verbot der Pornographie, entsprechend ihrer Grundeinstellung, einerseits auf den Jugendschutz und andererseits auf die unerbetene Belästigung mit entsprechenden Darstellungen beschränken. Der Bundesrat hingegen schlägt nicht nur vor, bei "weicher" Pornographie das Schutzalter auf 16 Jahre (statt wie nach dem Vorentwurf auf 14 Jahre) festzusetzen, sondern auch, die "harte" Pornographie gänzlich zu verbieten, mit der Konsequenz, dass beispielsweise strafbar wäre, wer - als Erwachsener ! - eine solche Darstellung für seine eigenen Zwecke aus dem Ausland einführt. Auch das ist eine Reaktion auf die Ergebnisse der Vernehmlassung. Der Botschaft fällt denn auch zur Begründung nichts anderes ein als der Satz: "Die Vorschrift dient in erster Linie einem vorbeugenden Jugendschutz; geschützt werden sollen auf diese Weise aber auch

die Erwachsenen". Die blosse Möglichkeit, dass harte Pornographie in die Hände junger Menschen geraten könnte, die im Zweifel ohnehin mit Abscheu darauf reagieren werden, genügt offenkundig nicht, um ein totales Verbot zu begründen. Und wovor die Erwachsenen geschützt werden sollen, wird nicht einmal angedeutet. Es wäre auch schwierig zu sagen. Der Entwurf läuft deshalb darauf hinaus, nach wie vor mit Strafe zu bedrohen, was überwiegend als verwerflich oder grob anstössig gilt, ohne Rücksicht darauf, ob es für den Einsatz des Strafrechts hinreichende Gründe gibt.

'Unzucht' mit Kindern

Beim bisherigen Tatbestand der Unzucht mit Kindern stellt sich nicht nur die Frage, ob das Schutzalter mit 16 Jahren nicht zu hoch angesetzt ist, sondern vor allem, ob er in der Praxis nicht zur Kriminalisierung von Verhaltensweisen führt, die zur normalen Entwicklung eines oder einer Jugendlichen gehören. Mit Strafe bedroht ist ja nicht nur der Beischlaf mit Kindern oder Jugendlichen bis zu 16 Jahren, sondern auch die Vornahme "anderer" unzüchtiger oder, wie es künftig heissen soll, "geschlechtlicher" Handlungen mit ihnen. Dazu gehört zweifellos auch jugendliches Experimentierverhalten, das Petting oder unter Umständen schon eine sinnliche Berührung, so dass der 17-jährige mit seiner 15-jährigen Freundin fortwährend zuchthauswürdige Verbrechen verübt. Das Bundesgericht hat diese Situation noch verschärft, indem es die Strafvorschrift auch dort anwendet, wo beide Beteiligte sich noch im Schutzalter befinden ! Die Expertenkommission hat demgegenüber vorgeschlagen, das Schutzalter, im Einklang mit den meisten Nachbarstaaten der Schweiz, auf 14 Jahre zu senken und vor allem, die Strafbarkeit ausdrücklich auf Personen zu beschränken, die sich ihrer-

seits nicht mehr im Schutzalter befinden. Versucht wurde, den eigentlichen sexuellen Missbrauch junger Menschen durch ältere zu erfassen, und nur ihn.

Die Frage des Schutzalters hat in der Vernehmlassung ein besonders lebhaftes, überwiegend kritisches Echo gefunden. Befürchtet wurde vor allem, dass Jugendliche zwischen 14 und 16 Jahren künftig zum sexuellen Freiwild werden könnten (als wäre das heute schon bei 16-jährigen Jugendlichen der Fall). Man hat dabei den Eindruck, dass weitgehend die Vorstellung besteht, man könne Jugendliche bis zum Ende des Schutzalters mit Hilfe des Strafgesetzes vor sexuell gefärbten Erlebnissen bewahren. Sicher hat jede generelle Festlegung eines Schutzalters den Nachteil, dass sie den Unterschieden der individuellen Entwicklung Jugendlicher nicht Rechnung trägt. Deshalb enthält jede solche allgemeine Grenze ein Moment der Willkür. Die Grenze, wie der Bundesrat nunmehr vorschlägt, bei 16 Jahren zu belassen, bedeutet jedoch mit Sicherheit, dass auf weite Strecken jugendliche Liebesbeziehungen erfasst werden, die nicht zum Verbrechen gestempelt werden sollten. Eher vertretbar wäre eine Altersgrenze von 15 Jahren, an der auch die reguläre Schulpflicht endet.

Schwerer wiegt jedoch, dass sich der Bundesrat nicht hat entschliessen können, die Strafbarkeit auf Personen zu beschränken, die sich ihrerseits nicht mehr im Schutzalter befinden. Das ist umso weniger verständlich, als dieser Punkt in der Vernehmlassung überwiegend Zustimmung erfahren hat. Der Entwurf sieht lediglich vor, dass bei einem Täter von noch nicht 18 Jahren von einer Strafverfolgung oder Bestrafung abgesehen werden kann; der Entscheid liegt also im Ermessen der zuständigen Behörden. Das ändert an der Kriminalisierung jugendlicher Liebesbeziehungen im Grundsatz nichts. Ob sie mit Strafe zu rechnen haben, können die Beteiligten im voraus nicht wissen. Dass dies gerade unter dem Gesichtspunkt des Schutzes der normalen Entwicklung Jugendlicher sinnvoll wäre,

wird man schwer begreiflich machen können. Es ist auch unter rechtsstaatlichen Gesichtspunkten äusserst bedenklich, wenn die Strafverfolgungsbehörden von Fall zu Fall darüber zu entscheiden haben, welches Verhalten strafbar sein soll und welches nicht.

Fazit.

Die Vorschläge der Expertenkommission zur Revision des schweizerischen Sexualstrafrechts waren alles andere als revolutionär (wie nach der Zusammensetzung der Kommission auch nicht erwartet werden konnte). Sie waren einzig darauf gerichtet, die in ihrer Substanz noch aus dem vergangenen Jahrhundert stammenden Strafbestimmungen dem veränderten, unbefangeneren Verhältnis der Gegenwart zur Sexualität anzupassen und sie insoweit einzuschränken, wie es keine triftigen Gründe gibt, mit Strafdrohungen in die Privatsphäre des Einzelnen einzudringen. Der bundesrätliche Entwurf bleibt hinter diesen Vorschlägen in wesentlichen, um nicht zu sagen: entscheidenden Punkten zurück. Er beruft sich dabei vielfach auf das sittliche Empfinden weiter Kreise der Bevölkerung. Abgesehen davon jedoch, dass das Strafrecht, wie einleitend bemerkt, nicht Aufgabe hat, moralische Vorstellungen als solche durchzusetzen, ist sehr zu bezweifeln, dass die Ergebnisse der Vernehmlassung (bei offiziellen und interessierten Kreisen) in jeder Beziehung repräsentativ für die wirklich in der Allgemeinheit herrschende Einstellung sind. Die Eidgenössischen Räte hätten noch Gelegenheit, das vom Bundesrat Versäumte zu tun - wenn nicht auch sie davor zurückscheuen sollten, sich in diesem emotional besonders belasteten Bereich zu exponieren.

La révision du droit pénal en matière sexuelle. Résumé

du professeur Günter Stratenwerth, membre de la commission d'experts chargée de la révision du droit pénal en matière sexuelle

Le Conseil fédéral a présenté dans son message du 26.2.1985 un projet tendant à modifier les dispositions afférentes aux infractions d'ordre sexuel. Cette révision du code pénal s'est inspirée d'un avant-projet élaboré en 1977 par une commission d'experts et des conclusions de la procédure de consultation lancée en 1981. La commission s'est efforcée de mieux distinguer le droit de la morale et de limiter la protection assurée par le code pénal au respect de la liberté de chacun de décider de sa vie sexuelle et à la sauvegarde d'un développement harmonieux chez les enfants et les adolescents. Or à la suite de la consultation, le texte du Gouvernement n'a pas repris des points importants dégagés par les experts.

C'est ainsi que contrairement à ce qui figurait dans l'avant-projet, le viol entre époux continuera à ne pas être répréhensible. Le Conseil fédéral a en revanche adhéré à l'idée de mettre en principe sur le même plan les comportements homosexuel et hétérosexuel, innovant en cela par rapport au droit actuel. S'agissant des infractions relatives au proxénétisme et aux souteneurs, le projet a remplacé la condamnation morale de certaines formes d'existence par la nécessité de protéger les libertés individuelles. Une distinction sera établie, dans les publications obscènes, entre la pornographie "douce" et la pornographie "dure". La pornographie douce qui aujourd'hui déjà est autorisée dans les faits ne devra pas être accessible aux adolescents âgés de moins de seize ans et

ne pourra être librement diffusée dans le public. Quant à la pornographie dure, qui recouvre les représentations ayant comme contenu des actes d'ordre sexuel avec des enfants, des animaux, des excréments humains ou comprenant des actes de violence, elle sera complètement interdite - contrairement à ce que proposait l'avant-projet -, même aux adultes l'important de l'étranger. Le projet aimerait continuer à protéger les jeunes jusqu'à seize ans de tout acte d'ordre sexuel, donc pas uniquement de l'acte sexuel lui-même, ne suivant pas en cela l'avant-projet qui préférerait l'âge de quatorze ans comme la plupart des pays voisins. Il est particulièrement regrettable que le code pénal tel que le conçoit le projet du Gouvernement sanctionnerait en principe, comme dans le droit en vigueur, les relations amoureuses entre adolescents ayant tous les deux un âge pour lequel la loi prévoit une protection.

(Traduction: Lise Knöpfel)

La revisione del codice penale svizzero in materia di reati sessuali.

Riassunto

del prof. dr iur. Günter Stratenwerth,
membro della commissione peritale

Con il messaggio del 26.6.85, il Consiglio federale ha presentato il suo progetto di riforma del codice penale per i capitoli concernenti i reati contro la vita, l'integrità della persona, il buoncostume e la famiglia. Quale base sono serviti l'avamprogetto allestito dalla commissione peritale nel 1977 e i risultati della consultazione realizzata nel 1981. La commissione peritale si era sforzata di scindere meglio il diritto dalla morale, e di limitare per principio le norme alla tutela della libertà in materia di autodeterminazione sessuale e alla tutela dello sviluppo sessuale indisturbato dei fanciulli e dei giovani. A seguito delle reazioni alla consultazione, il progetto del Consiglio federale si discosta ora da detto filone in punti che riteniamo essenziali.

Contrariamente a quanto suggerito nell'avamprogetto, lo stupro consumato nell'ambito dell'unione coniugale rimarrebbe, come finora, impunito. Per contro, si è ripresa la proposta di considerare per principio alla stessa stregua i comportamenti omosessuali ed eterosessuali, e ciò a differenza del diritto in vigore. Nelle fattispecie del lenocinio e dello sfruttamento, alla condanna morale di determinate forme di vita si sostituirebbe la tutela della libertà personale. Nel caso delle pubblicazioni che offendono la morale comune, in futuro occorrerà distinguere tra la pornografia "dolce" e quella "dura". La prima, ossia la porno-

grafia classica già oggi ammessa de facto, rimarrebbe preclusa solo ai minori di 16 anni e non potrebbe essere divulgata pubblicamente. La pornografia nella variante "dura" (atti sessuali con bambini, animali, escrementi umani o atti di violenza) rimarrebbe illimitatamente proibita, contrariamente alla proposta dell'avamprogetto, anche per gli adulti, che potrebbero p.es. importarla dall'estero. Il progetto intende mantenere a 16 anni il limite dell'età protetta per tutti gli atti a carattere sessuale, e non solo per il concubito, mentre l'avamprogetto suggeriva di abbassarlo a 14 anni, come vige nella maggior parte delle nazioni limitrofe. Particolarmente spiacevole è il fatto che, nelle intenzioni del progetto presentato dal Consiglio federale, il diritto penale debba continuare a essere applicabile ai rapporti amorosi giovanili, anche quando ambedue gli interessati non abbiano ancora raggiunto i 16 anni.

(Traduzione: Romana Camani-Pedrina)

Vergewaltigung - ein Delikt oder keines?
Zur Revision des Vergewaltigungsartikels

von Greta Lauterburg

"Das Strafrecht soll nicht mehr sexuelles Verhalten als solches erfassen, sondern für den Schutz der sexuellen Selbstbestimmung des Einzelnen sorgen", schreibt die Expertenkommission in ihrer Einführung zum Vorentwurf der Sexualstrafrechtsreform. Und die Botschaft doppelt nach: "Der Bürger soll über sein Verhalten selbst entscheiden, sofern er dadurch nicht einen anderen schädigt. (...) Sexuelles Verhalten ist daher dann strafbar zu erklären, wenn es einen anderen schädigt oder schädigen könnte, wenn ein Partner in solches Verhalten nicht in verantwortlicher Weise einwilligen kann oder wenn jemand davor bewahrt werden soll, sexuelle Handlungen gegen seinen Willen wahrzunehmen". Der heute vorliegende Entwurf zum Vergewaltigungsartikel wird dieser Leitlinie der Revision nicht gerecht. Widerspricht er daher dem Gleichberechtigungsartikel der Bundesverfassung?

Für Kate Millet, Schriftstellerin und Theoretikerin der amerikanischen Frauenbewegung, ist Vergewaltigung eine spezielle Art körperlicher Gewaltanwendung, die besonders sexuell orientiert ist. Diese Form der Gewalt, bei der Gefühle des Hasses, der Aggression, der Verachtung und des Wunsches, eine Person zu schänden oder zu brechen, bestehen, sei ein politisches Mittel zur Aufrechterhaltung des Herrschaftsverhältnisses zwischen den Geschlechtern. Vergewaltigung wird also nicht als individuelles Problem zwischen einem "kranken" Täter und einer ihm unbekanntesten nächstens angefallenen Frau gesehen, sondern im politischen Kontext gesellschaftlicher Machtverhältnisse:

Männer sind politisch, sozial, wirtschaftlich und privat in einer mächtigeren Position als Frauen. Das setzt sie in die Lage, sich über den erklärten Willen einer Frau hinwegzusetzen. Vergewaltigung ist die Spitze eines Eisberges von Frauenfeindlichkeit in unserer Gesellschaft.

Was ist Vergewaltigung nach dem heutigen Gesetz?

Art. 187 über die "Notzucht" hat zwei Absätze. Der erste regelt die einfache Vergewaltigung, die mit einer Zuchthausstrafe von 1-20 Jahren bedroht ist. Der zweite Absatz behandelt die qualifizierte (d.h. "schlimmere") Vergewaltigung und setzt einen Strafrahmen von mindestens 3 bis zu 20 Jahren Zuchthaus fest.

Vergewaltigung ist nach geltendem Recht nur ausserhalb der Ehe möglich (vgl. Art. 187, S. 72.). Zwar kommt sie auch zum Nachteil von Ehefrauen vor. Der Ehemann kann den Tatbestand (d.h. die gesetzliche Norm) jedoch nicht erfüllen. Das Gesetz geht davon aus, dass Beischlaf erzwingbar ist. Das ist nicht selbstverständlich. Gemeinhin versteht frau den Geschlechtsverkehr doch eher als sexuellen Akt, der von Gefühlen der Intimität getragen wird und Lust und Glücksempfinden auslöst. Zu solchen Gefühlen kann niemand gezwungen werden. Erzwungener Beischlaf

ist nur möglich, wenn man sich darunter ein rein mechanistisches "Rein-raus" vorstellt.

Weiter auffällig ist, dass nur Männer Täter sein können, und nur Frauen Opfer. Auch dem Gesetzgeber schien die Vergewaltigung von Frauen durch Männer ein besonderes Phänomen zu sein. Hat er also erkannt, dass das Delikt ein traditioneller Uebergriff von Männern in die Freiheitssphäre von Frauen ist, und hat er den Frauen einen besonderen Schutz bieten wollen?

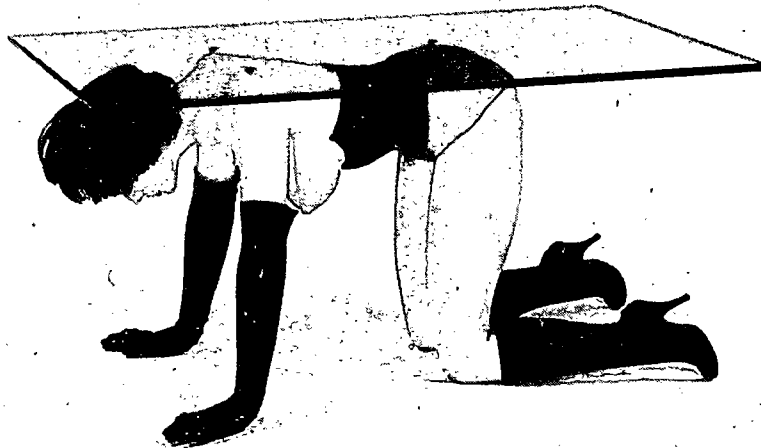
Diese Folgerung wäre wohl etwas verfehlt. Die besonders häufige Vergewaltigung der Ehefrau ist ja gerade nicht strafbar. Und die Rechtsprechung zeigt, dass es häufig mehr um den Schutz des Täters denn um denjenigen des Opfers geht.

Wie sieht die Rechtspraxis aus?

Das vordringliche Erkenntnisinteresse am Verhalten des Opfers führt dazu, dass Richter, Staatsanwälte und Verteidiger sich oft, vielleicht sogar ungewollt, mit dem Täter solidarisieren.

So muss sich die Frau, die ihre Vergewaltigung zur Anzeige bringt, auf sonderbare Fragen einstellen: Hat sie den Täter provoziert? Verfügt sie schon über sexuelle Erfahrungen? Wechselt sie ab und zu ihre Bettgenossen? Hat sie als Prostituierte ein erhöhtes Berufsrisiko? Ist ihr als Drogenabhängiger die Einvernahme in Gegenwart des Täters zumutbar, da sie die Niederungen des Lebens kennt und sie daher nichts mehr schockieren sollte? Ist sie als Zeugin überhaupt glaubwürdig? Oder hat sie sich ihre Geschichte nur ausgedacht, um sich interessant zu machen oder sich am Täter zu rächen? Hat sie sich die Vergewaltigung gar insgeheim gewünscht?

Zum gleichen Mechanismus männlicher Solidarisierung führt die Abgrenzung der einfachen von der qualifizierten Vergewaltigung. Der Verteidiger will für seinen Klienten natürlich erreichen, dass nicht die Mindeststrafe von 3 Jahren Zuchthaus nach Abs. 2 angewendet wird. Darum muss er zeigen, inwieweit das Opfer noch widerstandsfähig war. So wird im Bundesgerichtsentscheid 101 IV lff allen Ernstes erörtert, ob eine an Armen und Beinen gefesselte 17Jährige, die von 3 Männern abwechselnd vergewaltigt wurde, als widerstandsfähig zu bezeichnen sei, wenn sie ein Bein aus der Fesselung befreien konnte. (Aehnliches siehe BGE 98 IV 100 und 107 IV 178).



Provozierender Couchtisch des Künstler Allen Jones.
Aus 'Gebrauchsobjekt Frau', S. 91.

Zur Aufgabe des Strafrechts

Strafrecht und Strafvollzug sind in letzter Zeit unter Beschuss geraten, weil das Einsperren für den Betroffenen sehr weitreichende Konsequenzen hat. Gerade Frauen werden in ihrem Entschluss, eine Vergewaltigung zur Anzeige zu bringen, oft kritisiert. Daher scheinen mir einige Bemerkungen über die gesellschaftliche Bestimmung von Strafrecht und Strafvollzug sinnvoll.

Kaum ein Strafrechtler, der sich nicht schon Gedanken darüber gemacht hätte, wie die Bestrafung von Bürgern durch Bürger zu rechtfertigen sei. Ist es der Ausgleich der Tatschuld, die Vergeltung? Oder geht es um die Bewahrung der Rechtsordnung, die nur bestehen kann, wenn sie auch durchsetzbar ist? Oder hat ein staatliches Gebilde die Aufgabe, die Rechtsgüter seiner Rechtsgenossen zu schützen, damit diese nicht zu friedensbedrohender Selbsthilfe greifen? Muss die Resozialisierung des Täters im Vordergrund stehen, der gebessert und später als voll freiheits- und funktionsfähiges Mitglied wieder in die Gesellschaft eingegliedert werden soll?

Alle diese Überlegungen gehen davon aus, dass eine Gesellschaft bestimmt, welche Werte ihr als besonders schützenswert gelten und durch Androhung von Strafen vor Verletzung oder Gefährdung bewahrt werden sollen. Diese Werte heissen Rechtsgüter und werden unter anderem im Strafgesetzbuch aufgelistet. Es geht um Leib und Leben, Eigentum und Vermögen, Ehre, Geheim- und Privatbereich, Freiheit und Sittlichkeit, um nur einige zu nennen.

Die Wertungen, die im Strafgesetz zum Ausdruck kommen, werden den Kindern von früh an vermittelt und prägen sie so, dass sie sich diese zu eigen machen. So weiss jedes Kind, dass man nicht stehlen oder andere totschiagen darf. In der Regel werden die entsprechenden Verhaltensregeln auch eingehalten. Es gibt aber auch viele Verhaltensweisen, welche das Gesetz nicht als inakzeptabel wertet und unter Strafe

stellt. Oft ist das noch aussagekräftiger als das Gegenteil. Beispielsweise ist es nicht strafwürdig, mit buchhalterischen Tricks die Steuerrechnung einer Unternehmung möglichst niedrig zu halten. Oder die Ehefrau zu vergewaltigen.

Strafrecht ist nicht nur ein System zur Durchsetzung eines gewissen "ethischen Minimums". Die neuere sozialwissenschaftlich orientierte Theorie sieht das Strafrecht als Instrument der sozialen Steuerung von Verhalten, das in den Kontext der allgemeinen Sozialkontrolle eingebettet ist. Der Rechtsbrecher riskiert soziale Isolation und Prestigeverlust. Wir Frauen sollten deshalb darauf bestehen, dass unsere sexuelle Integrität als wertvolles Rechtsgut anerkannt werden muss, damit diese als grundlegender Wert einmal ähnlich prägend auf die Menschen einwirkt wie das Verbot des Tötens oder Stehlens.

Der Vorentwurf und was Vernehmlasser/innen dazu sagten

Die Expertenkommission hat vorgeschlagen, den geltenden Art. 187 durch einen neuen Art. 190 zu ersetzen (vgl. S. 72).

Schauen wir uns auch diese Norm genauer an. Das Strafgesetzbuch versteht unter dem Begriff "Frau" jede Person weiblichen Geschlechts über 16 Jahren (StGB Art. 110 Ziff.1). Heute kann nur eine so verstandene Frau Opfer der Vergewaltigung sein. Der Vorentwurf definiert das Opfer neu als "Person weiblichen Geschlechts". Dadurch sind auch Mädchen unter 16 geschützt.

Der qualifizierte Tatbestand (Vergewaltigung einer zum Widerstand unfähig gemachten Frau) soll wegfallen. Die Absätze 1 und 2 des geltenden Art. 187 werden neu in einem Absatz zusammengefasst und einer gemeinsamen, reduzierten Strafdrohung von 1 bis 10 Jahren Zuchthaus unterstellt.

Statt des qualifizierten wird ein privilegiierter (d.h. mit einer weniger hohen Strafe bedrohter) Tatbestand eingeführt. Dieser sieht bloss eine Gefängnisstrafe (3 Tage bis 3 Jahre) vor für den Fall, dass die Verletzte "durch ihr Verhalten unmittelbar Anlass zur Tat gegeben" hat, oder "wenn in der Beziehung zum Täter entlastende Umstände liegen. Dieser Absatz ist von Frauen besonders kritisiert worden.

Wann gibt eine Frau unmittelbaren Anlass zur Tat? Nach Meinung der Expertenkommission tut sie dies dann, "wenn sie mit sexuellen Handlungen leichterer Art einverstanden war oder den späteren Täter gar dazu aufgefordert hat". In der persönlichen Beziehung zum Täter sind entlastende Umstände darin zu erblicken, dass "das Opfer dem Täter sehr nahegestanden hat und dann unvermittelt die Bereitschaft zum Beischlaf verweigert" (Erläuterungen der Expertenkommission zum VE).

Erinnern wir uns: die Leitlinie der Revision war der Schutz der Selbstbestimmung des Einzelnen. Die Privilegierungsgründe des Abs. 2 VE drücken ein seltsames Verständnis von sexueller Selbstbestimmung einer Frau aus. Denn inwiefern ist die Vergewaltigung einer Frau weniger verwerflich, wenn sie zu "sexuellen Handlungen leichterer Art" bereit ist? Und wieso soll derjenige besser dastehen, der sich über den Willen einer "ihm nahestehenden Person" hinwegsetzt? Beides sind Handlungen, die dem Selbstbestimmungsrecht des Opfers zuwiderlaufen. Man wollte also die frauenfeindliche Ideologie, welche heute bereits die Praxis beherrscht, gesetzlich verankern: dass Frauen Männer zur Tat provozieren, und dass ein Mann mit "seiner" Frau so verfahren kann, wie es ihm passt.

Dazu kommt noch, dass Art. 64 StGB den Richter ermächtigt, die Strafe zu mildern, wenn der Täter durch das Verhalten des Opfers ernstlich in Versuchung geführt wurde. Selbst wer diesen Privilegierungsgrund für

berechtigt hält, müsste ihn also nicht zusätzlich in den Vergewaltigungsparagrafen einbauen.

Wichtigstes Merkmal des Vorentwurfs der Expertenkommission ist die Strafbarkeitserklärung auch der ehelichen Vergewaltigung. Auch wenn sie nur auf Antrag der Verletzten verfolgt werden sollte, ist dies ein Schritt in die richtige Richtung. Dass das Jawort nicht eine Blankoeinwilligung in jederzeitige sexuelle Verfügbarkeit ist, hätte durchaus einen Bewusstwerdungsprozess unterstützen können.

Die Zusammenstellung der Vernehmlassungen ergibt folgendes Bild: im allgemeinen Teil der Stellungnahmen der Kantone, Parteien und Organisationen waren vor allem die Reduktion des Schutzalters auf 14 Jahre und die Aufhebung der Strafbarkeit des Inzestes bestritten. Dass man gegen die Strafbarkeit der ehelichen Vergewaltigung etwas einzuwenden hätte, kam hier nirgends zum Ausdruck.

Etwas anders sieht es in den Ausführungen zu den einzelnen Bestimmungen aus.

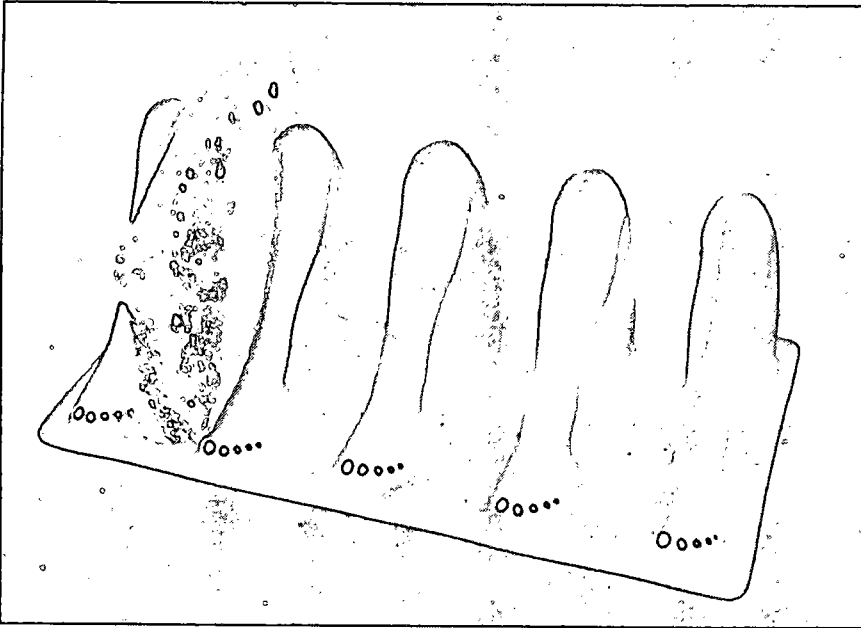
Gegen die Strafbarkeit der ehelichen Vergewaltigung sprachen sich aus:

- die Kantone LU, UR, ZG, FR, AR, AG
- die Partei Nationale Aktion
- die Organisation Pro Juventute.

Zustimmung fand die Neuerung bei:

- den Kantonen ZH, BE (zum Teil), SZ, OW, BS, BL, TG, TI, VS
- den Parteien FDP, CVP, SP, PL, LdU, PdA, PSASJ
- den Organisationen Anwaltsverband, Kriminalistische Gesellschaft, DJS, ev. Kirchenbund, Bischofskonferenz, BSF, ev. Frauenbund, Kommission für Frauenfragen, Kommission für Jugendfragen, SBS, SOH, HAZ.

Die übrigen Kantone, Parteien und Organisationen gaben entweder keine Stellungnahme ab, stimmten unter Vorbehalt zu, lehnten unter Vorbehalt ab oder waren unentschieden in der Frage.



Englischer Toast-Ständer aus einer Beinreihe mit lackierten Fussnägeln, von Carltonware. Aus 'Gebrauchsobjekt Frau', S. 89.

Die Argumente der Gegner der Strafbarkeit der ehelichen Vergewaltigung lauten (Ergebnisse des Vernehmlassungsverfahrens S. 169ff):

- Die Norm bedeute eine unnötige Belastung der Institution Ehe.
- Es gelte, die Geheimsphäre der Ehe auch in diesem Fall zu wahren.
- Wenn der betroffene Ehegatte unbedingt eine Bestrafung des anderen wolle, genüge auch die Vorschrift über die Nötigung.
- Die Aussage des Opfers in der Parteistellung habe nur geringe Beweiskraft. Mangels Beweisbarkeit würde das Antragsrecht der Ehefrau ohnehin nicht zu einer Verurteilung führen;
- es sei daher besser, wenn die Ehefrau sich via Scheidung oder Eheschutzverfahren helfe.
- Die Frauen würden das Antragsrecht als Druckmittel zur Erpressung finanzieller Ansprüche im Scheidungsverfahren missbrauchen.
- Die Kinder seien davor zu bewahren, in Prozessen über die Vergewaltigung ihrer Mutter aussagen zu müssen.
- Die Behörden würden durch die neue Bestimmung zu peinlichen Ermittlungen in der Intimsphäre der Eheleute gezwungen.

Die unverblümteste sexistische Begründung der Ablehnung stammt aus der Feder der Nationalen Aktion:

"Abgelehnt wird die Erfassung des erzwungenen ehelichen Beischlafs. Dieser enthält nicht den gleichen Unrechtsgehalt wie die Vergewaltigung im herkömmlichen Sinne, gehört doch der geschlechtliche Verkehr ganz allgemein zum Eheleben".

Die überarbeitete Vorlage, wie sie die Botschaft des Bundesrates darstellt

Schauen wir die heute zur Diskussion stehende Variante genauer an. Daraus wird ersichtlich, welche Kritikpunkte des Vernehmlassungsverfahrens berücksichtigt wurden (vgl. Art. 189 S. 73):

Die Beschränkung auf den ausser-ehelichen Bereich hat wieder Einzug gehalten. Obwohl der Bundesrat sich in seinen Vorentscheiden 1983 für die Beibehaltung des Abs. 2 des Vorentwurfs ausgesprochen hat. Obwohl sich die meisten Parteien eindeutig zustimmend zu diesem Vorgehen äusserten. Obwohl sich ausser der Pro Juventute keine Organisation ablehnend verhielt. Obwohl sich nur 5 1/2 Kantone damit nicht einverstanden erklärt haben.

Wie das passieren konnte, wird frau wohl nie erfahren. Bekannt ist nur, dass die schon fertiggestellte Botschaft in diesem Punkt zuletzt nochmals abgeändert werden musste. Bleibt zu hoffen, dass die Parlamentarierinnen sich dagegen wehren werden. Eine Abstimmung unter Namensaufruf über einen Antrag auf Strafbareklärung ehelicher Vergewaltigung wäre jedenfalls aufschlussreich.

Die Herabsetzung des Strafrahmens liegt in der Tendenz der Revision. Die gemeinsame Strafdrohung für die heutigen Absätze 1 und 2 blieb bei 1-10 Jahren Zuchthaus. Die Leitlinie der Revision war aber, sexuelles Verhalten dann straflos zu erklären, wenn niemand dadurch verletzt wird.

Gerade bei unserem Tatbestand kann das sicher nicht gesagt werden. Insofern ist die Reduktion des Strafrahmens nicht angezeigt, besonders dann nicht, wenn im gleichen Zug eine weitere Privilegierung gewisser Tätergruppen greift und das grundlegende Bedürfnis der Ehefrau nach Schutz ihrer sexuellen Integrität nicht zum Tragen kommt.

Immerhin ist der Abs. 2 des VE so abgeändert worden, dass der Entlastungsgrund der Provokation, der ja schon im Art. 64 StGB enthalten ist, wegfällt.

Warum mit dem anderen Privilegierungsgrund, den "entlastenden Umständen in der persönlichen Beziehung zum Täter", nicht ebenso verfahren wurde? Art. 64 StGB sagt nämlich auch, dass der Richter die Strafe mildern kann, wenn der Täter in schwerer Bedrängnis gehandelt hat oder weil Zorn oder Schmerz über eine ungerechte Reizung oder Kränkung ihn hingegrissen hat. Mit der Anwendung dieses bestehenden Milderungsgrundes lässt sich beinahe das gleiche Resultat erreichen. Der Richter kann statt auf Zuchthaus auf Gefängnis von 6 Monaten bis 5 Jahren erkennen... Vielleicht gelingt es im Parlament, auch den zweiten Privilegierungsgrund aus dem Tatbestand zu eliminieren.

Vorläufig sieht der Gesetzesentwurf vor, dass eine persönliche Beziehung die Vergewaltigung eher verständlich und entschuldigbar macht (vgl. auch Barbara Fischer, S. 74ff). Wie aber verträgt sich das mit der viel beschworenen Partnerschaftlichkeit? Die Botschaft nennt als Beispiel für eine persönliche Beziehung die eheähnliche Gemeinschaft. Angesichts der zunehmenden Zahl von Frauen, die in dieser Lebensform eine Alternative zur patriarchalischen Ehe sehen, erscheint es besonders bedenklich, dass durch eben diese Beziehung die sexuelle Integrität der Frau an Schutz verlieren soll.

Schliesslich sei erwähnt, dass dem Tatbestand wieder eine qualifizierte Begehungsform hinzugefügt wurde. Mit einer Strafe von 3-20 Jahren Zuchthaus

muss rechnen, wer die Tat grausam begeht, namentlich mit Hilfe einer Waffe.

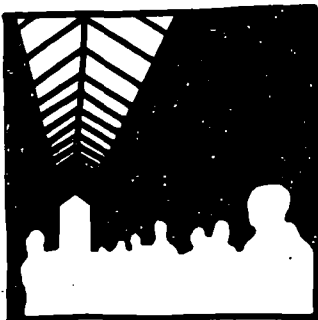
Der Entwurf wird meines Erachtens seinem Anspruch, den Schutz der Selbstbestimmung der Frauen in sexueller Hinsicht zu realisieren, nicht gerecht. Verwerflich erscheint nicht die Tat als solche. Denn je nachdem, welches Opfer der Täter sich aussucht, steht er besser oder schlechter da. Seine Ehefrau hat gar kein Recht auf Persönlichkeitsschutz im sexuellen Bereich. Die Konkubine hat nur einen reduzierten Schutzanspruch, wenn sie sich mit dem Täter erst einmal eingelassen hat. Sogar ein einfacher Diebstahl untersteht einer höheren Strafdrohung als die Vergewaltigung einer nahestehenden Person. Die Ideologie von der Provokation des Täters durch die unbekannte Frau wird weiterhin aufrecht erhalten.

Was heisst all das in bezug auf Art. 4 BV?

Wie wir gesehen haben, hat Strafrecht die Funktion, das Verhalten der Rechtsgenossen zu steuern. Es ist ein Instrument der sozialen Kontrolle. So verstandenes Strafrecht muss in den Dienst der Verfassungsziele gestellt werden, und zu diesen gehört eben auch die programmatische Norm der Geschlechtergleichberechtigung. "Das Gesetz sorgt für ihre Gleichstellung", sagt BV 4 Abs. 2 von Mann und Frau. Wenn ein Gesetz sich nicht dem Vorwurf der Verfassungswidrigkeit aussetzen will, darf es diesem Verfassungsziel jedenfalls nicht zuwiderlaufen. Dies tut der Entwurf des Vergewaltigungstatbestandes jedoch gleich aus zwei Gründen:

Einmal sorgt er nicht dafür, dass ein traditioneller Uebergriff der Männer in die Freiheitssphäre der Frauen verboten wird, wenn die eheliche Vergewaltigung nicht als strafbar gilt. Zum anderen werden völlig unbegründet 3 verschiedene rechtliche Kategorien von Frauen geschaffen, die je nach Zivilstand und persönlichen Lebensumständen unterschiedlich behandelt werden. Dies verletzt das Gebot von Art. 4 BV, wonach Gleiches nach Massgabe seiner Gleichheit gleich, Ungleiches nach Massgabe seiner Ungleichheit ungleich zu behandeln

ist. Vergewaltigung einer unbekanntenen Frau und Vergewaltigung der Ehefrau sind keine solchen ungleichen Sachverhalte. Aus diesen Gründen wird der neue Vergewaltigungstatbestand den Anforderungen an ein verfassungsmässiges Gesetz nicht gerecht.



Chaos

Die Sterne fliehen schreckensbleich
Vom Himmel meiner Einsamkeit,
Und das schwarze Auge der Mitternacht
Starrt näher und näher.

Ich finde mich nicht wieder
In dieser Todverlassenheit,
Mir ist, ich lieg von mir weltenweit
Zwischen grauer Nacht der Urangst.

Ich wollte, ein Schmerzen rege sich
Und stürze mich grausam nieder
Und riß mich jäh an mich!
Und es lege eine Schöpferlust
Mich wieder in meine Heimat
Unter der Mutterbrust.

Meine Mutterheimat ist seeleer,
Es blühen dort keine Rosen
Im warmen Odem mehr. –
... Möcht einen Herzallerliebsten haben,
Und mich in seinem Fleisch vergaben.

Ein Trauerlied

Eine schwarze Taube ist die Nacht
... Du denkst so sanft an mich.

Ich weiß, dein Herz ist still,
Mein Name steht auf seinem Saum.

Die Leiden, die dir gehören,
Kommen zu mir.

Die Seligkeiten, die dich suchen,
Sammele ich unberührt.

So trage ich die Blüten deines Lebens
Weiter fort.

Und möchte doch mit dir stille stehn;
Zwei Zeiger auf dem Zifferblatt.

O, alle Küsse sollen schweigen
Auf beschienenen Lippen liebentlang.

Niemehr soll es früh werden,
Da man deine Jugend brach.

In deiner Schläfe
Starb ein Paradies.

Mögen sich die Traurigen
Die Sonne in den Tag malen.

Und die Trauernden
Schimmer auf ihre Wangen legen.

Le viol, un délit?
Résumé

de Greta Lauterburg

Une commission du Conseil des Etats va prochainement se pencher sur le projet de révision du droit pénal en matière sexuelle. L'objectif déclaré de la révision du code pénal est la sauvegarde de la liberté de chacun de décider de sa vie sexuelle. Or le projet de révision n'atteint pas cet objectif lorsqu'il traite des éléments constitutifs du viol.

Le droit actuel définit le viol comme le fait de contraindre une femme à subir l'acte sexuel hors mariage en usant de violence ou de menace grave. Il ne sanctionne donc pas le viol de l'épouse. La révision ne prévoit pas de changement à cet égard, contrairement à ce que la commission d'experts proposait dans son avant-projet. En 1983, le Conseil fédéral avait pourtant décidé provisoirement de rendre répréhensible le viol entre époux. Personne ne sait pourquoi il a renoncé à la dernière minute à une telle disposition, d'autant que lors de la procédure de consultation, seuls 5 1/2 cantons et l'Action Nationale avaient manifesté leur opposition, tous les grands partis approuvant ce point précis du projet.

Le fait de reconnaître l'intégrité sexuelle de l'épouse en tant que bien bénéficiant de la protection de la loi et de fixer dans le droit une protection de la personnalité en la matière aurait certainement eu des effets positifs sur l'attitude de la société envers les femmes, vu que le code pénal détermine des comportements et est un

instrument de contrôle de la société.

Selon le projet du Conseil fédéral, la femme violée par un homme qui lui est proche n'est protégée que dans une certaine mesure par la loi; le législateur allègue notamment que le concubinage est assimilable aux relations entre époux, ce qui revient à donner à l'homme une espèce de droit de disposer de sa partenaire dans l'union libre. Voilà qui paraît difficilement conciliable avec la fameuse notion de partenaires. Pourquoi, en effet, serait-il moins condamnable de passer outre à la volonté déclarée d'une personne qui nous est proche?

L'avant-projet admettrait en outre que la provocation de l'auteur par la victime rendait l'acte de l'auteur moins grave, par exemple si la femme avait consenti à des actes d'ordre sexuel de moindre importance ou y avait même encouragé l'homme. Il partait ainsi du point de vue que la victime avait incité l'auteur au viol. Le projet de révision n'a, quant à lui, pas repris cette circonstance atténuante, ce qui ne signifie d'ailleurs pas qu'elle ait été entièrement supprimée, puisque l'article 64 du code pénal prévoit de toute manière que le juge peut atténuer la peine lorsque le coupable a été induit en tentation grave par la conduite de la victime.

Au même article, la loi donne de plus la possibilité au juge d'atténuer la peine si l'auteur a été entraîné par une colère ou une douleur produites par une provocation injuste ou une offense imméritée. Cette disposition serait applicable aux cas où il faut faire intervenir dans les éléments constitutifs des circonstances atténuantes dues aux rapports personnels liant l'auteur et la victime. Peut-être le Parlement parviendra-t-il à biffer cette cause d'atténuation parfaitement inutile?

Deux raisons incitent à se demander si ce projet tendant à modifier les dispositions afférentes au viol est conforme à la Constitution. D'une part, l'article 4 de la Constitution prévoit que l'on traite de façon identique des situations semblables et de façon différente des situations différentes, en tenant compte à chaque fois du degré de ressemblance et de dissemblance. Dans le viol d'une femme inconnue, d'une femme dont l'auteur est proche, ou de l'épouse de l'auteur, ces circonstances "différentes" ne doivent pas être prises en considération et être traitées différemment du point de vue juridique. Ce qui doit être déterminant dans l'évaluation d'un viol, ce n'est pas la catégorie à laquelle appartient la victime, mais le viol en tant que tel.

D'autre part, l'article 4 de la Constitution dispose que la loi pourvoit à l'égalité entre l'homme et la femme; il en découle que les traditionnelles interventions des hommes dans l'aire de liberté des femmes sont interdites. La loi risque donc d'être qualifiée d'inconstitutionnelle si l'intégrité sexuelle de l'épouse n'est pas prise en compte dans les éléments constitutifs du viol.

(Traduction: Lise Knöpfel)

Lo stupro è o non è un delitto?

Riassunto

di Greta Lauterburg

La commissione consultativa del Consiglio degli Stati si chinerà prossimamente sulla revisione del codice penale in materia di reati sessuali. Tale revisione si voleva realizzata all'insegna dell'autonomia sessuale dell'individuo. Ma, per quanto concerne la fattispecie dello stupro, il progetto manca l'obiettivo.

Il diritto vigente definisce lo stupro in termini di tolleranza del concubito extraconiugale ottenuta con la violenza o pesanti minacce. Una simile norma non contempla ovviamente la violenza carnale imposta alla moglie. E su questo punto, anche il progetto di revisione non cambia nulla, contrariamente a quanto suggeriva l'avamprogetto steso dalla commissione peritale. Nelle sue decisioni preliminari del 1983, il Consiglio federale si esprimeva ancora a favore della punibilità dello stupro consumato nell'ambito dell'unione coniugale. Perché vi abbia rinunciato all'ultimo momento non è noto. In sede di consultazione, tale regolamentazione era d'altronde stata avversata solo dall'Azione Nazionale e da 5/2 cantoni. Tutti i grandi partiti concordavano, su questo punto particolare, con l'avamprogetto.

Il fatto di riconoscere come bene giuridico l'integrità sessuale della moglie, come pure quello di stabilire delle regole che ne tutelino l'integrità personale in questo campo avrebbero indubbiamente contribuito a far cambiare l'atteggiamento e il comportamento verso le donne, visto che al diritto penale spetta anche il ruolo di indirizzare i comportamenti fungendo da strumento di controllo sociale.

La donna violentata dall'uomo al quale è legata non godrebbe, nell'intento del progetto, che di una limitata protezione da parte del diritto penale. Con questo, sono soprattutto i rapporti di concubinato a essere assimilati in pratica al matrimonio: per l'uomo, ciò significa un parziale riconoscimento del diritto di disporre della propria sua compagna. Come una simile concezione possa concordare con l'idea, instancabilmente avanzata, della 'partnership' (collaborazione e corresponsabilità) risulta poco comprensibile. Perché mai dovrebbe essere meno riprovevole ignorare l'espressa volontà di una persona vicina?

L'avamprogetto prevedeva, come ulteriore motivo di privilegio, la provocazione dell'autore da parte della vittima: se la donna era consenziente per atti di natura sessuale a carattere leggero o se aveva addirittura incitato l'autore, è da presumere che ella stessa abbia fornito il movente dell'azione. Il progetto non riporta più quest'attenutante. Ma non ciò non significa affatto che sia stata abolita, dato che l'art. 64 del CP consente comunque al giudice di ridurre la pena qualora l'autore sia stato seriamente indotto in tentazione dal comportamento della vittima.

L'art. 64 prevede inoltre la possibilità di ridurre la pena se l'autore ha agito essendo spinto dalla collera o dal dolore riconducibili a un'ingiusta umiliazione o irritazione subite. Con ciò sarebbero contemplati anche i casi rientranti nella fattispecie privilegiata delle "circostanze attenuanti nei rapporti personali" tra autore e vittima. C'è da sperare che nel dibattito parlamentare anche quest'inutile attenuante venga stralciata dal progetto.

Sono due i quesiti che si pongono in relazione con la conformità costituzionale della progettata regolamentazione dello

stupro. Innanzitutto, l'art. 4 Cost. esige che ciò che è uguale venga trattato in modo uguale e ciò che è diverso venga trattato in modo diverso, mantenendo le debite proporzioni. Nella violenza carnale consumata ai danni di una persona sconosciuta, di una persona vicina o della moglie non si devono poter ravvisare simili circostanze diverse che giustifichino un diverso trattamento giuridico. Per la valutazione dello stupro, determinante deve essere lo stupro in quanto tale, e non in funzione della "categoria" alla quale appartiene la vittima.

In secondo luogo, l'art. 4 cpv. 2 Cost. enuncia che la legge provvede all'egualianza tra uomo e donna. In questo ambito rientra pure la proibizione delle tradizionali violazioni della sfera di libertà femminile da parte maschile. Se la fattispecie dello stupro non copre l'integrità sessuale della moglie, la legge si espone alla critica dell'acostituzionalità.

(Traduzione: Romana Camani-Pedrina)

Schweizerisches Strafgesetzbuch vom 21. Dezember 1937

Art. 187

- ¹ Wer eine Frau mit Gewalt oder durch schwere Drohung zur Duldung des außerehelichen Beischlafs zwingt, wird mit Zuchthaus bestraft. Notzucht
- ² Wer mit einer Frau den außerehelichen Beischlaf vollzieht, nachdem er sie zu diesem Zwecke bewusstlos oder zum Widerstand unfähig gemacht hat, wird mit Zuchthaus nicht unter drei Jahren bestraft.

Code pénal suisse du 21 décembre 1937

Art. 187

- ¹ Celui qui, en usant de violence ou de menace grave, aura contraint une femme à subir l'acte sexuel hors mariage sera puni de la réclusion. Viol
- ² Celui qui aura fait subir à une femme l'acte sexuel hors mariage, après l'avoir, à cet effet, rendue inconsciente ou mise hors d'état de résister, sera puni de la réclusion pour trois ans au moins.

Vorentwurf der Expertenkommission für die Revision des Strafgesetzbuches, 1977

Art. 190

- ¹ Wer eine Person weiblichen Geschlechts mit Gewalt, durch schwere Drohung oder nachdem er sie zum Widerstand unfähig gemacht hat, zum Beischlaf zwingt, wird mit Zuchthaus bis zu zehn Jahren bestraft. Vergewaltigung
- ² Hat die Verletzte durch ihr Verhalten unmittelbar Anlass zur Tat gegeben oder liegen in ihrer persönlichen Beziehung zum Täter entlastende Umstände, ist die Strafe Gefängnis.
- ³ Vergewaltigung in der Ehe wird nur auf Antrag verfolgt. Artikel 28 Absatz 4 ist nicht anwendbar.

Avant-projet de la Commission d'experts pour
la revision du Code pénal, 1977

Art. 190

- ¹ Celui qui, usant de violence ou de menace grave, ou ayant mis une personne du sexe féminin hors d'état de résister, l'aura contrainte à l'acte sexuel, sera puni de la réclusion pour dix ans au plus. Viol
- ² Si la victime a, par son comportement initial, laissé croire à l'auteur qu'elle serait consentante, ou s'il existe entre eux des rapports personnels qui rendent l'acte moins grave, la peine sera l'emprisonnement.
- ³ Le viol entre époux ne sera puni que sur plainte. L'article 28 alinéa 4 n'est pas applicable.

Entwurf des Bundesrates vom 26. Juni 1985

Art. 189

- ¹ Wer eine Person weiblichen Geschlechts zum ausser-ehelichen Beischlaf zwingt, indem er gegen sie Gewalt anwendet, sie schwer bedroht oder sie zum Widerstand unfähig macht, wird mit Zuchthaus bis zu zehn Jahren bestraft. Vergewaltigung
- ² Liegen in der persönlichen Beziehung zwischen Täter und Opfer entlastende Umstände, so ist die Strafe Gefängnis.
- ³ Handelt der Täter grausam, verwendet er namentlich eine Schusswaffe oder eine andere gefährliche Waffe, so ist die Strafe Zuchthaus nicht unter drei Jahren.

Projet du Conseil fédéral du 26 juin 1985

Art. 189

- ¹ Celui qui, usant de violence ou de menace grave, ou ayant mis une personne du sexe féminin hors d'état de résister, l'aura contrainte à l'acte sexuel hors mariage, sera puni de la réclusion pour dix ans au plus. Viol
- ² S'il existe entre l'auteur et la victime des rapports personnels qui rendent l'acte moins grave, la peine sera l'emprisonnement.
- ³ Si l'auteur a agi avec cruauté, notamment s'il a fait usage d'une arme à feu ou d'une autre arme dangereuse, la peine sera la réclusion pour trois ans au moins.

Der Tatbestand der Vergewaltigung im Lichte des Gleichstellungsgebots von Art. 4 Abs. 2 Bundesverfassung

von Barbara Fischer

Einleitung

"Dass ich den Mann, der mich vergewaltigte, in den Prozessen wiedersah, seine Stimme hörte und mir von ihm Fragen stellen lassen und diese auch beantworten musste, war sehr, sehr abstossend und belastend. Oft habe ich mich gefragt, um was es in den Verhandlungen eigentlich ging. War ich angeklagt oder er?" Dieses Zitat aus dem Brief einer vergewaltigten Frau trifft mitten in die Problematik der rechtlichen Erfassung der Vergewaltigung: was als strafrechtlicher Schutz der sexuellen Selbstbestimmung der Frau gilt, entpuppt sich letztlich als Legitimierungsakt männlichen Sexualverhaltens. Dies liegt daran, dass sowohl die Fassung des Tatbestandes im Strafgesetzbuch (Art. 187 und 195), wie auch des Revisionsvorschlages (Art. 189 E) von einem Verständnis von Sexualität ausgehen, welches ausschliesslich auf männlichen Erfahrungen und Wertungen aufbaut. Dies gilt im gleichen Masse für die Rechtsanwendung, also für das ganze Verfahren im Prozess, beginnend mit der Entgegennahme der Anzeige durch die Polizei und endend mit dem Urteil des Gerichts.

Die Fassung des Tatbestandes der Vergewaltigung - ein patriarchalisches Relikt

Sowohl im geltenden Recht als auch im Revisionsvorschlag (s. Gesetzestexte S. 72f) wird die Vergewaltigung in einem eigenen Tatbestand geregelt und damit von den übrigen Gewaltdelikten im allgemeinen und anderen sexuellen Gewalthandlungen im besonderen abgehoben. Die spezielle Strafwürdigkeit der gewaltsamen "natürlichen

Vereinigung der Geschlechtsteile", wie es jeweils in den Lehrbüchern und Urteilen heisst, wird an der vergleichsweise hohen Strafdrohung deutlich: Auf Notzucht stehen ein bzw. drei bis zwanzig Jahre Zuchthaus, während beispielsweise schwere Körperverletzung mit einer Strafe von 6 Monaten Gefängnis bis 5 Jahren Zuchthaus, Nötigung zu anderen unzüchtigen Handlungen resp. Freiheitsberaubung mit einer Höchststrafe von 5 Jahren Zuchthaus geahndet werden. Susan Brownmiller kommentiert dieses Phänomen in ihrem Buch "Gegen unseren Willen" folgendermassen: "Dass gewaltsame genitale Kopulation als das schlimmste Sexualdelikt gilt, das einem Menschen zugefügt werden kann, dass es die schwerste Strafe verdient und in einigen Bundesstaaten (der USA, Anm. d. Verf.) mit gleichen Strafen geahndet wird wie Mord, während alle andern Formen sexueller Gewalttätigkeit unter dem Etikett "wider-natürlicher Unzucht" zusammengefasst werden und von Gesetzes wegen geringere Strafen nach sich ziehen - darin kann man nur ein veraltetes männliches Konzept am Werk sehen, das auf moderne Verbrechen nicht mehr anwendbar ist." (1).

Die heutige herrschende Lehre ist sich weitgehend darüber einig, dass die Straftatbestände der Notzucht (Vergewaltigung) und der Nötigung zu anderen unzüchtigen Handlungen zum Ziel haben, die sexuelle Selbstbestimmung des Menschen zu schützen. In der Tat lässt sich aber aus dem Schutz allein dieses Rechtsgutes nicht erklären, warum andere Formen sexueller Gewalttätigkeiten weniger verletzend sein sollten als die gewaltsame körperliche Penetration. Das Einführen von Stöcken, Flaschen, Kabeln u.ä. in die Vagina kann genau so entwürdigend sein. Auf der anderen Seite ist es nicht einzusehen, warum ein Mann durch eine rektale Vergewaltigung in seinem Selbstbestimmungsrecht nicht ebenso verletzt sein kann wie eine Frau. Entscheidend sollte beide Male der Grad der

Entwürdigung sein, nicht der Weg der Penetration. Erklären lässt sich die besondere Strafwürdigkeit der heterosexuellen Vergewaltigung nur im Blick auf die ursprüngliche Motivation ihrer strafrechtlichen Erfassung: mit der Verletzung männlicher Besitzansprüche auf Jungfräulichkeit bzw. mit der Ausschliesslichkeit des Zugangs zum "ehe"weiblichen Geschlechtsorgan. Ein fortschrittliches Strafrecht müsste auch den Strafrahmen für Vergewaltigung auf ein realitätsgetreues Mass herabsetzen und demjenigen der Körperverletzungs- und Freiheitsdelikte angleichen.

Der Gesetzesvorschlag zur Revision des Sexualstrafrechtes sieht weiterhin eine Trennung zwischen heterosexueller Vergewaltigung (Art. 189E) und der Nötigung zu einer anderen geschlechtlichen Handlung (Art. 190 E) vor. Die Höchststrafe wird beim letztgenannten Tatbestand auf 10 Jahre Zuchthaus angehoben, die Mindeststrafe beträgt drei Tage Gefängnis (bei Vergewaltigung jedoch 1 Jahr Zuchthaus). Dass die Mann/Angreifer und Frau/Opfer Konstellation auch im Strafgesetzbuch durchbrochen werden könnte, wird an den Revisionsbestrebungen anderer Länder deutlich. Sowohl das kanadische Strafgesetzbuch, wie auch die italienischen Revisionsvorschläge kennen nur noch einen einheitlichen Tatbestand des "sexuellen Angriffs", welcher systematisch im Teil der Angriffe gegen die Person eingeordnet ist. Die Zusammenfassung der beiden Tatbestände hat jedoch auch im Prozess eine Bedeutung: sie erspart die ausführlichen Befragungen, die notwendig sind, um den vollzogenen Beischlaf von bloss beischlafähnlichen Handlungen zu unterscheiden.

Ein weiteres Relikt - welches glücklicherweise im Revisionsvorschlag beseitigt wurde - bildet im geltenden Recht die Qualifikation des Tatbestandes bei erhöhter Widerstandsunfähigkeit des Opfers. Der Grad der Widerstandsunfähigkeit hat erstens nichts mit dem Grad der Verletzung des Selbstbestimmungsrechtes zu tun und kann zweitens wiederum nur durch peinlichste Befragung eruiert und nur willkürlich

festgesetzt werden. Angesichts der hohen Strafdrohung (mindestens drei Jahre Zuchthaus) erkennen die Gerichte nur mit grösster Zurückhaltung auf Widerstandsunfähigkeit, was beispielsweise dazu führte, dass das Bundesgericht in einem Fall Widerstandsunfähigkeit verneinte, in dem eine von zwei Männern vergewaltigte Frau - obwohl sie sich während der Vergewaltigungshandlungen nicht mehr rühren konnte - in der Pause während des Täterwechsels sich erheben und wieder wehren konnte!

Die Stellung der Frau im strafprozessualen Verfahren

Bereits beim Versuch, eine Vergewaltigung zur Anzeige zu bringen, wird die Frau mit den zahlreichen Alltagstheorien und Weiblichkeitsmythen konfrontiert, mit denen Vergewaltigungen erklärt werden: die Mitschuld der Frau (mit der Entfesselung des männlichen Sexualtriebes müsse jederzeit gerechnet werden), die Doppelbödigkeit weiblichen Verhaltens, wonach jede Frau sich gegen sexuelle Annäherungen wehren "müsse", diese aber eigentlich wünsche; die Vorstellung, dass Frauen auch - oder gerade - bei Gewaltnähe Lust empfinden, etc.

"Ich ging auf's Revier und erklärte: 'Ich möchte eine Vergewaltigung anzeigen.' Sie fragten: 'Wessen?' und ich sagte: 'meine'. 'Wer will Sie denn schon vergewaltigen?' (Opferzitat)

"Als ich zur Polizei ging, um anzuzeigen, dass ich vergewaltigt worden bin, haben sie mich ausgelacht und gesagt: 'Sie sind vergewaltigt worden? So, so. Wenn man so rumläuft wie du, gehört einem nichts anderes.' In dem Stil haben die weitergeredet. Da bin ich gegangen und habe die Anzeige sein lassen." (Opferzitat).

"Ich würde meiner eigenen Tochter unter diesen Umständen nicht raten, eine Vergewaltigung anzuzeigen. Wenn die Frau nicht blutüberströmt und mit Würgmalen am Hals auf die Polizeistation kommt, wird ihr

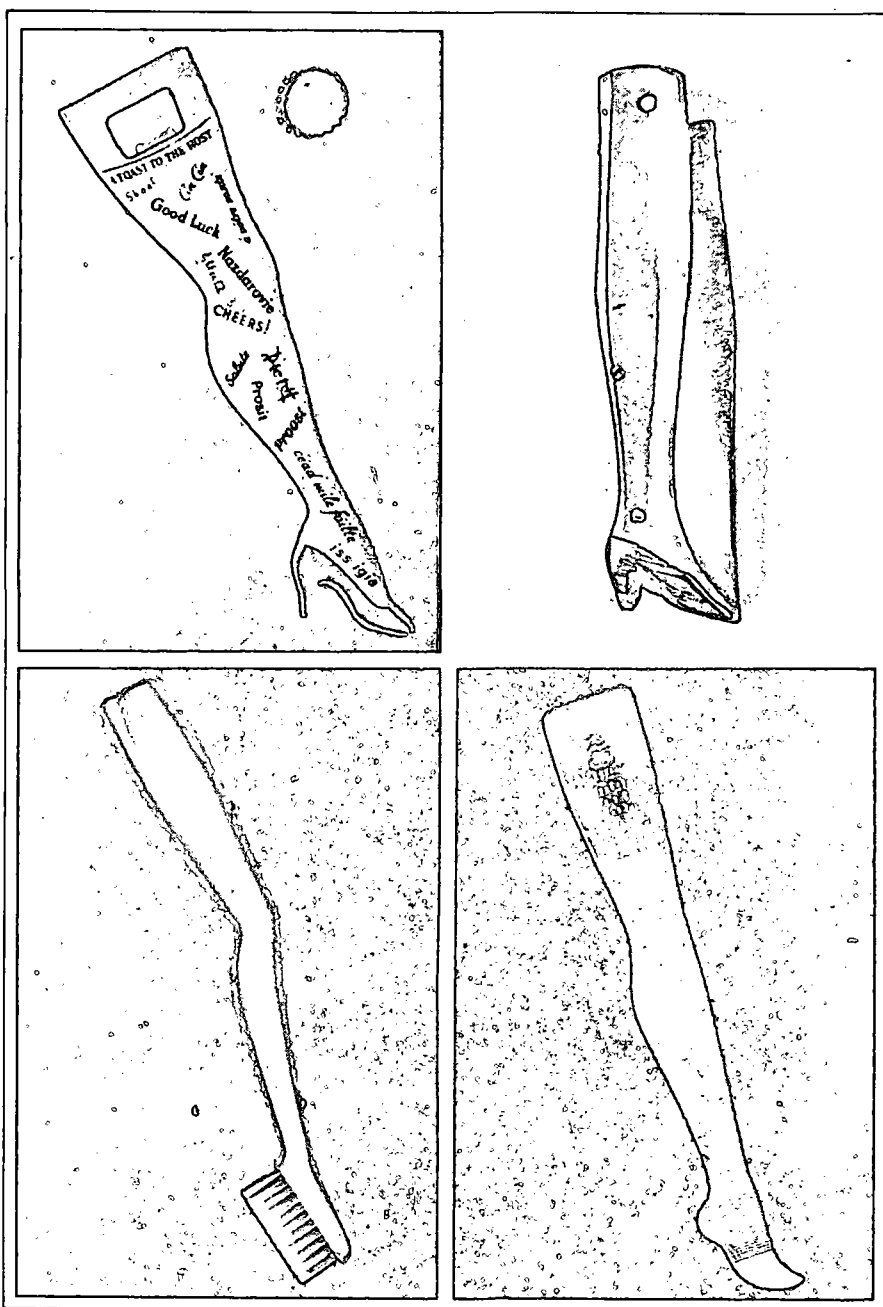
häufig mit grösster Skepsis begegnet." (Ein Richter auf dem 3. Weltkongress für Viktimologie 1979 in München).

Diese Meinung wird durch die Ergebnisse diverser Untersuchungen über die Behandlung von Vergewaltigungsanzeigen bestätigt. Während Polizeibeamte die Zahl der Falschanzeigen bei Vergewaltigungsanzeigen auf 25-50% einstufen, haben sozialmedizinische Untersuchungen und Aktenanalysen ergeben, dass sie bei 2-4% liegt!

Ist die Hürde der polizeilichen Anzeige und des Ermittlungsverfahrens einmal genommen, so kommt es zum Prozess. Da sieht sich das Gericht in der Regel "ernsthaften Beweisschwierigkeiten" gegenüber gestellt. Die "Beweisschwierigkeiten" finden sich auf zwei Ebenen: erstens bei der Feststellung des objektiven Tatbestandes, also der Qualifikation des für eine unbeteiligte Drittperson erkennbaren Sachverhaltes als Vergewaltigung, wie sie im Strafgesetzbuch definiert ist. Zum zweiten ergeben sich "Schwierigkeiten" bei der Feststellung des subjektiven Tatbestandes, also der Frage, ob der Täter a) wusste, was er tat und b) ob er dies auch wollte.

Bei der Feststellung des objektiven Tatbestandes geraten Staatsanwaltschaft und Gericht in Schwierigkeiten, wenn sich die vergewaltigte Frau nicht bis und während der Vollendung der Tat mit Händen und Füßen wehrt. Denn, wer kann sagen, ob das passive Verhalten des Opfers nach anfänglicher Abwehr nicht etwa auf einer inneren Zustimmung beruhte und somit gar keine Gewalt vorgelegen hätte?

Selbst wenn sich die Frau bis zum Geschlechtsverkehr wehrt, aber ohne dass sie "blutüberströmt und mit Würgemalen am Hals" aus dem Kampf hervorgeht, wer weiss, ob sie nicht etwa die Gewalt genossen hat? Liegt also etwa, juristisch vornehm verbrämt "vis haud ingrata" (nicht unwillkommene Gewalt) vor? Als ein entsprechender Kommentar aus der juristischen



Von links nach rechts / von oben nach unten
 Italienischer Flaschenöffner aus dem Jahre 1950 – auf dem Bein steht „Prosit“ in verschiedenen Sprachen; wahrscheinlich ein viktorianisches Taschenmesser mit einem roten Plastikstrumpf und einem Messingschuh als Klingenthalterung; moderne, rosa-schillernde Plastik-Zahnbürste aus Japan; Nagelfeile von 1970 aus England – das Netzmuster des Strumpfes bildet die Reibfläche.

Aus 'Gebrauchsobjekt Frau', S. 39.

Literatur sei dazu folgendes angeführt:
 "Man wird ... dem Umstand Rechnung zu tragen haben, dass bei der Herstellung erotischer Kontakte je nach milieu- oder sozialüblichen Auffassungen von der Frau ein gewisses Mass von Widerstand verlangt oder wenigstens als "normal" anerkannt wird, ohne dass die bekundete Ablehnung als ernsthaft zu respektieren wäre. Ebenso mag es der Konvention ent- oder immerhin nicht widersprechen, dass sich der Mann diesem Sträuben gegenüber nicht nur durch reines Ueberreden durchsetzt. Dies bezeugt schon die Redewendung der "Eroberung" einer Frau wie der von der Rechtssprache geformte Terminus der sog. "vis haud ingrata". "Gewisse Entgleisungen" werden hier toleriert, jedenfalls nicht gleich als kriminelles Unrecht empfunden." (2).

Vergleicht man die Erwartung an das Verhalten des Opfers bei einer Vergewaltigung mit der Bewertung der Reaktionen eines Opfers eines Raubüberfalles, so erkennt man leicht, dass sich kaum ein Gericht die Frage stellen würde, ob der Bedrohte, der schliesslich selbst die Briefftasche hervorzieht und dem Räuber das Geld aushändigt, nicht allenfalls innerlich zugestimmt hat und somit eine Schenkung vorliegt...

Die beschriebenen Fragestellungen machen deutlich, dass hier wiederum patriarchalische Vorstellungen über weibliche Sexualität wirken: eine Frau darf ihre Freude an Zärtlichkeiten nicht zeigen, sondern muss dies über Abwehr kundtun, sofern sie eine "richtige" Frau ist. Diese als "natürlich weiblich" bewertete Abwehr passt wie der Deckel auf den Topf zur ebenso "natürlich männlichen" sexuellen Aggression. Und wunderbarerweise passt diese Natur wiederum zur gesellschaftlichen Erwartung an das sexuelle Verhalten von Mann und Frau: Der Mann erobert, und die Frau leistet Widerstand - ohne Widerstand keine Eroberung. Trotz des Widerstandes muss die Frau aber Genuss empfinden, denn eine Eroberung ist nur erfolgreich, wenn der Mann die Frau zum "Höhepunkt" bringt.

Interessant ist in diesem Zusammenhang ein Blick auf die Untersuchung "Vergewaltigung als soziales Problem - Notruf und Beratung für vergewaltigte Frauen" (3). Die Verfasserinnen des Schlussberichtes, Ulrike Teubner, Ingrid Becker und Rosemarie Steinhage, zeigen darin auf, welche Vorstellungen von Sexualität der rechtlichen Erfassung von Sexualdelikten zugrunde liegen. Sie decken sich mit der psychoanalytischen und der biologisch-ethologischen Konzeption, welche beide nicht nur männliche Sexualität und Aggressivität verknüpfen, sondern auch biologisch legitimieren. Weibliche Sexualität ist in diesen Modellen "vor allem durch das Fehlen eigenständiger Bedürfnisse gekennzeichnet. Werden beide Rollen aufeinander bezogen, so ergibt sich - quasi natürlich - die Unterordnung der Frau unter die Interessen des Mannes. Die Funktion weiblicher Sexualität ist definiert im Hinblick auf männliche Bedürfnisse" (S. 29). Wie sehr auch "Erkenntnisse" über die biologische Fundiertheit solcher Sexualitätskonzeptionen ideologisch vorgeprägt sind, zeigen neuere sexualtheoretische Werke, welche als wissenschaftlich gesichertes Ergebnis in erster Linie eine starke gesellschafts- und kulturspezifische Determiniertheit des sexuellen Verhaltens feststellen. So halten Roland Fricker und Jakob Lerch in ihrem Buch "Zur Theorie der Sexualität und der Sexualerziehung" (4) fest: "Nach unseren Aussagen kann gesagt werden, dass Sexualität ein komplexes Produkt sozialer Interaktion darstellt, welches nicht durch biologische Fakten erklärt werden kann. Die Verhaltensmerkmale Lustgewinn, Triebhaftigkeit, Spannung, Befriedigung können in jedem Fall mit Sexualität vollumfänglich assoziiert werden oder nur unter bestimmten Bedingungen; entscheidend ist die Erkenntnis der sozialen und damit veränderbaren, aber auch ideologieabhängigen Bedingtheit ihres Inhaltes und ihrer Normierung."

Kehren wir zurück zu den Beweisschwierigkeiten bei der Feststellung des objektiven Tatbestandes der Vergewaltigung: Diese Schwierigkeiten wären auf das übliche Mass reduzierbar, wenn man bei der Beweiswürdigung nicht von veralteten

Konzepten natürlicher männlicher Aggressionen / bzw. weiblicher Passivität ausginge, sondern als Ausgangspunkt die Frau als Wesen mit einer eigenständigen Sexualität und der Fähigkeit zur Selbstbestimmung anerkennen würde, und somit ihr Nein als Nein und ihr Widerstand als Widerstand gelten liesse.

Dasselbe lässt sich für jene Probleme sagen, die sich der herrschenden Lehre und den Gerichten stellen, wenn objektiv gesichert ist, dass eine Vergewaltigung vorliegt, und sich als zweites die Frage stellt, ob der Täter auch gewusst habe, dass er Gewalt anwendet. Ein illustratives Beispiel bietet ein Entscheid des baselstädtischen Appellationsgerichtes aus dem Jahr 1971, welches den Angeklagten wegen fehlendem Vorsatz (fehlendem Wissen und Willen) freisprach. Feststand, dass die junge Frau anfänglich "gegen das Schmusen auf dem Bänklein nichts einzuwenden hatte und beim Zungenküssen zugegebenermassen mitmachte". Sie wehrte sich zwar, als der Angeklagte sie betasten wollte, doch meinte das Appellationsgericht: "Im Gegensatz zu seiner Partnerin war er (der Täter, Anm. der Verf.) in sexuellen Belangen bereits erfahren und wusste, dass bei jungen Mädchen zuweilen eine gewisse Gegenwehr zu überwinden ist." - Was im Klartext heisst, dass eine junge Frau sich irrt, wenn sie spontane Abwehr als echt erlebt, sie muss nämlich lernen, dass sie damit unnatürlich empfindet - "natürlich" ist weibliche Sexualität, wenn sie dem Wissen der Männer entspricht.

Weiter: Es war unbestritten, dass der Angeklagte die Frau längere Zeit durch die Strassen geschleppt hatte - sie setzte sich nämlich mehrmals auf den Boden und hielt sich an Laternenpfählen fest -, sie schliesslich über die Bahngeleise zog und sie aufforderte, einen 100 cm hohen Gartenzaun zu übersteigen. Die Frau weigerte sich und wollte davonlaufen. Der Täter drohte, er werde sie über den Zaun werfen und hob sie schliesslich mit Gewalt zuerst

auf die zugespitzten Holzlatten und nachher auf die andere Seite. Auch hier - befand das Appellationsbericht - konnte der Täter noch annehmen, dass die Frau keineswegs weiteren Zärtlichkeiten abgeneigt war, denn ein solcher Gartenzaun sei nicht ohne Mithilfe des Opfers zu überwinden; frau würde allerdings eine eventuelle Mithilfe des Opfers wohl eher in der vorangegangenen Drohung des Täters und in den zugespitzten Holzlatten begründet sehen! Da die junge Frau nicht einmal schrie, als sie anschliessend vom Täter entkleidet und auf den schneebedeckten Boden gelegt wurde, und "sogar" weisungsgemäss die Beine spreizte, kam das Gericht zum folgenden Schluss: "Es ist deshalb nach den gesamten Umständen nicht auszuschliessen, dass er den ... geleisteten Widerstand missverstanden, und ihn noch als geringfügig und harmlos empfunden hat, während das Mädchen in Wirklichkeit zermürbt war und längst resigniert hatte." Da der Täter zudem ausgesagt habe, sein Drang zum Geschlechtsverkehr sei nicht so stark gewesen, dass er ihn um jeden Preis hätte befriedigen müssen und dass er bei Gegenwehr sein Vorhaben aufgegeben hätte, stehe fest, dass auch kein Eventualvorsatz gegeben sei (was bedeuten würde, dass der Täter Gewaltanwendung zwar nicht direkt gewollt, sie jedoch in Kauf genommen hätte)!

Die herrschende Lehre ist sich einig, dass in solchen Fällen der Angeklagte freigesprochen werden muss, denn der Täter müsse nicht seine Unschuld beweisen, sondern das Gericht seine Schuld. Beständen Zweifel am Vorliegen des subjektiven oder objektiven Tatbestandes, so müsse nach dem Grundsatz "Im Zweifel für den Angeklagten" ein Freispruch erfolgen. Dabei wird jedoch regelmässig übersehen, dass es nicht darum geht, dem Angeklagten die Beweislast für seine Unschuld aufzubürden, sondern dass beim Vorliegen eines solchen Sachverhaltes bei anderen Delikten der Beweis schon längst als erbracht gelten würde. So entspricht es der gerichtlichen Praxis, dass beim Vorliegen von Körperverletzungen an Kopf-, Lungen-, Bauch- und Herzgegend, regelmässig geschlossen wird, der Täter habe schwere Körperverletzung (evtl. mit Todesfolge) mindestens in Kauf genommen - unabhängig

davon, ob der Täter aus-
sagt, er habe den Ange-
griffenen bloss leicht ver-
letzen wollen. Da sich
Wissen und Willen als in-
nere Vorgänge sowieso nie
direkt beweisen lassen,
erscheint der Schluss
vom allgemeinen Sachver-
halt auf den Vorsatz als
angemessen, wenn er der
allgemeinen Lebenserfah-
rung entspricht. Bezogen
auf das Verfahren der
Beweiswürdigung im Ver-
gewaltigungsprozess lässt
sich also feststellen,
dass sich die allgemeine
Lebenserfahrung der Rich-
ter mit der Täterperspek-
tive in der Regel sehr
weitgehend deckt...

Die neu eingeführten Entlastungsgründe des Revisionsvorschlages

Grosses Kopfzerbrechen
verursacht den Gerichten
jeweils, wenn zwischen
dem Täter und dem Opfer
bereits eine persönliche
Beziehung bestanden hat
und es schon einmal zu
einem einverständlichen Ge-
schlechtsverkehr gekommen
ist. Der revidierte Ge-
setzesvorschlag hat sich
dieses Problems angenom-
men und "gelöst" (Text
des bundesrätlichen Ent-
wurfs vgl. S. 73).

Abs. 2 von Art. 189 E
lautet:

"Liegen in der persönlichen Beziehung
zwischen Täter und Opfer entlastende
Umstände, so ist die Strafe Gefängnis."

In seiner Botschaft zur Revision des
Sexualstrafrechtes erklärt der Bun-
desrat, was er unter "entlastenden
Umständen" versteht: "Auch bei der
Vergewaltigung gibt es gewisse Um-



Wollüstiger Flaschenöffner
aus Chrom. Aus 'Gebrauchs-
objekt Frau', S. 8.

stände, die den Täter entlasten
... Es ist die Situation, in der
zwischen Täter und Opfer schon
vor der Tat eine intime Be-
ziehung bestanden hat, bei-
spielsweise längere Zeit hin-
durch einverständlicher Ge-
schlechtsverkehr gepflogen
wurde, die Partnerin jedoch un-
vermittelt die Bereitschaft
zum Beischlaf verweigert. (...) Mit dem Begriff der persönli-
chen Beziehung wird die intime
Bekannschaft zwischen dem
nachmaligen Opfer/Täter-Paar
umschrieben, die zwar nicht
lange gedauert haben, aber über
eine oberflächliche Begegnung
hinausgehen muss. Ein ent-
lastender Umstand dürfte (...) grundsätzlich in der Tatsache
einer eheähnlichen Gemein-
schaft" erblickt werden.
Der Schutz der Frau soll jedoch
auch in diesem Fall nur abge-
schwächt werden, wenn sie in
ihrer Bereitschaft zum ge-
schlechtlichen Verkehr dem Tä-
ter im Rahmen dieser Beziehung
sehr weit entgegengekommen
ist, sich ihm dann jedoch un-
mittelbar verweigert (5).

Den noch weitergehenden Vor-
schlag der Expertenkommission,
auch dann entlastende Umstände
anzunehmen, wenn die Verletzte
durch ihr Verhalten unmittelbar
Anlass zur Vergewaltigung ge-
geben habe (wenn sie sich z.B.
mit sexuellen Handlungen
leichterer Art einverstanden
erklärte), lehnt der Bundesrat
ab, nicht jedoch ohne darauf
hinzuweisen, dass der Fall,
wo die Verletzte den Täter zur
Vergewaltigung geradezu herausgefordert
habe, bereits durch den allgemeinen Mil-
derungsgrund der Provokation erfasst werde.

Mit dem Blick auf das durch den Verge-
waltigungstatbestand zu schützende Rechts-
gut der sexuellen Selbstbestimmung der
Frau, drängt sich auch hier die Frage auf,
wessen Selbstbestimmung da schliesslich

geschützt wird. Die Tatsache, dass eine Frau mit einem Mann aus freien Stücken eine intime Beziehung unterhält, wird gleichgesetzt mit einer Generaleinwilligung zu jederzeitigem weiteren Geschlechtsverkehr und der gleichzeitigen Aufgabe einer eigenständigen Motivation. Der Mann erwirbt mit dem Eingehen einer eheähnlichen Gemeinschaft Besitz an der weiblichen Sexualität. Setzt die Frau entgegen diesen Erwartungen die Grenzen der körperlichen Annäherung nach ihrem eigenen Empfinden, so wird sie vertragsbrüchig. Was eigentlich erschwerend wirken müsste - der Missbrauch eines Vertrauensverhältnisses -, wirkt sich zu Lasten der Frau aus. Wiederum eine patriarchale Sicht der Dinge, welche männliche Wahrnehmung nicht als solche erkennt, sondern objektiviert. Begründet wird dies wiederum mit Beweisschwierigkeiten. Im Rahmen einer Intimbeziehung sei Gewalt oft ein Element der Interaktion zwischen den Partnern. Wer könne da sagen, ob die vergewaltigte Frau nicht letztlich die Vergewaltigung selbst verschuldet habe?

Der Mythos der Mitschuld der Frau an ihrer Vergewaltigung findet erst recht Ausdruck im erwähnten Vorschlag der Expertenkommission und im Hinweis des Bundesrates auf den allgemeinen Milderungsgrund der Provokation. Beide Stellungnahmen gehen wiederum vom Konzept eines männlich-aggressiven Sexualtriebes aus, mit welchem jede Frau zu rechnen verpflichtet ist. Einmal gewährte Zärtlichkeiten begründen demnach Anspruch auf Geschlechtsverkehr, da einmal ausgelöste männliche Erregung nur noch unter grössten Anstrengungen beherrschbar ist. Was unter diesen Voraussetzungen für weibliche Sexualität noch übrig bleibt, ist schnell gesagt: Alles oder nichts. Umgekehrt, so würde man denken, müsste die Argumentation aussehen, wenn das Selbstbestimmungsrecht der Frau Ausgangspunkt wäre: der Mann müsste von vornherein damit rechnen, dass seine Partnerin ein anderes Bedürfnis nach der Intensität körperlicher Nähe haben

könnte als er. Soweit er damit nicht voll auf seine Rechnung kommt, müsste gelten, dass auch die Bürgerin "in einer Demokratie selber über ihr Verhalten entscheiden soll, wenn sie nicht durch ihr Handeln oder Unterlassen andere schädigt." (vgl. Günter Stratenwerth, S: 54ff). Der Schaden des Mannes in einer solchen Situation beschränkt sich auf eine momentane Frustration. Die notwendige Triebabfuhr kann er sich auch eigenhändig verschaffen.

Nach dem Gesagten lässt sich zusammenfassend feststellen, dass die Frau im Vergewaltigungsprozess infolge patriarchaler Beweiswürdigung durch die Gerichte beweisen muss, dass sie dem Täter - auch nicht durch ihre blosser Existenz - Anlass zur Vergewaltigung gab, dass ihr Widerstand echt und als solcher erkennbar war und dass sie, falls sie den Täter näher kannte, auch nicht "unberechtigt" die Einwilligung zum Beischlaf verweigerte. Dass dies nicht zuletzt dadurch, dass der verletzten Person viel weniger prozessuale Mittel zur Verfügung stehen als dem Angeklagten, ein hoffnungsloses Unterfangen ist, leuchtet ein.

Der revidierte Vergewaltigungsartikel - ein Verstoß gegen die Bundesverfassung

Seit dem 14. Juni 1981 ist die Gleichberechtigung von Mann und Frau in Art. 4 Abs. 2 der Bundesverfassung verankert. Gleichzeitig hat der Gesetzgeber den Auftrag, dafür zu sorgen, dass bestehende und zukünftige Gesetze die Gleichstellung von Mann und Frau verwirklichen. Gleichstellung und Gleichberechtigung bedeuten, dass Ungleichbehandlung nur noch zulässig ist, wenn sie mit Worten des Bundesgerichtes durch eine "biologische oder funktionale Differenz der Geschlechter" gerechtfertigt ist. Was eine funktionale Unterscheidung ist und wann sie zu Recht besteht, ist allerdings weitherum unklar. Das Bundesgericht neigt in seinen jüngsten Entscheidungen dazu, sich dabei auf die herrschende Rechtsauffassung abzustützen.

Unabhängig von diesem höchst problematischen Unterscheidungskriterium (wer bestimmt die herrschende Rechtsauffassung? Wie ist sie zu erkennen?) lässt sich für die geltende und die vorgeschlagene Fassung des Tatbestandes der Vergewaltigung festhalten, dass die gesellschaftliche Bestimmung der Frau als Objekt des männlichen Sexualtriebes nicht gerechtfertigt ist. Eine geschlechtliche Differenzierung des Rechtes auf sexuelle Selbstbestimmung lässt sich weder mit dem Recht auf persönliche Freiheit noch mit dem Gleichberechtigungsartikel vereinbaren.

Ausgehend vom gesetzgeberischen Auftrag, nicht nur formale Gleichberechtigung durchzusetzen, sondern auch für eine faktische Gleichstellung zu sorgen, müsste ein revidierter Vergewaltigungstatbestand folgende Forderungen erfüllen:

- die systematische Unterstellung unter die Straftaten gegen die Freiheit und Herabsetzung des Strafrahmens auf ein mit ähnlichen Straftaten vergleichbares Mass;
- die Streichung von Entlastungsgründen, welche das Selbstbestimmungsrecht der Frau einschränken;
- eine Zusammenfassung der Tatbestände Vergewaltigung und Nötigung zu anderen unzüchtigen Handlungen zu einem gemeinsamen Tatbestand der sexuellen Gewalt, ohne Unterscheidungen nach Geschlecht und Zivilstand.

Daneben sind sowohl auf Bundesebene wie auch in den kantonalen Prozessgesetzen Massnahmen vorzusehen, die die Stellung der Opfer von sexuellen Gewaltdelikten verbessern.

Anmerkungen

- 1) Frankfurt a.M., 1980, S. 287.
- 2) Jenny Guido, Angriffe auf die sexuelle Freiheit: Art. 187 und 188 des Schweizerischen Strafgesetzbuches, Basel und Stuttgart 1977, S. 97.
- 3) In: Schriftenreihe des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit, Band 141, Bonn 1983.
- 4) Weinheim und Basel 1976.
- 5) Botschaft über die Aenderung des Schweizerischen Strafgesetzbuches und des Militärstrafgesetzes (Strafbare Handlungen gegen Leib und Leben, gegen die Sittlichkeit und gegen die Familie) vom 26. Juni 1985; BBl 1985 II 1073.

Les éléments constitutifs du viol à la lumière du principe d'égalité fixé à l'article 4, 2e alinéa de la Constitution. Résumé

de Barbara Fischer

Que ce soit le libellé, dans la législation, des éléments constitutifs du viol, ou l'application du droit, ou notamment l'appréciation des preuves par le tribunal lors d'un procès, tout concourt à mettre la femme dans une situation telle qu'elle se demande: "Mais qui est l'accusé, lui ou moi?"

La législation et l'application du droit sont fondées sur une conception patriarcale de la sexualité qui ne reconnaît pas l'attitude de l'homme en tant que telle mais objective son comportement. Le simple fait que le viol hétérosexuel soit considéré comme une infraction à part et que le cadre de la peine qui le sanctionne soit relativement élevé montre qu'il ne s'agit pas uniquement de protéger la liberté de chacun de décider de sa vie sexuelle, mais d'assurer à l'homme une protection juridique pour satisfaire un besoin dépassé de possession exclusive de la sexualité féminine.

L'idée que la société se fait de la "nature" d'une "femme convenable" a pour conséquence, dans un procès pour une affaire de viol, que la victime doit apporter la preuve d'une réelle résistance visible pour l'auteur. L'adoption, par le tribunal, du point de vue de l'auteur du viol se traduit par l'acquiescement de ce dernier si l'on ne peut exclure la possibilité qu'il a cru que la femme était consentante malgré la résistance qu'elle lui a opposée, ce qui revient à dire que la femme n'est pas capable de se prendre en charge. Cet-

te optique repose aussi sur des théories dépassées justifiant par la biologie un lien étroit entre la sexualité masculine et l'agression, et voyant dans la sexualité féminine uniquement un complément à celle de l'homme.

Il en est de même des circonstances atténuantes prévues dans le projet de révision des éléments constitutifs du viol, lorsque l'auteur et la victime avaient entretenu des rapports étroits avant le viol. Dans ce cas également, le législateur ne vise en fait pas à assurer à la femme la liberté de décider de sa vie sexuelle, mais bien à protéger l'attente de l'homme quant à la disponibilité de sa partenaire.

La modification des éléments constitutifs du viol telle qu'elle est proposée dans la révision ne suffit donc en aucune manière aux exigences résultant de l'article 4, 2e alinéa de la Constitution en matière d'égalité des droits entre hommes et femmes. Il importe

- de ranger systématiquement le viol dans les infractions à la liberté et de faire passer le cadre la peine au même niveau que des infractions comparables;
- de supprimer les circonstances atténuantes limitant le droit de la femme à disposer d'elle-même;
- de mettre ensemble les éléments constitutifs du viol et de la contrainte à d'autres actes contraires à la pudeur, de manière à ce qu'ils appartiennent à une seule catégorie regroupant les éléments constitutifs de la violence sexuelle indépendamment du sexe de l'intéressé et de son état civil.

Les lois fédérales et cantonales applicables aux procès doivent par ailleurs prévoir des mesures de nature à améliorer la situation des victimes de violences d'ordre sexuel.

(Traduction: Lisē Knöpfel)

La fattispecie dello stupro alla luce del precetto dell'eguaglianza sancito dall'art. 4 cpv. 2 Cost.

Riassunto

di Barbara Fischer

Sia la formulazione giuridica della fattispecie dello stupro sia l'applicazione della legge e, in particolare, la valutazione delle prove da parte dei tribunali in sede di processo sono tali che la donna, dopo aver subito lo stupro, debba chiedersi: "Ma, dopotutto, l'accusato sono io o è lui?"

La legiferazione e l'applicazione della legge poggiano su una concezione patriarcale della sessualità che non accetta la relatività del comportamento maschile. Il fatto di considerare lo stupro eterosessuale come una fattispecie specifica - per la quale può essere comminata una pena relativamente pesante - rivela non solo la preoccupazione di difendere l'autodeterminazione sessuale ma altresì quella di assicurare una tutela giuridica alle ormai sorpassate esigenze maschili in fatto di appropriamento esclusivo della sessualità femminile.

Nel processo per violenza carnale, l'ideale sociale della donna "perbene" si ripercuote fino a costringere la vittima a provare il suo sforzo di resistenza univoca e riconoscibile come tale da parte dell'accusato. Se il tribunale si cala nella prospettiva dello stupratore, questi può essere assolto non appena risulti escluso che - nonostante la decisa resistenza opposta dalla donna - egli abbia potuto confidare nell'accodiscendenza della vittima. Ciò dimostra che, in ultima analisi, alla donna viene negata la capacità di autodeterminazione. Una simile concezione si

basa su idee ormai superate, riprese dalle teorie sessuologiche che legittimano dal profilo biologico il legame tra sessualità maschile e aggressività, e definiscono la sessualità femminile come accessoria.

Alla stessa concezione è riconducibile l'attenuante prevista dal progetto di revisione per il caso in cui tra autore e vittima fosse esistito un rapporto intimo prima che venisse consumato lo stupro. Anche qui, la preoccupazione fondamentale non è di tutelare l'autodeterminazione della donna in materia sessuale, bensì di difendere le aspettative maschili circa la disponibilità sessuale della compagna.

Anche la proposta per la modificazione della fattispecie dello stupro non corrisponde in alcun modo ai requisiti derivanti dall'art. 4 cpv. 2 Cost. in fatto di eguaglianza tra uomo e donna. Quel che ci vuole è:

- l'assimilazione sistematica dello stupro ai reati contro la libertà personale, con riduzione della quota della pena al livello degli altri reati paragonabili,
- la soppressione delle attenuanti che limitano il diritto all'autodeterminazione della donna,
- un'assimilazione delle fattispecie dello stupro e della costrizione ad altri atti contro il buoncostume nell'unica fattispecie della violenza sessuale, senza differenziazione alcuna per sesso o stato civile.

Inoltre, sia sul piano federale sia nelle legislazioni processuali cantonali, andranno previste misure atte a migliorare la posizione delle vittime di reati sessuali violenti.

(Traduzione: Romana Camani-Pedrina)

Die Tätigkeit der Eidg. Kommission für Frauenfragen im Jahre 1985

Für die rechtliche und gesellschaftliche Stellung der Frauen war das Jahr 1985 auf nationaler wie auch internationaler Ebene von grosser Bedeutung: Die beiden herausragenden Ereignisse, die positive Volksabstimmung zum neuen Eherecht sowie die Weltfrauenkonferenz in Nairobi zum Abschluss der UNO-Dekade der Frauen, beschäftigten auch die Eidg. Kommission für Frauenfragen.

Im Vorfeld der Abstimmung vom 22. September hatte die Eidg. Kommission für Frauenfragen einen Argumentenkatalog zum neuen Eherecht herausgegeben, der in der Öffentlichkeit auf ein grosses Echo stiess und noch vor dem Abstimmungswochenende vergriffen war. Der positive Ausgang der Abstimmung bestärkt die Kommission, sich im Sinne ihrer bisherigen Bemühungen auch im kommenden Jahr für eine konsequente Verwirklichung der Gleichstellung von Frau und Mann einzusetzen.

An der offiziellen Konferenz wie auch am Forum 85 in Nairobi war die Kommission vertreten. Damit verbunden war eine intensive Mitwirkung bei den Vor- und Nachbereitungsarbeiten. Mit der Verabschiedung des Strategiendokumentes kann aber für die Kommission die Arbeit "rund um Nairobi" nicht abgeschlossen sein: in nächster Zeit geht es darum, Umsetzungsmöglichkeiten für die Schweiz zu entwickeln und die Strategien in konkrete Gleichstellungsmassnahmen umzuwandeln.

Für die Legislaturperiode 1985-1988 wurde das Vizepräsidium der Kommission neu bestellt. Wiedergewählt wurden dabei die bisherige Vizepräsidentin Gabrielle

Nanthen und der bisherige Vizepräsident Emil Kamber. Auf den 1. Juni hat als Sekretärin der Kommission Frau Dr.iur. Claudia Kaufmann in der Nachfolge von Frau Dr.iur. Elisabeth Veya ihre Arbeit aufgenommen.

1985 war für die Kommission ein äusserst arbeitsintensives Jahr. Mit 14 Sitzungen des Geschäftsausschusses, 4 Treffen der Arbeitsgruppen und 7 Plenarsitzungen ist die Kommission an die Grenzen ihrer Arbeitskapazität gestossen. Bei den bestehenden finanziellen und personellen Mitteln musste auf eine Ausweitung der Tätigkeiten verzichtet werden.

1 Sitzungen

11 Plenarsitzungen

An insgesamt sieben Sitzungstagen (5.2., 30.4., 4./5.6., 16./17.9., 28.11.) behandelte die Kommission u.a. folgende Schwerkgewichtsthemen: Unterzeichnung der UNO-Konvention zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau durch die Schweiz; Stellungnahme zur Abstimmung der Volksinitiative "Recht auf Leben"; Argumentarium im Hinblick auf die Abstimmung über das neue Eherecht; Sonderschutzbestimmungen für die Frauen im öffentlichen Arbeitsrecht; Vorschlag einer Stabsstelle für Frauenfragen im Zusammenhang mit dem hängigen Postulat Hubacher; Frauen und Massenmedien; erste Diskussion des Gesamtberichtes über die Stellung der Frau in der Schweiz.

12 Arbeitsgruppen

Für die Ausarbeitung eines Modells einer Stabsstelle zur Gleichstellung von Frau und Mann im Rahmen der Behandlung des stets noch unbeantworteten Postulats Hubacher traf sich eine 6-köpfige Arbeitsgruppe zu insgesamt fünf Sitzungen. Nachdem ver-

schiedene solcher und ähnlicher Stellen im In- und Ausland geprüft wurden, entwarf die Arbeitsgruppe zuhanden der Kommission einen Vorschlag, der an einer Plenarsitzung bereinigt und verabschiedet werden konnte. Auf Einladung von Bundesrat Stich erhielten die Kommissionspräsidentin und die -sekretärin die Gelegenheit, in einem gemeinsamen Gespräch mit dem Vorsteher des Finanzdepartementes das Modell näher vorzustellen und zu erläutern.

2 Publikationen

21 F-Frauenfragen

Dieses Jahr erschienen 4 Nummern des Bulletins der Eidg. Kommission für Frauenfragen. Die erste war vollumfänglich der Auseinandersetzung mit dem am 22. September zur Abstimmung gelangenden revidierten Eherecht gewidmet. Sie enthielt einen von lic.iur. Ruth Reusser ausgearbeiteten und von Bundesrätin Elisabeth Kopp eingeleiteten Katalog der Argumente für das neue Eherecht, welcher auf alle wichtigen gegnerischen Einwände eingeht und die vom Gesetz vorgesehenen Neuerungen erläutert.

Die Nummer 2/85 behandelte im Zusammenhang mit dem MUBA-Frauentag zum selben Thema die Stellung der Frauen in einigen grösseren Schweizer Unternehmen (einschliesslich der Bundesverwaltung). Insbesondere wurden die verschiedenen Förderungsmaßnahmen für Frauen sowie deren Erfolge unter die Lupe genommen.

Die dritte Nummer war wiederum ausschliesslich einem Thema gewidmet, nämlich Frauen und Gesundheit. Der Bericht, welchen die Autorengruppe SOMIPOPS (Sozio-Medizinisches Indikatorensystem der Population der Schweiz), E. Zemp, R.E. Leu, F. Gutzwiller, R.J. Doppmann, im Auftrag der Kommission über ihre repräsentative Gesundheitsbefragung der Schweizer Wohnbevölkerung erstellt hatte, konnte in dieser Form einer interessierten Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden. In ihrem anschliessenden Kommentar zum Bericht stellte die Kommission zusammenfassend fest, dass die Ursachen der im Vergleich zu den Männern höheren Lebenserwartung der Frauen, ihrer grösseren Morbidität und stärkeren

ren Inanspruchnahme medizinischer Leistungen sehr komplex sind. Aus der vorliegenden Untersuchung über die subjektiv eingeschätzte Gesundheit könnten keine eindeutigen Schlüsse im Hinblick auf sozialpolitische Regelungen gezogen werden. Deshalb regte die Kommission weitere gründliche Untersuchungen dieser Frage an, z.B. im Rahmen eines nationalen Forschungsprogrammes.

Die letzte Nummer dieses Jahres schliesslich war hauptsächlich der Weltfrauenkonferenz in Nairobi zum Abschluss der UNO-Frauendekade gewidmet. Verschiedene Teilnehmerinnen an der Konferenz und v.a. am Forum der Nicht-Regierungs-Organisationen berichteten über die geleistete Arbeit und ihre Eindrücke, während Zuhausegebliebene die Bedeutung der Konferenz, der dort behandelten Probleme und der verabschiedeten Empfehlungen für ihre Arbeit hier in der Schweiz einzuschätzen versuchten.

22 Pressemappe / Dokumentationsstelle

Auch in diesem Jahr wurde monatlich eine Pressemappe mit Zeitungsartikeln über die wichtigsten frauenrelevanten Ereignisse an die Kommissionsmitglieder sowie an zahlreiche weitere Interessierte verschickt. Die Bibliothek, welche von StudentInnen, JournalistInnen, PolitikerInnen usw. benützt wird, konnte durch Neuerscheinungen im Bereich der Frauenforschung und Frauensachbücher ergänzt werden. Zur Entlastung wurde eine grössere Zahl von Doubletten bzw. nicht in den Sammelbereich der Dokumentationsstelle fallender Publikationen dem Sozialarchiv in Zürich vermacht.

3 Verschiedenes

31 Frauen und Massenmedien

Im Zusammenhang mit einem Forschungsprojekt des Institutes für Journalistik und Kommunikationswissenschaften der Universität Freiburg zum Thema Frauen und Massenmedien hat die Kommission drei Kapitel ermöglicht. Diese Beiträge wurden an einer Plenarsitzung inhaltlich diskutiert und verabschiedet. Die Publikation

ist - mit einer Stellungnahme der Kommission - für das Jahr 1986 vorgesehen.

32 Sonderschutzbestimmungen im Arbeitsrecht

Im Hinblick auf die ILO-Konferenz im Juni 1985 in Genf hat die Kommission einen Expertenbericht über die Sonderschutzbestimmungen für die Frauen im öffentlichen Arbeitsrecht verabschiedet. Der Bericht fällt zusammen mit der aktuellen Diskussion über das Nachtarbeitsverbot für Frauen. Bericht und Kommentar der Kommission wurden dem BIGA bzw. der schweizerischen ILO-Konferenzdelegation übergeben. Diese Publikation erscheint Ende 1985 in deutscher Sprache und wird im Frühling 1986 in französischer Sprache erhältlich sein.

33 UNO-Weltfrauenkonferenz in Nairobi - Forum 85

An den verwaltungsinternen Vorbereitungsarbeiten für Nairobi wirkte der Geschäftsausschuss und das Sekretariat mit; ein Kommissionsmitglied nahm am UNO-Seminar über die Rolle von Frauen in der Wirtschaft in Wien teil. Die Kommission war an der offiziellen Konferenz durch die Präsidentin wie auch am Forum 85 durch die Präsidentin und die Vizepräsidentin vertreten. Auf Einladung der Kommission fand anschliessend ein Treffen der Schweizer Teilnehmerinnen am Forum statt, um mögliche weitere gemeinsame Schritte zu diskutieren.

34 Besuch der Anstalten in Hindelbank

Der neue Direktor der Anstalten in Hindelbank, Peter Eggen, zeigte sich an einem erneuten Kontakt mit der Kommission interessiert, nachdem diese im Jahre 1978 den (inzwischen vergriffenen) Bericht "Strafvollzug an Frauen in der Schweiz" herausgegeben hatte. Anlässlich eines Besuches der Anstalten wurden die Kommissionsmitglieder über das neue Konzept und die Vollzugsarbeit informiert.

35 Rechtsetzungsprogramm

Der Geschäftsausschuss benützte die Gelegenheit, zum Rechtsetzungsprogramm "Gleiche Rechte für Mann und Frau", das vom Bundesamt für Justiz erarbeitet wurde, kurz vor dessen Verabschiedung schriftlich Stellung zu nehmen und Änderungen resp. Ergänzungen anzuregen.

36 Internationale Organisationen

Informationsfluss und Kontakte zwischen der Kommission und den internationalen Gremien des Europarates waren durch die Mitarbeit der Vizepräsidentin im Comité pour l'égalité entre les femmes et les hommes (CAHFM) gesichert. Als wesentlichste Aufgabe beschäftigte das CAHFM dieses Jahr die Vorbereitung der Ministerkonferenz vom März 1986 zum Thema Gleichstellung von Frau und Mann.

* * *

Tätigkeitsprogramm 1986

10 Jahre Eidg. Kommission für Frauenfragen

Im Jahre 1986 wird die Eidg. Kommission für Frauenfragen ihr zehnjähriges Bestehen feiern können. Anlass genug, um Bilanz zu ziehen - über Erreichtes wie auch noch Anzugehendes. Der richtige Moment also auch, um die Arbeiten rund um die Gesamtpublikation zur Stellung der Frau in der Schweiz abzuschliessen und diesen wichtigen Bericht zu veröffentlichen.

Des Weiteren ist vorgesehen, den Kontakt mit Frauenorganisationen zu intensivieren, mit anderen - insb. auch kantonalen - Organen, die sich mit Gleichberechtigungsfragen beschäftigen, über die Entwicklung schweizerischer Gleichstellungspolitik zu diskutieren, neue Aktivitäten zu planen. Erneut eine Gelegenheit, über die bisherige Arbeit zu berichten und der Öffentlichkeit neue Projekte der Frauenkommission vorzustellen.

Frauen und Massenmedien

Die Kommission wird sich mit den Ergebnissen des Forschungsprojektes des Instituts für Journalistik und Kommunikationswissenschaft der Universität Freiburg zum Thema Frauen und Massenmedien eingehend befassen und ihre Stellungnahme zu dieser Studie publizieren.

Revision des Scheidungsrechts

Nach dem Abschluss der Eherechtsrevision wird die Expertenkommission zur Reivision des Scheidungsrechts ihre Arbeit wieder aufnehmen. Die Frauenkommission nimmt im Laufe des Jahres die Gelegenheit wahr, sich in einer Eingabe zu wesentlichen Fragen der Revision zu äussern.

Frauen und Sozialversicherung

2. Säule, KMVG-Revision, 10. AHV-Revision, stellen gewichtige - wenn auch teilweise erst geplante - Elemente des schweizerischen Sozialversicherungssystems dar, die für die gesellschaftliche Stellung der Frauen von besonderer Bedeutung sind. Grund genug für die Kommission, sich eingehend mit dem umfassenden Thema "Frauen und Sozialversicherung" zu beschäftigen.

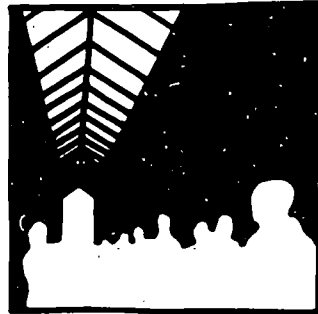
F-Frauenfragen

Wie bisher wird das Organ der Kommission in 2 bis 4 Nummern erscheinen und frauenrelevante Themen behandeln.

Aktuelles

Die Kommission wird sich bemühen, jeweils aktuelle Probleme aufzugreifen und zu anstehenden politischen Fragen Stellung zu nehmen. In diesem Sinn wird die Kommission im kommenden Jahr ihr - im Zusammenhang mit dem stets noch offenen Postulat Hubacher erarbeitetes - Modell einer Stabsstelle im Auge behalten. Als aktuelle Gesetzesvorlage ist die Revision des Sexualstrafrechts für die Kommission von Interesse. Als ein wichtiger Schritt zur Umsetzung

des Verfassungsartikels "Gleiche Rechte für Mann und Frau" sind vom Rechtsetzungsprogramm des Bundes wichtige Impulse zu erwarten. Schliesslich hat die Kommission - als neue Aufgabe - dem Fragenkomplex der "neuen Technologien" Beachtung zu schenken.



Abends

Auf einmal mußte ich singen -
Und ich wußte nicht warum?
- Doch abends weinte ich bitterlich.

Es stieg aus allen Dingen
Ein Schmerz, und der ging um
- Und legte sich auf mich.

Sein Blut

Am liebsten pflückte er meines Glückes
Letzte Rose im Maien
Und würfe sie in den Rinnstein.
Sein Blut plagt ihn.

Am liebsten lockte er meiner Seele
Zitternden Sonnenstrahl
In seine düstre Nächtequal.

Am liebsten griff er mein spielendes Herz
Aus wiegendem Lenzhauch
Und hing es auf wo an einem Dornstrauch
.... Sein Blut plagt ihn.

Les activités de la Commission fédérale pour les questions féminines en 1985

L'année dernière a été particulièrement riche en événements au niveau national et international en ce qui concerne le statut juridique et social de la femme. Le travail de la Commission a en effet été marqué par la votation populaire sur le nouveau droit matrimonial et la Conférence mondiale de la femme organisée par l'ONU à Nairobi au terme de la Décennie des Nations Unies pour la femme.

Le "catalogue d'arguments" préparé par la Commission en vue du scrutin du 22 septembre sur le nouveau droit matrimonial a remporté un tel succès dans le public que les stocks étaient épuisés avant le week-end de votation. Aux yeux de la Commission, l'issue positive du scrutin apporte une confirmation de la nécessité de poursuivre ses efforts dans le sens d'une concrétisation de l'égalité entre la femme et l'homme.

Représentée à la conférence officielle et au Forum 1985 de Nairobi, la Commission a participé aux nombreux travaux qui ont précédé et suivi ces rencontres. Mais elle ne saurait considérer que l'adoption d'un document sur les stratégies prospectives d'action pour la promotion de la femme jusqu'en l'an 2000 mette un point final à toutes les activités qui ont entouré Nairobi car il faudra examiner les possibilités de mise en oeuvre dans le cas de la Suisse et transformer les stratégies en mesures de nature à instaurer l'égalité.

Les deux personnes qui assument la vice-présidence de la Commission ont été réélues pour la législature 1985-1988: il s'agit de Mme Gabrielle Nanchen et de M. Emil Kamber. Le 1er juin, Mme Claudia Kaufmann, Dr en droit, est entrée en fonctions en tant que secrétaire de la Commission, succédant à Mme Elisabeth Veya, Dr en droit.

En 1985, la Commission a été particulièrement active, pour ne pas dire débordée, puisqu'il a fallu préparer 14 séances de bureau, 4 rencontres de groupes de travail et 7 réunions plénières, sans compter la Conférence mondiale de la femme des Nations Unies. Les capacités limitées de la Commission du point de vue du personnel et des finances l'ont obligée à renoncer à toute extension de ses activités.

1 Réunions

11 Réunions plénières

Les thèmes principaux de sept jours de réunion (5.2., 30.4., 4./5.6., 16./17.9., 28.11.) de la Commission ont été la signature par la Suisse de la Convention des Nations Unies sur l'élimination de toutes les formes de discrimination à l'égard des femmes une prise de position au sujet de l'initiative populaire "Pour le droit à la vie", une liste d'arguments en vue de la votation sur le nouveau droit matrimonial, les dispositions du droit public du travail prévoyant une protection spéciale des femmes, la création d'un état-major de la condition féminine (en relation avec le postulat Hubacher encore en suspens), les femmes et les mass media, et un premier examen du rapport global sur la situation de la femme en Suisse.

12 Groupes de travail

Un groupe de travail de 6 membres s'est réuni à cinq reprises pour mettre au point un projet d'état-major chargé de l'égalité entre la femme et l'homme, dans le cadre de l'examen du postulat Hubacher qui n'a pas encore reçu de réponse. Après s'être penché sur plusieurs organismes analogues en Suisse et à l'étranger, il a préparé une proposition qui a été revue et adoptée par la Commission en réunion plénière. Invitées par le Conseiller fédéral Stich, la présidente et la secrétaire de la Commission ont en outre eu l'occasion d'expliquer leur projet au chef du Département des finances.

2 Publications

21 F-Questions au féminin

La Commission a publié 4 numéros du "F". Le premier a été entièrement consacré au débat concernant la votation du 22 septembre sur le nouveau droit matrimonial. Comprenant une liste d'arguments rédigée par Ruth Reusser, linciée en droit, et préfacée par la Conseillère fédérale Elisabeth Kopp, ce cahier met en exergue les principales objections des adversaires du projet et les innovations prévues par la loi.

S'inspirant du thème de la Journée de la femme mise sur pied par la Foire Suisse d'Echantillons, la Commission s'est penchée dans le numéro 2/85 sur la situation de la femme dans plusieurs grandes entreprises de notre pays (y compris l'administration fédérale), et, plus particulièrement, sur les mesures prises en faveur des femmes et les succès remportés dans ce domaine.

Le troisième bulletin s'est lui aussi concentré sur un seul sujet: les femmes et la santé. Il s'agit d'un rapport établi à la demande de la Commission par le Groupe d'auteurs SOMIPOPS (Système des indicateurs socio-médicaux de la population suisse) constitué par E. Zemp, R.E. Leu, F. Gutzwiller et R.J. Doppmann, qui a effectué

un sondage représentatif sur l'état de santé de la population suisse, dont les résultats ont ainsi été rendus accessibles à chacun. La Commission a assorti le rapport d'un commentaire dans lequel elle conclut que les raisons expliquant une espérance de vie supérieure des femmes en comparaison des hommes ainsi qu'une morbidité et une demande de soins médicaux plus élevées chez les femmes sont particulièrement complexes, si bien que le sondage, qui portait sur la santé telle qu'elle est ressentie subjectivement par les intéressés, n'a pas abouti à des résultats suffisamment clairs pour justifier des mesures de politique sociale. La Commission a donc proposé que des études plus approfondies soient menées sur cette question, par exemple dans le cadre d'un programme national de recherche.

Quant au dernier numéro de l'année, il a été principalement consacré à la Conférence mondiale de la femme qui s'est déroulée à Nairobi à l'issue de la Décennie des Nations Unies pour la femme. Des participantes à la conférence et, surtout, au Forum des organisations non gouvernementales ont présenté le travail accompli et donné leurs impressions, tandis que celles qui étaient restées ici ont examiné du point de vue de leurs activités en Suisse l'impact de la conférence, les problèmes traités à Nairobi ainsi que les propositions qui y ont été adoptées.

22 Revue de la presse / Service de documentation

Comme de coutume, une revue mensuelle de la presse sur les événements les plus marquants pour la condition féminine a été adressée aux membres de la Commission ainsi qu'à de nombreux intéressés. La bibliothèque, qui est utilisée notamment par des étudiantes et étudiants, des journalistes et les milieux politiques, peut s'enorgueillir d'une série de nouvelles acquisitions sur la recherche féministe et autres questions féminines. Pour disposer de davantage de place, la bibliothèque a remis aux "Sozial-archiv" de Zurich toutes les publications qu'elle avait à double et les ouvrages étrangers à son champ d'activité.

3 Divers

31 Les femmes et les mass media

La Commission a contribué à la rédaction de trois chapitres d'un rapport consacré aux femmes et aux mass media dans le cadre d'un projet de recherche de l'Institut de journalisme et de communications sociales de l'Université de Fribourg. Elle a discuté et adopté ce texte en réunion plénière. Le rapport sera publié en 1986 et comprendra une prise de position de la Commission.

32 Protection spéciale des femmes dans le droit du travail

La Commission a approuvé, en vue de la Conférence internationale du travail organisée à Genève en juin 1985, un rapport d'expert sur les dispositions du droit public du travail prévoyant une protection spéciale des femmes, qui coïncide avec le débat actuel sur l'interdiction du travail de nuit des femmes. Le rapport et le commentaire de la Commission ont été adressés à l'OFIAMT et à la délégation suisse présente à la conférence de l'OIT. Cette publication parue à la fin de 1985 en langue allemande sera disponible en français dès le printemps.

33 Conférence mondiale des Nations Unies pour la femme à Nairobi - Forum 85

Le bureau et le secrétariat de la Commission ont pris part à la préparation de la Conférence au sein de l'administration fédérale; une des membres de la Commission s'est rendue à Vienne, au séminaire de l'ONU consacré au rôle économique des femmes. A la conférence officielle, la Commission était représentée par la présidente; au Forum 85, par la présidente et la vice-présidente. La Commission a ensuite invité les participantes suisses au Forum à une rencontre pour débattre des démarches qui dorénavant pourraient être entreprises en commun.

34 Visite des établissements de Hindelbank

Le nouveau directeur des établissements de Hindelbank, Peter Eggen, s'est dit intéressé à une reprise de contact avec la Commission qui avait publié en 1978 un rapport intitulé "Exécution pénale pour les femmes en Suisse" (épuisé). Une visite de Hindelbank a permis aux membres de la Commission de connaître l'exécution des peines ainsi que le système mis au point par M. Eggen.

35 Programme législatif

Peu avant l'adoption du programme de mesures législatives visant à l'égalité des droits entre hommes et femmes qui avait été élaboré par l'Office fédéral de la justice, le bureau de la Commission a donné son avis par écrit et a proposé des modifications et adjonctions.

36 Organisations internationales

En participant aux travaux du Comité pour l'égalité entre les femmes et les hommes (CAHFM), la vice-présidente a assuré un échange d'informations et des contacts entre la Commission et les organes internationaux du Conseil de l'Europe. Cette année, les activités du CAHFM ont essentiellement porté sur la préparation de la Conférence ministérielle européenne sur l'égalité entre les femmes et les hommes qui aura lieu en mars 1986.

* * *

Programme d'activité 1986

La Commission fédérale pour les questions féminines a dix ans

En 1986, la Commission fêtera son dixième anniversaire. C'est l'occasion de faire un bilan des objectifs qui ont été atteints et de ceux qui doivent encore l'être. Par ailleurs, l'heure est venue de mettre un terme aux travaux devant aboutir à un rapport global sur la situation de la femme en Suisse et de publier cet important ouvrage.

Il est en outre prévu d'intensifier les relations avec les associations féminines, de discuter de l'évolution de la politique de notre pays en matière d'égalité des droits avec d'autres organes - notamment cantonaux - chargés des questions d'égalité, ainsi que de mettre au point des activités nouvelles. La Commission pourra en profiter pour parler de ses réalisations et présenter de nouveaux projets au grand public.

Les femmes et les mass media

La Commission va examiner les résultats du projet de recherche lancé par l'Institut de journalisme et de communications sociales de l'Université de Fribourg sur le sujet "femmes et mass media" et donner son point de vue sur cette étude.

Révision du droit du divorce

La révision du droit matrimonial étant achevée, la Commission d'experts chargée de la révision du droit du divorce va reprendre ses activités. Au cours de l'année, la Commission aura l'occasion de se prononcer sur les principaux points de cette révision et de faire des propositions.

Les femmes et les assurances sociales

Le 2ème pilier, la révision de la loi sur l'assurance-maladie et maternité (LAMM) et la 10ème révision de l'AVS sont des pièces maîtresses du système suisse des assurances sociales qui - même si certaines sont à l'état de projet - revêtent une importance particulière pour le statut des femmes dans notre société. D'où la nécessité, pour la Commission, de réfléchir sur la vaste question des "femmes et assurances sociales".

F-Questions au féminin

L'organe de la Commission, qui traite de la condition féminine, paraîtra comme tous les ans à deux, trois ou quatre reprises.

Sujet d'actualité

La Commission tâchera d'examiner les problèmes de l'heure et de donner son avis sur les questions politiques demandant à être résolues. C'est dans cet esprit que la Commission maintiendra en 1986 son projet d'état-major, projet élaboré à la suite du dépôt du postulat Hubacher encore en suspens. On relèvera sur le plan législatif l'intérêt que revêt pour la Commission la révision du droit pénal en matière sexuelle. Le programme législatif de la Confédération représente un outre une étape importante de la mise en oeuvre de l'article constitutionnel sur l'égalité des droits entre hommes et femmes et sera certainement suivi d'effets non négligeables. Enfin, et il s'agit ici d'une tâche supplémentaire, la Commission ne manquera pas de se pencher sur le phénomène des techniques nouvelles.

(Traductions: Lise Knöpfel)

ERRATA - F 4/85

p. 38, 2e paragraphe, 2e ligne:
"sous" et non pas "sans"

p. 38, 4e paragraphe, 11e ligne:
...par les diverses formes d'excision partielle ou totale du clitoris, l'ablation...

L'attività della Commissione federale per i problemi della donna nel corso del 1985

Per la condizione giuridica e sociale della donna, il 1985 fu un anno di grande importanza, tanto a livello nazionale quanto a quello internazionale. Nei due avvenimenti salienti - l'esito positivo della votazione popolare sul nuovo diritto matrimoniale e la Conferenza mondiale delle donne tenutasi a Nairobi in chiusura del Decennio della donna voluto dall'ONU - è stata coinvolta pure la Commissione federale per i problemi della donna.

In preparazione alla votazione del 22 settembre, la Commissione federale per i problemi della donna ha pubblicato un catalogo di argomenti relativi al nuovo diritto matrimoniale. L'accoglienza riservatagli fu tale, che andò esaurito ancor prima dell'appuntamento con le urne. Il buon esito della votazione ha incoraggiato la Commissione: essa si prodigherà con zelo indefesso anche l'anno prossimo per la realizzazione della parità tra donna e uomo.

A Nairobi, la Commissione è stata rappresentata sia alla conferenza ufficiale sia al Forum 85. A ciò va aggiunta un'intensa collaborazione preparatoria e conclusiva. Comunque, anche con l'accettazione del documento sulle strategie, il lavoro "per Nairobi" della Commissione non è affatto da considerarsi concluso: ora si tratterà di studiare le possibilità di realizzazione per la Svizzera, e di trasformare le strategie in concreti provvedimenti di parificazione.

Per la legislatura 1985-1988 si è dovuto provvedere alle nomine per la vicepresidenza. Rieletti furono gli attuali vice-presidenti Gabrielle Nanchen e Emil Kamber. La giurista dott. Claudia Kaufmann è subentrata il 1° giugno alla dott. Elisabeth Veya quale segretaria della Commissione.

Il 1985 fu per la Commissione un anno oltremodo impegnativo. Con 14 sedute del comitato esecutivo, 4 riunioni dei gruppi di lavoro, 7 sedute plenarie e gli intensi preparativi per la Conferenza mondiale delle donne convocata dall'ONU, la Commissione ha raggiunto il limite delle sue capacità lavorative. I mezzi finanziari e il personale disponibile non le hanno concesso di estendere maggiormente le proprie attività.

1 Sedute

11 Sedute plenarie

I principali temi dibattuti dalla Commissione nel corso dei sette incontri con seduta plenaria (5.2., 30.4., 4./5.6., 16./17.9. e 28.11.1985) furono: la ratificazione, da parte della Svizzera, della convenzione dell'ONU sull'eliminazione di qualsiasi forma di discriminazione della donna; la presa di posizione concernente la votazione sull'iniziativa popolare 'Sì alla vita'; il catalogo di argomenti in vista della votazione popolare sul nuovo diritto matrimoniale; le disposizioni speciali a tutela delle donne nel diritto pubblico del lavoro; la proposta di un ufficio per le questioni femminili in relazione con il postulato Hubacher; le donne e i mass-media; una discussione preliminare del rapporto globale sulla condizione della donna in Svizzera.

12 Gruppi di lavoro

Un gruppo di lavoro composto da sei persone si è riunito in cinque sedute per elaborare il modello di un ufficio per la parificazione tra donna e uomo in risposta al postulato Hubacher, non ancora evaso. Dopo aver studiato struttura e funzionamento di simili uffici in patria e all'estero, il gruppo di lavoro ha elaborato, all'attenzione della Commissione, la bozza di un progetto che poi venne discusso e licenziato nel corso di una seduta plenaria. Sollecitate dal consigliere federale Stich, la presidente e la segretaria della Commissione hanno avuto modo di presentare e spiegare il modello al capo del Dipartimento delle finanze.

2 Pubblicazioni

21 F-Problemi al femminile

Nel corso dell'anno sono apparsi quattro numeri del bollettino della Commissione federale per i problemi della donna. Il primo numero era interamente dedicato alla disamina della revisione della legge matrimoniale sottoposta in votazione il 22 settembre. Compilato dalla lic. iur. Ruth Reusser e presentato dalla consigliera federale Elisabeth Kopp, esso conteneva un catalogo di argomenti a favore della nuova legge, un'analisi degli argomenti degli avversari e le elucidazioni sulle novità previste da questa legge.

Il numero 2/85 trattava - in concomitanza con la Giornata della donna alla Fiera campionaria di Basilea, dedicata allo stesso argomento - la posizione della donna in alcune grandi aziende svizzere (compresa l'amministrazione federale), esaminando in particolare i vari provvedimenti intesi a favorire la promozione della donna e i loro risultati.

Anche il terzo numero era tutto dedicato a un argomento specifico: quello della salute della donna. Attraverso questo bollettino si è potuto rendere accessibi-

le al pubblico interessato il rapporto compilato per la Commissione dal gruppo di ricercatori SOMIPOPS (dalla sigla tedesca del Sistema di indicatori medico-sociali della popolazione svizzera) - comprendente E. Zemp, R.E. Leu, F. Gutzwiller, R.J. Doppmann - sull'indagine rappresentativa riguardante la popolazione residente in Svizzera. Nel commento unito al rapporto, la Commissione ribadisce l'estrema complessità delle cause responsabili della maggior speranza di vita delle donne rispetto agli uomini, come pure della loro maggiore morbilità e del loro più frequente ricorso alle prestazioni sanitarie. Dai dati raccolti sulla percezione soggettiva dello stato di salute non è possibile desumere nessuna chiara rivendicazione in vista di una regolamentazione nell'ambito della politica sociale. Ecco perché la Commissione sollecita un'analisi più approfondita della questione, p.es. attraverso un programma nazionale di ricerca.

L'ultimo numero dell'anno era infine dedicato essenzialmente alla Conferenza mondiale delle donne, svoltasi a Nairobi al termine del Decennio della donna proclamato dall'ONU. Diverse partecipanti alla Conferenza, e soprattutto al Forum delle organizzazioni non governative hanno riferito sul lavoro svolto e sulle loro impressioni, mentre chi è rimasto a casa ha tentato di valutare a distanza la portata della Conferenza, dei temi dibattuti e delle raccomandazioni votate, in vista del lavoro da svolgere qui in Svizzera.

22 Dossier per la stampa / Centro di documentazione

Anche nell'anno trascorso è stato composto e spedito, sia ai membri della Commissione sia a numerosi altri interessati, un dossier con articoli di giornale concernenti i principali avvenimenti riguardanti la condizione della donna. La biblioteca, di cui usufruiscono studenti/esse, giornalist/e, donne e uomini politici, ecc., si è arricchita delle nuove pubblicazioni nel campo della ricerca e della saggistica femminista. A titolo di sgravio, si è pure provveduto a regalare all'Archivio sociale di Zurigo un numero considerevole di

doppioni e altre pubblicazioni che esulavano dal campo d'interesse del Centro di documentazione.

3 Varia

31 Donne e mass-media

In concomitanza con un progetto di ricerca dell'Istituto di giornalismo e scienze delle comunicazioni dell'Università di Friburgo sull'argomento 'donne e mass-media', la Commissione ha reso possibile la realizzazione di tre capitoli. Il contenuto di detti contributi venne dibattuto e approvato nel corso di una seduta plenaria. La pubblicazione, accompagnata da una presa di posizione della Commissione, è prevista per il 1986.

32 Disposizioni protettive speciali nel diritto del lavoro

In vista della Conferenza dell'OIL svoltasi a Ginevra nel giugno 1985, la Commissione ha licenziato un rapporto peritale sulle disposizioni speciali che tutelano le donne nel diritto pubblico del lavoro. Il rapporto apparve in concomitanza con la discussione sul divieto di lavoro notturno per le donne. Rapporto e commento della Commissione vennero consegnati all'UFIAML risp. alla delegazione svizzera alla Conferenza dell'OIL. Il testo fu pubblicato in tedesco alla fine del 1985; la versione francese è prevista per la primavera del 1986.

33 Conferenza mondiale delle donne e Forum 85 di Nairobi

Il comitato esecutivo e la segretaria hanno collaborato all'interno dell'amministrazione ai preparativi per Nairobi. Un membro della Commissione ha partecipato al convegno sul ruolo della donna nell'economia organizzato dall'ONU a Vienna. La Commissione venne rappresentata alla Conferenza dalla presidente, e al Forum 85 dalla presidente e dalla vicepresidente. La Commissione ha poi sollecitato un incontro di tutte le partecipanti svizzere al Forum, allo scopo di discutere i passi che sarà possibile intraprendere di

comune accordo in futuro.

34 Visita del penitenziario di Hindelbank

Il nuovo direttore del penitenziario di Hindelbank, Peter Eggen, ha espresso il suo interesse per la ripresa dei contatti con la Commissione, sapendo che questa, nel 1978, aveva pubblicato il rapporto "Esecuzione delle pene per le donne in Svizzera" (ora esaurito). In occasione della visita del penitenziario, i membri della Commissione sono stati informati sulla nuova concezione e sulle modalità di esecuzione delle pene.

35 Programma di legislazione

Il comitato esecutivo ha colto l'occasione di prendere posizione per scritto sul programma legislativo "Parità di diritti per uomo e donna", elaborato dall'Ufficio federale di giustizia, suggerendo modificazioni e aggiunte, poco prima che venisse approvato.

36 Organizzazioni internazionali

Lo scambio di informazioni e il contatto tra la Commissione e i consessi internazionali legati al Consiglio d'Europa sono stati assicurati per mezzo della collaborazione della vicepresidente nel Comitato per l'eguaglianza tra uomo e donna. Il compito principale di detto comitato nell'anno in questione fu la preparazione della Conferenza dei ministri che si svolgera nel marzo 1986 e avrà per argomento la parità di diritti per donna e uomo.

* * * *

Programma d'attività per il 1986

La Commissione federale per i problemi della donna compie i 10 anni

Nel 1986 la Commissione federale per i problemi della donna festeggerà il primo decennio d'attività. Un'occasione per allestire il bilancio di quanto si

è raggiunto e di quanto rimane ancora da fare. E' anche l'occasione per concludere i lavori riguardanti il rapporto globale sulla condizione della donna in Svizzera, per poi pubblicare quest'importante contributo.

Prevista è pure un'intensificazione dei contatti con le organizzazioni femminili e altri consessi (soprattutto cantonali) impegnati nella questione dell'eguaglianza, per discutere con essi gli sviluppi della politica svizzera di parificazione dei diritti, e per progettare nuove attività. Anche questa sarà un'occasione per riferire sul lavoro svolto e presentare al pubblico i nuovi progetti della Commissione.

Donne e mass-media

La Commissione studierà attentamente i risultati dell'indagine svolta dall'Istituto di giornalismo e scienze delle comunicazioni dell'Università di Friburgo sull'argomento 'donne e mass-media', e pubblicherà in seguito la sua presa di posizione su questo studio.

Revisione del diritto concernente il divorzio

Terminata la revisione del diritto matrimoniale, la commissione peritale riprenderà il lavoro per chinarsi sui disposti concernenti il divorzio. La Commissione coglierà nel corso dell'anno l'occasione di pronunciarsi sull'argomento, e inoltrerà una sua presa di posizione sulle questioni essenziali toccate da questa revisione.

Donne e assicurazioni sociali

Il secondo pilastro, la revisione della legge sull'assicurazione malattie e maternità, la 10a revisione dell'AVS sono (nonostante che in parte esistano solo allo stato di progetto) elementi importanti del sistema assicurativo sociale svizzero, e come tali rivestono particolare importanza per la condizione sociale della donna. Ecco perché la Commissione intende studiare a fondo la vasta proble-

matica della donna nell'assicurazione sociale.

F - Problemi al femminile

Il bollettino della Commissione apparirà da 2 a 4 volte come finora, presentando argomenti riguardanti la condizione della donna.

Problemi d'attualità

La Commissione si sforzerà di studiare i problemi d'attualità e far conoscere la sua posizione sulle questioni politiche che attendono di essere risolte. In quest'ottica, l'anno venturo, la Commissione veglierà sulla sorte del suo modello di ufficio per la condizione femminile (in concomitanza con l'evasione del postulato Hubacher). D'interesse per la Commissione sarà pure il progetto di revisione del codice penale per la parte concernente gli atti contro il buon costume. Quale importante passo verso la realizzazione della 'parità di diritti tra uomo e donna', sancita dall'articolo costituzionale, ci si potranno attendere notevoli impulsi da parte del programma legislativo della Confederazione. E, per terminare, quale nuovo compito, la Commissione dovrà approfondire la problematica legata alle 'nuove tecnologie'.

(Traduzione: Romana Camani-Pedrina)

Modellfall Schweden - Vorbild für die Schweiz?

Eine Tagung zur Gleichstellung von Frau und Mann in Schweden und in der Schweiz

Samstag, 12. April 1986, Bern

Organisiert durch die Schwedische Botschaft, Bern, und die Dienststelle Frauenfragen im Bundesamt für Kulturpflege

In den letzten zehn Jahren wurden in Schweden verschiedene rechtliche und gesellschaftliche Gleichstellungsmassnahmen eingeführt, mit denen wir in der Schweiz noch keine Erfahrungen machen konnten, auch wenn sie bei uns diskutiert und z.T. von der Frauenbewegung schon seit längerer Zeit gefordert werden: Antidiskriminierungsgesetz, Quotenregelungen, eine Ombudsstelle für Gleichstellungsfragen sollen wie auch der Elternurlaub, eine Verkürzung der Arbeitszeit und Gleichstellungsprogramme im Erziehungsbereich dazu beitragen, dass einerseits den Frauen in der Berufsarbeit und in der Politik die gleichen Rechte sowie Möglichkeiten zustehen wie ihren männlichen Kollegen und andererseits Männer vermehrt Familien- und Haushaltarbeit übernehmen.

Haben sich nun diese Massnahmen bewährt, lassen sich konkrete Erfolge aufzeigen, und für welche Gleichstellungsschritte setzt sich die schwedische Frauenbewegung heute ein?

Nach der Erörterung dieser Fragen in den zwei Hauptreferaten schwedischer Expertinnen und nach den zwei ergänzenden Einführungen aus schweizerischer Sicht bieten die Arbeitsgruppen, deren Themen

und Leiterinnen teilweise in Zusammenarbeit mit schweizerischen Frauenorganisationen bestimmt wurden - wie auch das die Tagung abschliessende Podiumsgespräch - die Möglichkeit, für einzelne Bereiche genauer zu untersuchen, inwiefern der Modellfall Schweden Vorbild für die Schweiz sein kann.

Das Tagungsprogramm sowie das Anmeldeformular können angefordert werden beim

Bundesamt für Kulturpflege
"Frauenfragen"

Postfach
3000 Bern 6

Chronik der laufenden Ereignisse
Oktober 1985 bis Januar 1986

von Elisabeth Kästli

Appenzeller Frauenstimmrecht nicht
durch Bundeszwang

(3.10.) Der Nationalrat lehnt es ab, den beiden Appenzell die Einführung des Frauenstimmrechtes (und Wahlrechtes) durch Bundesmassnahmen aufzuzwingen. Mit 124 gegen 38 Stimmen hat er darauf verzichtet, eine Petition in dieser Sache als verbindliche Motion an den Bundesrat zu überweisen. Die Petition, welche 1983 von der 'Interessengemeinschaft für politische Gleichberechtigung der Frauen im Kanton Appenzell AR' eingereicht wurde, verlangt die Aufhebung von Art. 74, Absatz 4 der Bundesverfassung, wonach "für Abstimmungen und Wahlen der Kantone und Gemeinden das kantonale Recht vorbehalten bleibt".

Kein Verbandsklagerecht für gleichen
Lohn

(4.10.) Im Falle von Missachtung der Lohngleichheit zwischen Mann und Frau sollen Berufsverbände nicht klagen dürfen. Der Nationalrat hat mit einem Zufallsmehr von 89 zu 87 Stimmen eine parlamentarische Initiative von Yvette Jaggi (SP) abgelehnt, welche verlangt, dass an Stelle einer diskriminierten Lohnempfängerin ein Berufsverband vor Gericht gehen kann. Mit dieser Massnahme wollte die Initiantin verhindern, dass Frauen aus Angst vor einer Kündigung auf die Durchsetzung des Grundsatzes der Lohngleichheit verzichten. Der Nationalrat hat die Initiative abgelehnt, jedoch ein Postulat in der gleichen Sache mit 131:2 Stimmen überwiesen.

Initiative gegen Missbräuche in der Gen-
technologie

(15.10.) Der 'Schweizerische Beobachter' hat eine Volksinitiative 'gegen Missbräuche der Fortpflanzungs- und Gentechnologie beim Menschen' lanciert. Für die Initianten drängt sich eine Ergänzung von Art. 24 der Bundesverfassung auf (Vorschriften über den Schutz des Menschen und seiner natürlichen Umwelt), weil heute Manipulationen der Vaterschaft, der Mutterschaft und der Erbmasse möglich sind. Mit der Initiative soll der Handel mit der menschlichen Fortpflanzung verhindert und Experimente mit Keim- und Ergbut kontrolliert werden.

Erste Feuerwehroffizierin

(15.10.) Die 26jährige Patricia Bowald aus Thun hat als erste Frau in der Schweiz den Feuerwehr-Offizierskurs absolviert. Vor rund fünf Jahren trat sie der Ortsfeuerwehr Schönenbuch (BE) bei, welche wegen Rekrutierungsschwierigkeiten auch Feuerwehrfrauen suchte. Frau Bowald machte dann verschiedene Ausbildungskurse und ist nun in einem Betriebswehrdienst in Steffisburg (BE) zum Leutnant aufgestiegen.

Verein "CH 91 - Frauen"

(21.10.) Damit an der Landesausstellung "CH 91" auch die Frauen angemessen präsent seien, haben drei Vertreterinnen von Frauenverbänden den Verein "CH 91 - Frauen" gegründet. Der Verein mit Geschäftsstelle in Basel will Frauen motivieren, sich an der "CH 91" zu beteiligen, und sie bei der Erarbeitung von Projekten unterstützen.

Familienzulage geht an "Ernährer"

(31.10.) Zwei verheiratete Beamtinnen im Kanton Bern, welche eine Familienzulage forderten, wie sie ihren verheirateten männlichen Kollegen zusteht, sind vor Bundesgericht mit ihrer staatsrechtlichen Beschwerde abgewiesen worden. Im Kanton Bern muss eine Beamtin nachweisen, dass sie zum überwiegenden Teil die Haushaltskosten bestreitet, um Anspruch auf Familienzulagen zu haben. Ein Beamter muss diesen Nachweis nicht erbringen. Das Bundesgericht kam zum Schluss, mit dieser kantonalen Bestimmung werde die Rechtsgleichheit nicht verletzt, da nach dem noch gültigen Eherecht der Mann von Gesetzes wegen für den Unterhalt der Familie aufzukommen habe und somit die Familienzulage grundsätzlich ihm auszurichten sei.

Petition gegen Frauendiskriminierung

(8.11.) Die Vereinigung für Frauenrechte Basel hat an den Basler Regierungsrat eine Petition eingereicht, mit der sie ein Konzept für die Förderung der Gleichberechtigung verlangt. Die Vereinigung will damit die Empfehlungen einer wissenschaftlichen Studie über die Situation der Frauen ("Basler Frauenuntersuchung") unterstützen. Die Studie war 1978 im Auftrag des Grossen Rates vom Soziologischen Seminar Basel verfasst worden; im November 1984 hatte jedoch dieser gleiche Rat die Vorschläge und Empfehlungen der Studie abgelehnt.

Trudy-Schlatter-Preis für Berner Frauenhaus

(9.11.) Der "Trudy-Schlatter-Preis für Frauenwerke" ist in diesem Jahr dem Verein zum Schutz misshandelter Frauen und der Stiftung Berner Frauenhaus verliehen worden. Der mit 5'000 Franken dotierte Preis erinnert an die Malerin Trudy Schlatter (1912-1980), die einen Teil ihres Vermögens der Frauenzentrale des Kantons Bern vermachte.

Arzt nicht zu Alimentenzahlung verurteilt

(14.11.) Ein Elternpaar hatte vor Gericht von einem Arzt Alimentenzahlungen für ihr Kind gefordert, das nach einer fehlerhaften Sterilisation geboren war. Das Arboner Bezirksgericht vertrat jedoch die Meinung, die Geburt eines Kindes sei der Zweck einer Ehe und könne deshalb keinen Schaden darstellen. Das Gericht anerkannte nur einen Lohnausfall der Frau von ca. 23'000.-. Zudem sprach es eine Genugtuung von 4'000.- zu.

Dritte-Welt-Frauen-Informationszentrum

(19.11.) Das "Dritte-Welt-Frauen-Informationszentrum FIZ" in Zürich (Quellenstrasse 25) fordert bessere Arbeitsbedingungen für Gogo-Tänzerinnen. In seinem ersten Tätigkeitsbericht informiert das FIZ über die unwürdige Arbeitssituation der Gogo-Tänzerinnen aus der Dritten Welt, die aus materiellem Elend zur Auswanderung getrieben werden, sich durch verlockende Angebote in Europa anheuern lassen und hier ausgebeutet werden. Das FIZ vermittelt ratsuchenden Frauen Kontakte mit Fürsorgestellen, RechtsanwältInnen, AertztInnen, kirchlichen Institutionen usw. und stellt Informationsmaterial für Frauen aus Dritt-Welt-Ländern zusammen.

Nidwalden: nur "gleichwertige Ausbildung"

(21.11.) Das Nidwaldner Verfassungsgericht ist der Auffassung, der Grundsatz der Gleichberechtigung sei nicht verletzt, wenn das kantonale Schulgesetz bloss eine "gleichwertige" und nicht eine gleiche Ausbildung für Mädchen und Knaben vorschreibt. Die Nidwaldner SP-Präsidentin Erna Büchel hatte wegen Missachtung des Verfassungsgrundsatzes Beschwerde gegen das von der Landsgemeinde im April 1985 gutgeheissene Schulgesetz erhoben. Nachdem sie beim kantonalen Gericht abgewiesen wurde, zieht die Beschwerdeführerin den Fall ans Bundesgericht weiter.

Ida-Somazzi-Preis für Marie Boehlen

(25.11.) Die 74jährige bernische SP-Grossrätin Marie Boehlen hat zusammen mit dem Publizisten François Bondy aus Zürich den diesjährigen Preis der Ida-Somazzi-Stiftung erhalten. Die Juristin gehört zu den Pionierinnen des Frauenstimmrechts und setzt sich noch heute aktiv für die Verwirklichung der Gleichberechtigung ein. Die Ida-Somazzi-Stiftung, die 1964 von der Schweizerischen Arbeitsgemeinschaft "Frau und Demokratie" zum Gedächtnis der Frauenrechtlerin Somazzi gegründet wurde, fördert Aktivitäten zugunsten von Frieden, Freiheit, Menschenrechten, Erziehung, Erwachsenenbildung und geistiger Landesverteidigung.

Eherecht dank Frauen angenommen

(25.11.) Die VOX-Analyse über die Volksabstimmung vom 22. September 1985, hat gezeigt, dass das neue Eherecht dank den Frauen angenommen wurde. 61% der stimmenden Frauen legten ein Ja in die Urne, aber nur 48% der stimmenden Männer. Bei einer verhältnismässig hohen Stimmbeteiligung von 40,5% wurde die Vorlage mit 54,7% der Stimmen gutgeheissen.

SKV gegen Nachtarbeitsverbot für Frauen

(30.11.) Der Zentralvorstand des Schweizerischen Kaufmännischen Verbandes (SKV) hat sich an seiner Sitzung für die Aufhebung des Nachtarbeitsverbotes für Frauen, für Schutzbestimmungen für die Computer-Heimarbeit und für das Festhalten am vollen Teuerungsausgleich ausgesprochen. Anstelle des Nachtarbeitsverbotes für Frauen tritt der Verband für Schutzbestimmungen ein, die für Frauen und Männer in gleicher Weise gelten.

Familienfreundlicheres Solothurner Steuergesetz

(2.12.) Die Solothurner StimmbürgerInnen haben das totalrevidierte kantonale Steuergesetz klar angenommen. Es begünstigt Familien und Halbfamilien mit einem Doppeltarif (nicht Vollsplitting) und beseitigt die Benach-

teiligung der Ehepaare gegenüber Konkubinatspaaren.

Davoser Management-Symposium für Frauen

(3.12.) Zum ersten Mal haben sich in Davos rund 60 Frauen, die ein Unternehmen führen oder in einem Betrieb in leitender Stellung sind, zu einem Management-Symposium für Frauen zusammengefunden. Ziel dieses von der Zürcher Managerin Monique R. Siegel organisierten Symposiums war, Erfahrungen von Frauen in Führungspositionen auszutauschen, ein Beziehungsnetz unter ihnen aufzubauen und junge Karrierefrauen zu fördern.

Existenz des Aargauer Frauenhauses gefährdet

(6.12.) Zweieinhalb Jahre nach seiner Eröffnung ist die Finanzsituation des aargauischen Frauenhauses in Brugg katastrophal. Die Aufnahme von 172 Frauen und 185 Kindern seit der Eröffnung zeige, dass das Frauenhaus einem Bedürfnis entspreche, meldet der Verein zum Schutz misshandelter Frauen! Bereits 1985 konnte es jedoch nur mit der Aufnahme eines Darlehens von 65'000 Franken offengehalten werden. Aufrufe des Trägervereins an die 232 aargauischen Gemeinden um einen Beitrag von 20 Rappen pro Einwohner brachten bisher nur 6'000 Franken von 23 Gemeinden.

Demnächst Unterzeichnung des UNO-Uebereinkommens ?

(9.12.) 'In den kommenden Monaten' will der Bundesrat das UNO-Uebereinkommen von 1979 über 'die Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau' unterzeichnen. In seiner Antwort auf eine entsprechende Motion von Nationalrat Hansjörg Braunschweig (SP) macht der Bundesrat geltend, der Zeitpunkt der Unterzeichnung hänge vom Fortschritt der Gesetzesrevisionen für eine verbesserte Gleichstellung von Mann und Frau ab. Nachdem mit dem Gleichheitsartikel in der Verfassung und mit dem neuen Ehrecht gewichtige Hindernisse aus dem Weg geräumt wurden, soll die Unterzeichnung für 1986 bevorstehen. Die

Ratifikation wird aber laut Bundesrat nicht vor der nächsten Legislaturperiode erfolgen.

Radrennsportgruppe für Frauen

(16.12.) Für die Saison 1986 ist die erste weibliche Schweizer Radrennsportgruppe geschaffen worden. Fünf Radrennfahrerinnen aus der Region Basel im Alter zwischen 19 und 32 Jahren haben sich der sportlichen Leitung des Ex-Profis Peter Abt anvertraut. Als kompakte Mannschaft sollen sie nun taktisch geschult und auf die Schweizer Meisterschaft 1986 vorbereitet werden.

Rita Gassmann Präsidentin der SGB-Frauenkommission

(24.1.) Am Frauenkongress des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes (SGB) ist VHTL-Zentralsekretärin Rita Gassmann als Nachfolgerin von Helga Kohler zur neuen Präsidentin der Frauenkommission gewählt worden. Unter dem Motto "Gesunde Wirtschaft - aber nicht auf Kosten unserer Gesundheit !" haben rund 200 Gewerkschafterinnen Themen wie körperliche Belastung, Monotonie und Zeitdruck bei der Arbeit, Nacht- und Sonntagsarbeit, Angst vor Kündigung usw. diskutiert und Anträge zuhanden des SGB-Kongresses vom kommenden Herbst formuliert. Insbesondere wurden die grundsätzliche Aufrechterhaltung des Nachtarbeitsverbotes für Frauen und die Ausdehnung der Schutzbestimmungen auf die Männer, Arbeitszeitverkürzungen und ein besserer Mutterschaftsschutz und Kündigungsschutz gefordert.

Lohnklage der Krankenschwestern abgelehnt

(28.1.) Das Verwaltungsgericht des Kantons Zürich hat die Lohngleichheitsklage von sechs Zürcher Krankenschwestern abgewiesen. Die Krankenschwestern hatten im Mai 1982 die Stadt Zürich als ihre Arbeitgeberin angeklagt, weil sie sich punkto Lohn gegenüber männlichen städtischen Angestellten diskriminiert fühlten. Das Verwaltungsgericht erklärte sich zunächst als nicht zuständig,

wurde aber im Januar 1984 vom Bundesgericht angewiesen, sich materiell mit der Klage zubegeben. In einem zweiten Anlauf kam nun das kantonale Gericht zum Schluss, die Arbeit der Krankenschwestern sei nur mit jener von Sanitätsmännern vergleichbar und dort rechtfertige sich ein Gehaltsunterschied. Die Klägerinnen, die der Ansicht sind, der Begriff "gleichwertige Arbeit" sei weiter zu fassen, und ausserdem die dem Entscheid zugrunde liegende Arbeitsplatzbewertung anzweifeln, ziehen die Klage erneut ans Bundesgericht weiter.

Wiederverheiratung bei Geschiedenen seltener

(28.11.) Die Wahrscheinlichkeit, dass sich eine geschiedene Person wiederverheiratet, hat in den letzten 25 Jahren abgenommen. Die absolute Zahl von Zweitehen hat zwar zugenommen, aber dies hängt mit der starken Zunahme der Scheidungen zusammen. In Prozentzahlen haben anfangs der 60er Jahre rund 75% der geschiedenen Männer und 63% der geschiedenen Frauen wieder geheiratet. Zudem hat der durchschnittliche Zeitabstand zwischen Scheidung und Wiederverheiratung zugenommen: Er stieg bei den Frauen von rund fünfeinhalb Jahren auf sechseinhalb und bei den Männern von vier auf gut fünfeinhalb Jahre.

L'actualité au féminin,
novembre 1985 - janvier 1986

par Martine Chaponnière

MARIAGE, FAMILLE ET AVORTEMENT

Le nouveau droit matrimonial voté par le peuple et les cantons le 22 septembre 1985 entrera en vigueur le 1er janvier 1988. Encore deux ans à attendre, donc, qui seront consacrés à l'information du peuple et la formation des offices d'état-civil.

La votation sur le nouveau droit matrimonial a suscité bien des études. Une première analyse de l'Institut de sociologie de Zurich comparait les trois votations respectivement consacrées au suffrage féminin (1971), à l'égalité des droits (1981) et au droit matrimonial (1985) et en tirait la conclusion que l'initiative proposée par Yvette Jaggi quant à l'application de l'égalité de salaire aurait sans doute été rejetée en votation populaire (à supposer qu'elle ait passé le cap du parlement, ce qui n'est pas le cas).

Puis l'analyse VOX concluait que le 22 septembre avait été marqué par une victoire des femmes, celles-ci ayant été plus nombreuses qu'à l'ordinaire à se rendre aux urnes, d'une part, et ayant approuvé l'initiative à 61% d'autre part (48% pour les hommes). Une troisième étude (NZZ 29.XI.85) cherche à mettre en relation les résultats de la votation et les attitudes plus ou moins conservatrices ou réformatrices quant à la notion de famille.

Le service genevois d'avance et de recouvrement des pensions alimentaires

(SGARPA) a versé 41 millions de francs depuis sa création en 1977. Dans le même laps de temps, 32 millions de francs ont été récupérés de (ex)maris et pères débiteurs.

Une fois de plus la question de l'avortement est dans l'impasse, à cause, cette fois, de la commission du Conseil national. Celle-ci a en effet, par 13 voix contre 9, rejeté la solution fédéraliste, seule possibilité d'arriver à un compromis acceptable pour les femmes.

EGALITE

A Nidwald, l'égalité dans l'éducation reste problématique. En octobre, le Tribunal fédéral a en effet jugé irrecevable (pour des raisons formelles, comme d'habitude) le recours d'une mère contre la nouvelle loi scolaire qui maintient un enseignement différencié entre garçons et filles.

Une motion demandant une déléguée à la condition féminine a été agréée lors de la dernière session du parlement neuchâtois. Reste maintenant à désigner effectivement quelqu'un (une personne ou un organisme) susceptible de remplir cette tâche, avant qu'il ne soit décidé de créer véritablement un poste à cet effet.

TRAVAIL ET RETRAITE

Les progrès accomplis dans le domaine des salaires féminins sont encore tout à fait insuffisants, a estimé en décembre le président de l'Union syndicale suisse,

Fritz Reimann. Par ailleurs, la réduction du temps de travail et le travail de nuit des femmes constitueront deux points importants de négociations entre patronat et syndicats pendant cette année 1986.

Tant que le droit fédéral fixera un âge différent pour le droit à la retraite entre hommes et femmes, les cantons pourront continuer à en faire de même pour leurs fonctionnaires. C'est ce qu'a décidé le Tribunal fédéral en rejetant, le 8 novembre, le recours d'un fonctionnaire neuchâtelois.

Non seulement l'homme vit, en moyenne, huit ans de moins que la femme, et cet écart s'accroît, mais le pic de la surmortalité masculine culmine maintenant entre 17 et 19 ans. C'est ce qui ressort d'une enquête menée par le journal 24 Heures (26 oct.).

L'interdiction du travail de nuit des femmes semble s'être assouplie ces derniers temps puisque "pour sauvegarder l'emploi", une entreprise de Glaris a reçu de l'OFIAMT l'autorisation temporaire d'employer des femmes dans des postes de nuit.

Pour la première fois en Suisse, 11 femmes ont reçu un diplôme de ludothécaire. Cela se passait à La Chaux-de-Fonds en décembre, où les lauréates avaient inauguré une nouvelle formation, se déroulant sur 212 heures pendant 3 ans.

En Suisse, une personne active sur six travaille aujourd'hui à temps partiel, note le "Journal des Associations patronales" cité par l'Hebdo (14 nov.), soit près d'un demi-million de gens ou 15% des salariés. Le travail à temps partiel paraît vraiment devenir un choix de vie tant il est en augmentation depuis 10 ans. Plus de 76% des personnes qui l'exercent sont des femmes.

FISCALITE

Dans le canton de Fribourg, les couples mariés, surtout ceux à haut revenu, paieront moins d'impôts dès l'année prochaine. A la suite de l'arrêt du Tribunal fédéral du 13 avril 1985 portant un coup sévère à tous les systèmes d'imposition en Suisse, Fribourg présente un projet de révision où la charge fiscale des couples n'est pas plus élevée que celle des concubins. Par ailleurs, le Service cantonal des contributions enverra toute sa correspondance aux époux en commun à l'adresse de "Madame et Monsieur", et chaque conjoint pourra engager la communauté conjugale. Une seule signature sera exigée.

En décembre, le gouvernement valaisan a publié son projet de révision de la loi fiscale, qui prévoit que le concubinage sera beaucoup moins encouragé par le fisc. Le gouvernement a opté pour un système d'abattement en pour-cent (10%) du montant de l'impôt, avec un plafond maximum. Cette méthode de calcul correspond à une déduction de 8 à 9 fois plus importante que celle qui prévaut actuellement.

Toujours en Valais, il faut noter que la "prime au concubinage" était assez élevée, comme le note une étude démocratéchrétienne, selon laquelle les personnes mariées payent en moyenne 33% de plus d'impôts cantonaux et communaux que les personnes vivant en concubinage.

Le canton de Soleure a adopté le principe du splitting pour l'imposition des couples mariés. Ainsi, les revenus des deux époux seront additionnés et coupés en deux parties égales, sur la base desquelles mari et femme sont taxés séparément.

En novembre 1985, le Conseil fédéral a publié une ordonnance autorisant les salariés et les indépendants à déduire de leur revenu dans la déclaration fiscale les cotisations à des formes reconnues de prévoyance. Quid de la prévoyance individuelle de la ménagère qui-ne-travaille-pas? Quid de la prévoyance de la femme collaboratrice de son mari? Zéro: aucune déduction prévue par ladite ordonnance!

DIVERS ET ASSOCIATIONS

Selon un sondage effectué par l'hebdomadaire "Coopération", les femmes sont en majorité (63,9%) favorables à l'entrée de la Suisse à l'ONU.

CH-91: la préparatifs se concrétisent du côté féminin. La Société CH-91 Femmes s'est officiellement constituée fin octobre, pour s'assurer que la femme, remarquablement faiblement représentée au sein des différents comités préparatoires de l'exposition, ne soit pas totalement absente ni de la manifestation elle-même, ni de sa préparation. La Société, instance autonome, a même pu mettre sur pied un secrétariat, tenu par Mme Christine Kalt-Ryffèl (061/38.58.54).

Manifestation devant le Palais fédéral le 2 décembre des femmes de la VPOD (Syndicat des services publics). En ce jour du premier anniversaire de l'échec de la votation sur l'initiative "Pour une protection efficace de la maternité", elles rappelaient que les promesses faites par les opposants à l'initiative n'avaient pas encore été tenues.

A Fribourg, une vingtaine de manifestants de la liste "Ecologie et Solidarité" se sont élevés contre l'utilisation par un grand magasin du slogan "Stützli soldes", un peu trop évocateur des shows pornographiques en vogue de l'autre côté de la Sarine.

Dès la prochaine rentrée scolaire, au printemps 1986, l'éducation sexuelle pourra être étendue aux classes primaires du canton de Zurich. De nombreuses conditions régleront cependant cet enseignement dispensé aux enfants de 7 à 11 ans et qui avait été fortement contesté lors de la procédure de consultation.

Toujours dans le domaine de l'éducation sexuelle à l'école, un projet de con-

sultation a été soumis jusqu'au 30 novembre 1985 par le gouvernement jurassien. Mentionnons, dans ce cadre, l'enquête du Dr Markus Hug, menée en 1981 auprès de quelque 2500 jeunes centrée sur trois domaines: l'information sexuelle, les attitudes face au couple et à la sexualité et, enfin, le comportement sexuel.

Faute de bras et de jambes en quantité suffisante, la protection civile (PC) recrute dans les rangs féminins, avec un succès encore tout relatif dans les cantons romands. Genève a mis sur pied un cours-test spécialement conçu pour les femmes, où des cours théoriques, pratiques et psychologiques étaient au menu. Ce cours-test était une première, fruit de la collaboration entre les associations féminines traditionnelles et les instances politiques concernées.

Le premier numéro d'un bulletin féministe consacré au travail domestique est sorti de presse en novembre. Edité par le Collège du travail (11, rue des Maraîchers, 1205 Genève), ce bulletin d'une quarantaine de pages rend compte du colloque organisé en mai 1985 à Genève: "La ménagère, une travailleuse à la recherche d'une dignité".

Le groupement bâlois "Téléphone d'urgence pour femmes violées" a distribué au mois de décembre à Bâle plus de 500 sifflets d'alarme à des femmes et des jeunes filles. Selon une responsable du groupement, ce sifflet devrait permettre aux femmes d'attirer l'attention des passants sur elles en cas de tentative de viol ou d'attaque. C'est aussi une manière d'effrayer l'agresseur.

Zeichenerklärung:

Erste Zahl = Ordnungsnummern
für die Session

Zweite Zahl = fortlaufende Kontroll-
nummern der Geschäfte

N	behandelt vom Nationalrat
S	behandelt vom Ständerat
n	Erstbehandlung beim Nationalrat
s	Erstbehandlung beim Ständerat
D	Dringlich
SV	Schriftliches Verfahren
*	neue Geschäfte
x	erledigt

Übersicht über die Verhandlungen der Bundesversammlung

Wintersession 1985

(11. Tagung der 42. Legislaturperiode)

vom Montag, 2. Dezember bis Freitag, 20. Dezember 1985

Sitzungen des Nationalrates: 2., 3., 4., 5., 9., 10., 11., 12., 16., 17., 18. (II),
19. (II) und 20. Dezember (15 Sitzungen)

Sitzungen des Ständerates: 2., 3., 4., 5., 10., 11., 12., 17., 18., 19. und
20. Dezember (11 Sitzungen)

Sitzung der Vereinigten Bundesversammlung: 11. Dezember

Standesinitiative

19/81.202 n Genf. Schutz der Mutterschaft, vom 1. Juli 1981

Der Kanton Genf beantragt, die gesetzlichen Bestimmungen für einen wirksamen Mutterschaftsschutz zu verbessern.

N *Eggli-Winterthur*, Allenspach, Ammann-Bern, Basler, Berger, Bonny, Borel, Bratschi, Butty, Columberg, Darbellay, Dirren, Dupont, Eisenring, Frey-Neuenburg, Früh, Gautier, Gloor, Günter, Hari, Hösli, Landolt, Massy, Neukomm, Pfund, Reimann, Schüle, Segmüller, Spälti, Vannay, Zehnder (31)

1984 13. Dezember. Beschluss des Nationalrates: Die Initiative wird erst nach Abschluss der Beratung des Geschäftes Nr. 76/81.044 behandelt.

19/81.202 n Genève. Protection de la maternité, du 1^{er} juillet 1981

Le canton de Genève propose d'améliorer les dispositions légales visant à protéger efficacement la maternité.

N *Eggli-Winterthur*, Allenspach, Ammann-Berne, Basler, Berger, Bonny, Borel, Bratschi, Butty, Columberg, Darbellay, Dirren, Dupont, Eisenring, Frey-Neuchâtel, Früh, Gautier, Gloor, Günter, Hari, Hösli, Landolt, Massy, Neukomm, Pfund, Reimann, Schüle, Segmüller, Spälti, Vannay, Zehnder (31)

1984 13 décembre. Décision du Conseil national: L'initiative sera traitée à la fin des délibérations sur la révision partielle de la loi sur l'assurance-maladie (objet n° 76/81.044).

Parlamentarische Initiativen

33/77.231 n Familienpolitik (Nanchen), vom 13. Dezember 1977

Gemäss Artikel 21^{sexies} des Geschäftsverkehrsgesetzes und Artikel 27 des Geschäftsreglements des Nationalrats reiche ich folgende Initiative in der Form der allgemeinen Anregung ein:

In Anwendung von Artikel 34^{quinqües} und gestützt auf Artikel 34^{ter} Absatz 1 Buchstaben a und g, Artikel 34^{novies} Absatz 3 und Artikel 64 der Bundesverfassung erlässt der Bund gesetzliche Bestimmungen zur Schaffung eines wirklichen Familienschutzes.

Diese Bestimmungen sollen insbesondere die folgenden Massnahmen vorsehen:

1. Die Einrichtung einer obligatorischen Mutterschaftsversicherung, die nach dem Modell der AHV finanziert wird.
 - 1.1 Diese Versicherung deckt die durch Schwangerschaft und Niederkunft entstandenen Kosten für die Pflege durch den Arzt und medizinische Hilfspersonen sowie für Arzneimittel und Spitalaufenthalt.
 - 1.2 Sie gewährt während eines 16wöchigen Mutterschaftsurlaubs, von dem 10 Wochen auf die Zeit nach der Niederkunft entfallen, ein Taggeld. Dieses beträgt für Arbeitnehmerinnen mindestens 80 Prozent des entgangenen Lohns und für nichterwerbstätige Frauen gleich viel wie der Erwerbsersatz für Nichterwerbstätige im Militärdienst.
 - 1.3 Ein solches Taggeld erhält auch die erwerbstätige Mutter oder der erwerbstätige Vater, wenn sie oder er zur Pflege eines kranken Kindes zu Hause bleiben muss.
 - 1.4 Ist der Mutterschaftsurlaub abgelaufen oder wird ein Kleinkind zur späteren Adoption in Pflege genommen, so kann, wenn beide Eltern erwerbstätig sind, der Mutter oder dem Vater ein Elternurlaub gewährt werden. Dieser Urlaub dauert höchstens neun Monate und gibt Anspruch auf eine Entschädigung, die grundsätzlich 80 Prozent des entgangenen Lohns ausmacht.
 2. Den Schutz der schwangeren Frau vor Kündigung des Arbeitsvertrags. Der Kündigungsschutz wird auch Frauen und Männern in den Fällen der Ziffern 1.2, 1.3 und 1.4 gewährt, und die aufgrund des Arbeitsvertrags erworbenen Rechte bleiben in diesen Fällen gewahrt.
 3. Die Förderung der beruflichen Wiedereingliederung und der Umschulung der Frauen, die aus familiären Gründen ihre Erwerbstätigkeit für mehrere Jahre unterbrochen haben.
 4. Die Einrichtung einer eidgenössischen Familienzulageordnung für die Erwerbstätigen, die insbesondere einen interkantonalen Ausgleich vorsieht.
- N *Eggli-Winterthur*, Aliesch, Allenspach, Ammann-St. Gallen, Candaux, Darbellay, Dupont, Eppenberger-Nesslau, Fischer-Hägglingen, Gautier, Hösli, Jung, Keller, Kühne, Morf, Nauer, Nef, Neukomm, Schnyder-Bern, Segmüller, Vannay, Weber Monika, Zbinden (23)

1978 18. April: Die Kommission setzt ihre Beratungen aus bis zum Erscheinen der Botschaft über die Volksinitiative.

1983 16. März: Der Nationalrat beschliesst, die Punkte 1 und 2 abzuschreiben, den Punkten 3 und 4 jedoch Folge zu geben (siehe auch Geschäft Nr. 72/82.074).

Motion I der Kommission des Nationalrates, vom 25. April 1985

Familienzulagengesetz in der Landwirtschaft

Der Bundesrat wird beauftragt, eine Vorlage zu unterbreiten, wonach der Anwendungsbereich des Familienzulagengesetzes in der Landwirtschaft ausgedehnt wird auf Selbständigerwerbende ausserhalb der Landwirtschaft und Nichterwerbstätige, die eine bestimmte Einkommensgrenze nicht übersteigen.

Postulat II der Kommission des Nationalrates, vom 25. April 1985

Kinderzulagen für Arbeitnehmer

Der Bundesrat wird eingeladen, in Zusammenarbeit mit den kantonalen Behörden seine Bemühungen zu verstärken, mit denen das Kinderzulagewesen unter den Kantonen koordiniert werden kann. Dabei sind die nachfolgend genannten Punkte zu beachten:

1. Beitragspflicht der Arbeitgeber zu einer kantonalen, beruflichen oder zwischenberuflichen Ausgleichskasse.
2. Anspruchsvoraussetzungen und Klärung der Begriffe:
 - Altersgrenze «Kind»
 - Geltungsbereich
 - Obhutprinzip (Kinder von unverheirateten, getrennten oder geschiedenen Eltern)
 - Rechtsstellung des ausländischen Arbeitnehmers
3. Bezugsberechtigung bei
 - Teilzeitarbeit
 - Doppelverdiener
 - Vermeidung von Doppelbezug
4. Koordination des Kinderzulagewesens mit den übrigen Sozialversicherungen bei:
 - Teilarbeitslosigkeit
 - voller Arbeitslosigkeit
 - Unfall
 - Krankheit
 - Todesfall
5. Koordination mit ausländischen Kinder- resp. Familienzulagenordnungen

33/77.231 n Politique familiale (Nanchen)

du 13 décembre 1977

Conformément à l'article 21^{sexies} de la loi sur les rapports entre les conseils et à l'article 27 du règlement du Conseil national, je dépose l'initiative parlementaire suivante sous la forme d'une proposition conçue en termes généraux.

En application de l'article 34^{quinquies} et sur la base des articles 34^{ter}, 1^{er} alinéa, lettres a et g, 34^{novies}, 3^e alinéa, et 64 de la constitution fédérale, des dispositions légales seront édictées en vue de la mise en œuvre d'une protection réelle de la famille.

Ces dispositions comprendront notamment les mesures suivantes:

1. La création d'une assurance-maternité obligatoire, qui sera financée selon le modèle de l'AVS.
 - 1.1 Cette assurance couvrira les frais médicaux, paramédicaux, pharmaceutiques et hospitaliers occasionnés par la grossesse et l'accouchement.
 - 1.2 Durant un congé de maternité de 16 semaines dont 10 après l'accouchement, elle garantira le versement d'une indemnité journalière qui correspondra, pour les travailleuses, au moins à 80% du salaire perdu, et, pour les femmes n'exerçant pas d'activité lucrative, qui sera égale au montant de l'allocation pour perte de gain revenant aux personnes non actives qui effectuent un service militaire.
 - 1.3 Une même indemnité sera également versée à l'un des parents salariés lorsque la présence de la mère ou du père est requise auprès d'un enfant malade.
 - 1.4 A l'échéance du congé de maternité ou lors de la prise en charge d'un enfant en bas âge en vue d'adoption, un congé parental pourra être accordé à la mère ou au père lorsque chacun d'eux est salarié. Ce congé pourra s'étendre au plus sur une durée de 9 mois et donnera droit à une indemnité correspondant en principe à 80% du salaire perdu.

2. La protection des femmes enceintes contre la résiliation du contrat de travail, la même protection étant accordée aux femmes et aux hommes dans les cas mentionnés sous chiffre 1.2, 1.3 et 1.4, ainsi que le maintien dans les mêmes cas des droits acquis découlant du contrat de travail.

3. L'encouragement de la réinsertion professionnelle et du recyclage des femmes ayant interrompu leur activité lucrative pendant plusieurs années pour des raisons familiales.

4. L'institution d'un régime fédéral d'allocations familiales aux salariés prévoyant notamment une compensation intercantonale.

N Eggli-Winterthour, Aliesch, Allenspach, Ammann-Saint-Gall, Candaux, Darbellay, Dupont, Eppenberger-Nesslau, Fischer-Hägglingen, Gautier, Hösli, Jung, Keller, Kühne, Morf, Nauer, Nef, Neukomm, Schnyder-Berne, Segmüller, Vannay, Weber Monika, Zbinden (23)

1978 18 avril: La commission suspend ses travaux jusqu'au dépôt du message sur l'initiative populaire.

1983 16 mars: Le Conseil national décide de classer les points 1 et 2, mais de donner suite aux points 3 et 4 (voir objet n° 72/82.074).

Motion I de la commission du Conseil national, du 25 avril 1985

Loi sur les allocations familiales dans l'agriculture

Le Conseil fédéral est invité à présenter un projet de loi par lequel le champ d'application de la loi fédérale sur les allocations familiales dans l'agriculture serait étendu aux indépendants n'appartenant pas à l'agriculture ainsi qu'aux personnes sans activité lucrative dont le revenu n'excéderait pas une certaine limite.

Postulat II de la commission du Conseil national, du 25 avril 1985

Allocations pour enfants allouées aux salariés

Le Conseil fédéral est invité à intensifier son action pour obtenir que les cantons coordonnent leurs régimes d'allocations pour enfants. A cet effet, il collaborera avec les autorités cantonales. La coordination en question portera sur les points suivants:

1. Obligation pour les employeurs de cotiser à une caisse de compensation cantonale, professionnelle ou interprofessionnelle.
2. Conditions d'octroi des allocations et clarification des notions:
 - Limite d'âge «Enfant»
 - Champ d'application
 - Principe de la garde (enfants de parents non mariés, séparés ou divorcés)
 - Statut du salarié étranger
3. Droit aux allocations
 - en cas d'activité à temps partiel
 - en cas d'activité double
 - empêchement du cumul d'allocations
4. Coordination du régime des allocations pour enfants avec les autres branches des assurances sociales dans les cas suivants:
 - chômage partiel
 - chômage complet
 - accident
 - maladie
 - décès
5. Coordination des régimes d'allocations familiales avec les systèmes étrangers d'allocations pour enfants ou d'allocations familiales

37/81.222 *n* Schwangerschaftsabbruch (Nationalrat), vom 10. März 1981, (siehe Geschäft Nr. 78.222).

Bericht und Anträge der Kommission des Nationalrates vom 27. August 1979 (BBl II, 1037) zu den parlamentarischen Initiativen und Standesinitiativen zum Schwangerschaftsabbruch.

Stellungnahme und Gesetzesentwurf des Bundesrates vom 29. September 1980 (BBl III, 1047).

N *Christinat*, Blocher, Blunschy, de Chastonay, Deneys, Eppenberger-Nesslau, Frey-Neuenburg, Gautier, Grassi, Hösli, Jaggi, Jung, Longet, Mauch, Müller-Wiliberg, Nef, Pidoux, Segmüller, Spoerry, Wagner, Wanner, Weber Monika, Ziegler (23)

S. *Bührer*, Andermatt, Bauer, Brahier, Dobler, Gadiant, Genoud, Jagmetti, Matossi, Moll, Piller, Reichmuth, Schmid, Schönenberger, Zumbühl (15)

A. *Schweizerisches Strafgesetzbuch*
Änderung vom

Die Bundesversammlung der Schweizerischen Eidgenossenschaft,

gestützt auf Artikel 64^{bis} der Bundesverfassung, nach Prüfung verschiedener parlamentarischer Initiativen und Standesinitiativen, nach Einsicht in den Bericht der Kommission des Nationalrates vom 27. August 1979¹⁾

und die Stellungnahme des Bundesrates vom 29. September 1980²⁾,

beschliesst:

I

Das Schweizerische Strafgesetzbuch³⁾ wird wie folgt geändert:

Art. 121^{bis} Abbruch der Schwangerschaft innert der ersten zwölf Wochen

¹⁾ Die Kantone können durch ein Gesetz bestimmen, dass der Abbruch der Schwangerschaft nicht strafbar ist, wenn er innerhalb der ersten zwölf Wochen nach der letzten Periode ausgeführt wird.

²⁾ Ausserdem müssen folgende Voraussetzungen gegeben sein:

- Der Eingriff muss durch einen diplomierten, in der Schweiz zur Ausübung seines Berufes zugelassenen Arzt ausgeführt werden;
- Die Schwangere muss dem Eingriff schriftlich zustimmen; ist sie nicht urteilsfähig, so ist die schriftliche Zustimmung ihres gesetzlichen Vertreters erforderlich;
- Die Schwangere hat sich mindestens eine Woche vor einem allfälligen Eingriff durch einen diplomierten, in der Schweiz zur Ausübung seines Berufes zugelassenen Arzt oder durch eine kantonal anerkannte Beratungsstelle beraten zu lassen.

³⁾ Der nach den Absätzen 1 und 2 straflose Schwangerschaftsabbruch bleibt auf dem ganzen Gebiet der Schweiz straflos.

Art. 121^{ter} Nichtbeachtung des Artikels 121^{bis}

- Der Arzt, der aus einem der gesetzlich anerkannten Gründe die Schwangerschaft abbricht, ohne dass die Zustimmung der Schwangeren oder ihres gesetzlichen Vertreters schriftlich vorliegt, ohne diplomiert und in der Schweiz zur Ausübung des Berufes zugelassen zu sein, ohne die gesetzlichen Bestimmungen des Artikels 121^{bis} Absatz 2 Buchstabe c zu beachten, wird, wenn er vorsätzlich handelt, mit Haft oder Busse bestraft. Bei Rückfall kann er mit Gefängnis bestraft werden.
- Der Arzt, der grob fahrlässig annimmt, es liege ein gesetzlich anerkannter Grund vor, und die Schwangerschaft zu Unrecht abbricht, wird mit Gefängnis oder Busse bestraft.

Art. 121^{quater} Meldung der Eingriffe

Der Bundesrat erlässt, nach Anhören der Kantone Bestimmungen über die Meldung der Eingriffe an das Bundesamt für Statistik.

Art. 121^{quintes} Weigerung aus Gewissensgründen

Niemand ist verpflichtet, bei der Durchführung eines Schwangerschaftsabbruches mitzuwirken, wenn er dies aus Gewissensgründen nicht verantworten kann. Die Weigerung ist ohne Verzug bekanntzugeben.

Art. 211
Streichen

II

¹⁾ Dieses Gesetz untersteht dem fakultativen Referendum.

²⁾ Der Bundesrat bestimmt das Inkrafttreten.

¹⁾ BBl 1979 II 1037

²⁾ BBl 1980 III-1047

³⁾ SR 311.0

1981 23. September: Der Ständerat beschliesst, auf dieses Bundesgesetz nicht einzutreten.

B. Bundesgesetz über die Schwangerschaftsberatungsstellen
Bundesblatt 1981 III; 242; Ablauf der Referendumsfrist: 18. Januar 1982

C. Bundesgesetz über die Kranken- und Unfallversicherung
Bundesblatt 1981 III, 240; Ablauf der Referendumsfrist: 18. Januar 1982

1982 21. Juni: Die Kommission des Nationalrates beschliesst, ihre Beratungen vorläufig auszusetzen (s. Bericht der Kommission, Amtl. Bull. NR S. 1384).

37/81.222 *n* Interruption de la grossesse (Conseil national), du 10 mars 1981 (voir objet n° 78.222).

Rapport et propositions de la commission du Conseil national du 27 août 1979 (FF II, 1021) concernant les initiatives parlementaires et initiatives des cantons sur l'interruption de la grossesse.

Avis du Conseil fédéral et projet de loi du 29 septembre 1980 (FF III, 1050).

N *Christinat*, Blocher, Blunschy, de Chastonay, Deneys, Eppenberger-Nesslau, Frey-Neuchâtel, Gautier, Grassi, Hösli, Jaggi, Jung, Longet, Mauch, Müller-Wiliberg, Nef, Pidoux, Segmüller, Spoerry, Wagner, Wanner, Weber Monika, Ziegler (23)

E. *Bührer*, Andermatt, Bauer, Brahier, Dobler, Gadiant, Genoud, Jagmetti, Matossi, Moll, Piller, Reichmuth, Schmid, Schönenberger, Zumbühl (15)

A. *Code pénal suisse*
Modification du

L'Assemblée fédérale de la Confédération suisse, vu l'article 64^{bis} de la constitution; après examen de diverses initiatives parlementaires et cantonales; vu le rapport du 27 août 1979 d'une commission du Conseil national¹⁾; vu l'avis du Conseil fédéral du 29 septembre 1980²⁾, arrête:

I

Le code pénal suisse³⁾ est modifié comme il suit:

¹⁾ FF 1979 II 1021

²⁾ FF 1980 III 1050

³⁾ RS 311.0

Art. 121^{bis} Interruption de la grossesse pendant les douze premières semaines

¹⁾ Les cantons peuvent prévoir par une loi que l'interruption de la grossesse n'est pas punissable lorsqu'elle est pratiquée dans les douze semaines après le début des dernières règles.

²⁾ En outre, les conditions suivantes doivent être remplies:

- L'interruption doit être pratiquée par un médecin diplômé et autorisé à exercer sa profession en Suisse;
- La personne enceinte doit consentir par écrit à l'intervention; si elle est incapable de discernement, le consentement écrit de son représentant légal est requis;
- La personne enceinte doit consulter, au moins une semaine avant l'éventuelle intervention, un médecin diplômé et autorisé à exercer sa profession en Suisse ou un centre de consultation reconnu par un canton.

³⁾ Une interruption de grossesse qui n'est pas punissable selon les alinéas 1 et 2 ne peut faire l'objet de poursuite en Suisse.

Art. 121^{ter} Inobservation de l'article 121^{bis}

- Le médecin qui, dans l'un des cas prévus par la loi, aura interrompu une grossesse, sans que le consentement de la personne enceinte ou de son représentant légal n'ait été donné par écrit, sans être diplômé et autorisé à exercer sa profession en Suisse,

sans respecter les conditions prévues à l'article 121^{bis} alinéa 2 lettre c, sera puni, s'il a agi intentionnellement, des arrêts ou de l'amende. En cas de récidive, il pourra être puni de l'emprisonnement.

2. Le médecin qui aura admis, par une négligence grave, qu'il existe un motif reconnu par la loi et aura indûment interrompu la grossesse sera puni de l'emprisonnement ou de l'amende.

Art. 121^{quater} Communication des interventions

Après consultations des cantons, le Conseil fédéral édicte des dispositions concernant la communication des interventions à l'Office fédéral de la statistique.

Art. 121^{quinquies} Refus pour des raisons de conscience

Nul n'a l'obligation de collaborer à l'exécution d'une interruption de grossesse lorsqu'il ne peut en prendre la responsabilité pour des raisons de conscience. Le refus doit être annoncé sans délai.

Art. 211

Biffer

II

¹ La présente loi est soumise au référendum facultatif.

² Le Conseil fédéral fixe la date de l'entrée en vigueur.

1981 23 septembre: Le Conseil des Etats décide de ne pas entrer en matière sur cette loi.

B. Loi fédérale sur les centres de consultation en matière de grossesse

Feuille fédérale 1981 III, 218; délai d'opposition: 18 janvier 1982

C. Loi fédérale sur l'assurance en cas de maladie et d'accidents

Feuille fédérale 1981 III, 216; délai d'opposition: 18 janvier 1982

1982 21 juin: La commission du Conseil national décide de suspendre provisoirement ses délibérations (v. Rapport de la commission, BO, CN p. 1384).

Eidg. Departement des Innern

84/81.044 n Krankenversicherung. Teilrevision

Botschaft und Gesetzesentwurf vom 19. August 1981 (BBl II, 1117) über die Teilrevision der Krankenversicherung.

N *Eggl-Winterthur*, Allenspach, Ammann-Bern, Basler, Berger, Bonny, Borel, Bratschi, Butty, Columberg, Darbellay, Dirren, Dupont, Eisenring, Frey-Neuenburg, Früh, Gautier, Gloor, Günter, Hari, Hösli, Landolt, Massy, Neukomm, Pfund, Reimann, Schüle, Segmüller, Spälti, Vannay, Zehnder (31)

S *Hänsenberger*, Andermatt, Arnold, Bauer, Binder, Bühler, Debétaz, Kündig, Masoni, Matossi, Meier Josi, Schmid, Schönenberger, Steiner, Weber (15)

1984 4. Oktober: Der Nationalrat hat die Artikel 1-34 durchberaten.

Motion I der Kommission des Nationalrates, vom 6. Juli 1984:

Ärzteüberfluss

Der Bundesrat wird eingeladen, im Rahmen der Bildungs- und Gesundheitspolitik in Zusammenarbeit mit den Kantonen Massnahmen zu treffen, um die Ursachen und Auswirkungen des Ärzteüberflusses wirksam anzugehen; dabei muss eine ausreichende Gesundheitsversorgung gewährleistet bleiben.

Motion II der Kommission des Nationalrates, vom 6. Juli 1984:

Krankenversicherung. Finanzierung

Der Bundesrat wird eingeladen, dem Parlament eine Vorlage über die Finanzierung der Krankenversicherung (Krankenpflege) zu unterbreiten, mit dem Ziel, die Bundesbeiträge nach den wirtschaftlichen Verhältnissen der Versicherten auszurichten.

Motion III der Kommissionsminderheit (Günter) des Nationalrates, vom 6. Juli 1984:

Alkoholsteuer zugunsten der Krankenkassen

Die vorliegende Revision des Krankenversicherungsgesetzes wird erhöhte Ausgaben für die Krankenkassen mit sich bringen. Der Bundesrat wird daher aufgefordert, zu deren teilweisen Deckung eine Alkoholsteuer auf allen alkoholhaltigen Getränken, abgestuft nach dem Gehalt an Alkohol, dem Nationalrat vorzulegen. Der Ertrag dieser Steuer ist zweckgebunden für die Senkung der Krankenkassenprämien zu verwenden.

Motion IV der Kommissionsminderheit (Zehnder) des Nationalrates, vom 6. Juli 1984:

Soziale Krankenversicherung. Arztrecht

Der Bundesrat wird ersucht, den eidgenössischen Räten unverzüglich eine Vorlage zur Änderung des in der Sozialen Krankenversicherung geltenden Arztrechtes zu unterbreiten. Insbesondere ist zu gewährleisten, dass bei Fehlen eines Vertrages zwischen Ärzten und Krankenkassen

1. alle Versicherten während unbeschränkter Dauer Anspruch auf Rechnungsstellung nach dem behördlich festgesetzten Arzttarif haben;
2. die Weiterführung der Kosten- und Leistungskontrollen für die Krankenkassen ohne besondere Erschwernisse möglich ist;
3. der einzelne Arzt den Verzicht auf jegliche Tätigkeit im Rahmen der Sozialen Krankenversicherung nur bei Vorliegen besonderer persönlicher oder beruflicher Gründe bei der zuständigen Behörde erklären kann, eine kollektive Verweigerung des Tarifschutzes gegenüber den Versicherten somit nicht mehr möglich ist.

A. Bundesgesetz über die Krankenpflegeversicherung inkl. Erweiterung der Leistungen bei Mutterschaft

1984 12. Dezember. Beschluss des Nationalrates abweichend vom Entwurf des Bundesrates.

B. Bundesgesetz über die Krankengeldversicherung inklusive Taggeld bei Mutterschaft

1984 13. Dezember. Beschluss des Nationalrates abweichend vom Entwurf des Bundesrates.

Motion I der Kommission

1984 13. Dezember. Beschluss des Nationalrates: Die Motion wird in nachstehender Form eines Postulates angenommen:

Der Bundesrat wird eingeladen zu prüfen, ob es nicht angezeigt wäre, im Rahmen der ...

Motion II der Kommission

1984 13. Dezember. Beschluss des Nationalrates: Die Motion wird angenommen. – An den Ständerat.

Motionen III und IV der Kommissionsminderheiten

1984 13. Dezember. Beschluss des Nationalrates: Die beiden Motionen werden abgelehnt.

84/81.044 n Assurance-maladie. Révision partielle

Message et projet de loi du 19 août 1981 (FF II, 1069) sur la révision partielle de l'assurance-maladie.

N Egli-Winterthour, Allenspach, Ammann-Berne, Basler, Berger, Bonny, Borel, Bratschi, Butty, Columberg, Darbelay, Dirren, Dupont, Eisenring, Frey-Neuchâtel, Früh, Gautier, Gloor, Günter, Hari, Hösli, Landolt, Massy, Neukomm, Pfund, Reimann, Schüle, Segmüller, Spälti, Vannay, Zehnder (31)

E Hänsenberger, Andermatt, Arnold, Bauer, Binder, Bühler, Debétaz, Kündig, Masoni, Matossi, Meier Josi, Schmid, Schönenberger, Steiner, Weber (15)

1984 4 octobre: Le Conseil national suspend ses travaux après l'examen des articles 1 à 34.

Motion I de la commission du Conseil national, du 6 juillet 1984

Nombre de médecins

Le Conseil fédéral est invité à prendre des mesures, avec le concours des cantons, dans le cadre de la politique de formation et de santé, afin de s'attaquer efficacement aux causes et aux conséquences du nombre excessif de médecins; toutefois ce faisant, un service de santé suffisant doit être garanti.

Motion II de la commission du Conseil national, du 6 juillet 1984

Assurance-maladie. Financement

Le Conseil fédéral est invité à présenter au Parlement un projet sur le financement de l'assurance-maladie (soins médicaux et pharmaceutiques) prévoyant que les subventions fédérales seront réparties en fonction de la situation économique des assurés.

Motion III de la minorité de la commission (Günter) du Conseil national, du 6 juillet 1984

Impôt général sur l'alcool en faveur des caisses-maladie

La présente révision de la loi sur l'assurance-maladie entraînera une augmentation des dépenses pour les caisses-maladie. Le Conseil fédéral est, dès lors, invité à proposer au Conseil national le prélèvement d'un impôt sur l'alcool, et cela sur toutes les boissons contenant de l'alcool; cet impôt serait échelonné en fonction de la teneur en alcool et couvrirait partiellement l'augmentation des dépenses précitée. Le montant ainsi perçu devra être utilisé pour réduire les cotisations des caisses-maladie.

Motion IV de la minorité de la commission (Zehnder) du Conseil national, du 6 juillet 1984

Assurance-maladie sociale. Droit médical

Le Conseil fédéral est prié de soumettre immédiatement aux Chambres fédérales un projet modifiant le droit médical en vigueur dans l'assurance-maladie sociale. Ce faisant, il conviendra de garantir qu'au cas où aucune convention ne peut être passée entre médecins et caisses-maladie

1. tous les assurés ont droit, pendant une période illimitée, à ce que les factures soient établies d'après le tarif médical fixé par l'autorité compétente;
2. les caisses-maladie peuvent continuer à contrôler les coûts et les prestations, sans complications;
3. le médecin individuel ne peut déclarer à l'autorité compétente qu'il renonce à exercer son activité à la charge de l'assurance-maladie sociale que s'il dispose, pour ce faire, de motifs personnels ou professionnels; un refus collectif de la protection tarifaire accordée aux assurés n'est par conséquent plus possible.

Projet de la commission du Conseil national, du 6 juillet 1984

A. Loi fédérale sur l'assurance des soins médico-pharmaceutiques, y compris l'extension des prestations en cas de maternité

1984 12 décembre. Décision du Conseil national modifiant le projet du Conseil fédéral.

B. Loi fédérale sur l'assurance d'une indemnité journalière, y compris l'indemnité journalière en cas de maternité

1984 13 décembre. Décision du Conseil national modifiant le projet du Conseil fédéral.

Motion I de la commission

1984 13 décembre. Décision du Conseil national: La motion est adoptée sous la forme d'un postulat ainsi conçu:

Le Conseil fédéral est invité à examiner s'il ne serait pas indiqué de prendre des mesures, ...

Motion II de la commission

1984 13 décembre. Décision du Conseil national: La motion est adoptée. – Au Conseil des Etats.

Motions III et IV de la minorité de la commission

1984 13 décembre. Décision du Conseil national: Les deux motions sont rejetées.

Persönliche Vorstösse

Nationalrat

209/85.903 M Braunschweig – Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau. Ratifikation des Übereinkommens (3. Oktober 1985)

Nach der eindrucklichen Annahme des neuen Eherechts durch das Schweizer Volk vom 22. September 1985 ersuchen wir den Bundesrat, die Ratifikation des «Übereinkommens über die Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau» vom 18. Dezember 1979 sobald als möglich in die Wege zu leiten, nachdem der Bundesrat dies sowohl im Bericht über die schweizerische Menschenrechtspolitik als auch in der UNO-Botschaft in Aussicht gestellt hat.

Ursprünglich machte der Bundesrat die Ratifikation des Übereinkommens vor allem vom Gleichheitsartikel 4 Absatz 2 in der Bundesverfassung abhängig. Etwas enttäuschend erwähnte der Bundesrat in der Fragestunde vom 10. Dezember 1984 neben der Annahme des neuen Eherechts weitere Gesetzesrevisionen (Bundesgesetz über Erwerb und Verlust des Schweizer Bürgerrechts, Arbeits- und Sozialgesetzgebung) als Voraussetzung für die Ratifikation des Übereinkommens. Demgegenüber ersuchen wir den Bundesrat, die Ratifikation nicht auf unbestimmte Zeit zu verschieben. Die absolute Gleichberechtigung zwischen den Geschlechtern im philosophischen Sinn wird ohnehin immer eine Utopie sein. Das Schweizer Volk hat in dessen in den Jahren 1971 bis 1985 in etlichen Volksabstimmungen den Willen zur Gleichberechtigung zwischen Frau und Mann zum Ausdruck gebracht. Mit dieser demokratischen Willensbildung ist die wichtigste Voraussetzung für die Ratifikation des Übereinkommens über die Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau vom 18. Dezember 1979 erfüllt.

Mitunterzeichner: Ammann-St. Gallen, Bäumlín, Bircher, Blunschy, Borel, Bundi, Chopard, Christinat, Clivaz, Deneys, Eggenberg-Thun, Egli-Winterthur, Euler, Fankhauser, Fehr, Fetz, Friedli, Gloor, Grendelmeier, Gurtner, Hubacher, Humbel, Jaggi, Lanz, Leuenberger-Solothurn, Leuenberger Moritz, Longet, Maeder-Appenzell, Mauch, Meizoz, Meyer-Bern, Müller-Bachs, Nauer, Neukomm, Ott, Pitteloud, Reimann, Renschler, Robbiani, Robert, Rohrer, Rubi, Ruch-Zuchwil, Ruffly, Stamm Judith, Stappung, Uchtenhagen, Vannay, Wagner, Weber Monika, Weber-Arbon, Weder-Basel, Zehnder, Ziegler (55)

209/85.903 M Braunschweig – Elimination de toutes les formes de discrimination à l'égard des femmes. Ratification de la convention (3 octobre 1985)

Le 22 septembre 1985, une majorité impressionnante du peuple suisse a accepté le nouveau droit matrimonial; nous chargeons par conséquent le Conseil fédéral d'engager, le plus rapidement possible, la procédure de ratification de la Convention du 18 décembre 1979 sur l'élimination de toutes les formes de discrimination à l'égard des femmes. Cela est d'autant plus nécessaire que le Conseil fédéral l'a promis lui-même et dans le rapport sur la politique suisse en matière de droits de l'homme, et dans son message concernant l'adhésion de la Suisse à l'ONU.

Initialement, le Conseil fédéral faisait dépendre la ratification de la Convention avant tout de l'article sur l'égalité des hommes et des femmes (constitution fédérale, art. 4, al. 2). A notre déception, il a, lors de l'heure des questions du 10 décembre 1984, posé des conditions supplémentaires à cette ratification, soit l'acceptation du nouveau droit matrimonial, ainsi que la révision d'autres lois encore (Loi fédérale sur l'acquisition et la perte de la nationalité suisse et législation dans le domaine social et en matière de travail). C'est pourquoi nous attendons du Conseil fédéral qu'il cesse de renvoyer cette ratification aux calendes grecques! Nous savons que l'égalité absolue entre les sexes – l'égalité telle que l'entendent les philosophes – sera toujours une utopie. Il n'en reste pas moins que le peuple suisse a exprimé plusieurs fois, à l'occasion des votations organisées entre 1971 et 1985, sa volonté de traduire cette égalité dans les faits. Et cette évolution de l'opinion publique satisfait à la condition sine qua non de la ratification de la Convention du 18 décembre 1979 sur l'élimination de toutes les formes de discrimination à l'égard des femmes.

Cosignataires: Ammann-Saint-Gall, Bäumlín, Bircher, Blunschy, Borel, Bundi, Chopard, Christinat, Clivaz, Deneys, Eggenberg-Thoune, Egli-Winterthur, Euler, Fankhauser, Fehr, Fetz, Friedli, Gloor, Grendelmeier, Gurtner, Hubacher, Humbel, Jaggi, Lanz, Leuenberger-Soleure, Leuenberger

Moritz, Longet, Maeder-Appenzell, Mauch, Meizoz, Meyer-Berne, Müller-Bachs, Nauer, Neukomm, Ott, Pitteloud, Reimann, Renschler, Robbiani, Robert, Rohrer, Rubi, Ruch-Zuchwil, Ruffly, Seiler, Stamm Judith, Stappung, Uchtenhagen, Vannay, Wagner, Weber Monika, Weber-Arbon, Weder-Bäle, Zehnder, Ziegler (55)

293/85.369 M Gurtner – Schweizerisches Frauenmuseum (7. März 1985)

Der Bundesrat wird beauftragt, ein Konzept für ein Frauenmuseum in der Schweiz ausarbeiten zu lassen. In diesem Konzept müssen

1. Vorschläge zur Darstellung und Erforschung der Geschichte, Kultur und Stellung der Frau in der Schweiz enthalten sein;
2. sollen strukturelle, finanzielle und räumliche Vorstellungen entwickelt werden und
3. soll ein Betriebskonzept erarbeitet werden.

Mitunterzeichner: Blunschy, Christinat, Deneys, Friedli, Grendelmeier, Jaggi, (Mascarin), Mauch, Morf, Pitteloud, Robert, Stamm Judith, Uchtenhagen, Vannay (14)

293/85.369 M Gurtner – Maison suisse de la femme (7 mars 1985)

Le Conseil fédéral est chargé de faire élaborer un projet de musée suisse de la femme. Ce projet devra inclure:

1. des propositions quant à la façon de rechercher et de présenter des faits relatifs à l'histoire, la culture et la situation de la femme en Suisse;
2. des propositions concernant la structure, le financement et la configuration d'un tel musée;
3. des principes de gestion.

Cosignataires: Blunschy, Christinat, Deneys, Friedli, Grendelmeier, Jaggi, (Mascarin), Mauch, Morf, Pitteloud, Robert, Stamm Judith, Uchtenhagen, Vannay (14)

× 295/85.544 M Gurtner – Notzucht. Revision Artikel 187 StGB (17. September 1985)

Bundesrat und Parlament werden aufgefordert, Artikel 187 StGB neu wie folgt zu formulieren:

Wer mit einer Frau gegen ihren Willen den Beischlaf vollzieht wird mit Zuchthaus nicht unter 2 Jahren bestraft.

Mitunterzeichnerin: Fetz (1)

1985 20. Dezember. Beschluss des Nationalrates: Die Motion wird abgelehnt.

× 295/85.544 M Gurtner – Code pénal. Révision de l'article 187 (viol) (17 septembre 1985)

Nous invitons le Conseil fédéral et le Parlement à reformuler l'article 187 CP comme il suit:

Celui qui aura contraint une femme à subir l'acte sexuel sera puni de la réclusion pour deux ans au moins.

Cosignataire: Fetz (1)

1985 20 décembre. Décision du Conseil national: La motion est rejetée.

x 296/85.561 I Gurtner – Flüchtlingsfrauen in der Schweiz
(24. September 1985)

Bisher war man sich der besonderen Probleme der Flüchtlingsfrauen nicht bewusst. Dieses Jahr fand in Holland ein internationales Seminar über Flüchtlingsfrauen statt. Deutlich wurde, dass die Verfolgung von Frauen aufgrund des Geschlechts zu den Verfolgungen aufgrund der sozialen Gruppenzugehörigkeit zu zählen sei und damit als politische Verfolgung gelten kann. In diesem Sinne wird es in nächster Zeit in verschiedenen Ländern und auch im Europarat entsprechende Vorstösse geben.

Ich bitte deshalb um Beantwortung folgender Fragen:

1. Wieviele der Asylbewerber(innen) sind Frauen?
Wieviele Frauen haben bereits Asyl erhalten?
2. Zivilstand: Wieviele Frauen sind ledig, verheiratet, geschieden, verwitwet? Wieviele Frauen sind mit Kindern hier?
3. Aus welchen Ländern stammen die Frauen und welches sind ihre Fluchtgründe?
4. Wird sexuelle Gewalt gegen Frauen in der Schweiz als Asylgrund anerkannt? Wenn ja, wievielen Frauen wurde aufgrund einer diesbezüglichen Verfolgung Asyl gewährt?
5. Ist sich das Bundesamt für Polizeiwesen des Problems von geschlechtsspezifischer Verfolgung von geflüchteten Frauen bewusst?
Welche Studien über die Situation von Flüchtlingsfrauen wurden bisher durchgeführt und gefördert? Wenn keine, welche können ins Auge gefasst werden?
6. Steht beim Bundesamt für Polizeiwesen genügend speziell geschultes weibliches Personal zur Verfügung, um mit den diesbezüglichen Problemen umzugehen?
7. Wird von den Hilfswerken und den kommunalen Fürsorgestellen, die sich mit der Betreuung von Flüchtlingen beschäftigen, verlangt, dass sie sich den speziellen Problemen von verfolgten und geflüchteten Frauen annehmen?

Mitunterzeichnerin: Fetz

(1)

1985 20. Dezember: Die Interpellation ist erledigt durch die schriftliche Antwort des Bundesrates.

x 296/85.561 I Gurtner – Réfugiées en Suisse
(24 septembre 1985)

Même dans un passé très récent, les problèmes particuliers auxquels sont confrontées les femmes réfugiées étaient mal connus. Cette année, au cours d'un séminaire international organisé en Hollande sur les réfugiées, il est apparu que la persécution des femmes en raison de leur sexe devait être inscrite au chapitre social persécutions dont les victimes appartiennent à un groupe social déterminé; elle entre par conséquent dans la catégorie de la persécution politique. Cette prise de conscience est susceptible, dans un proche avenir, d'entraîner, dans divers pays et même au sein du Conseil de l'Europe, des interventions relatives à ce problème.

C'est pourquoi je prie le Conseil fédéral de répondre aux questions suivantes:

1. Quelle est la proportion de femmes parmi les requérants d'asile? A combien d'entre elles l'asile a-t-il été octroyé à ce jour?
2. Quel est l'état civil de ces femmes (célibataires, mariées, divorcées, veuves)? Combien d'entre elles ont des enfants à charge?
3. Quel est le pays d'origine de ces femmes et pour quels motifs l'ont-elles fui?
4. La Suisse reconnaît-elle le statut de réfugiées à des femmes à qui il a été fait violence sexuellement? Si oui, à combien de femmes l'asile a-t-il été accordé pour ce motif?
5. L'Office fédéral de la police a-t-il conscience du problème que constitue la persécution dont sont victimes les femmes réfugiées en raison de leur sexe?
Quelles études a-t-on réalisées, ou éventuellement ordonnées, sur la situation des femmes réfugiées? Au cas où il n'y en aurait pas, lesquelles peut-on envisager?
6. L'Office fédéral de la police dispose-t-il en suffisance d'un personnel féminin spécialement formé pour faire face aux problèmes susmentionnés?
7. Les œuvres d'entraide et les bureaux communaux d'assistance qui s'occupent des réfugiés sont-ils tenus de traiter les problèmes spécifiques des femmes persécutées et réfugiées?

Cosignataire: Fetz

(1)

1985 20 décembre: L'interpellation est liquidée par la réponse écrite du Conseil fédéral.

297/85.947 M Gurtner – Diskriminierung der Frau in der Amtssprache (10. Dezember 1985)

Der Bundesrat wird beauftragt, zu verfügen, dass in allen Unterlagen, Verlautbarungen, Gesetzestexten, Verordnungen und insbesondere auch bei Stellenausschreibungen, Berufsbezeichnungen und Titeln der Bundesbehörden, die weibliche Form ebenfalls eingeführt und genannt werden muss, wenn nicht ausschliesslich Männer angesprochen werden sollen.

Mitunterzeichner: Fetz, Herzog

(2)

297/85.947 M Gurtner – Discrimination de la femme dans la terminologie officielle (10 décembre 1985)

Le Conseil fédéral est chargé de prendre les dispositions nécessaires pour qu'on introduise et qu'on utilise aussi le genre féminin, lorsque les hommes ne sont pas seuls concernés, dans tous les documents, communications officielles, textes de loi, ordonnances et surtout pour les offres d'emploi, les désignations de postes dans l'administration et les titres des autorités fédérales.

Cosignataires: Fetz, Herzog

(2)

298/85.948 P Gurtner – Menschenhandel mit ausländischen Frauen und Prostitutionstourismus (10. Dezember 1985)

Der Bundesrat wird gebeten, Massnahmen und rechtliche Grundlagen auszuarbeiten, um

1. gegen Touristikunternehmen vorzugehen, die mehr oder weniger offen mit Prostitution in Entwicklungsländern werben, sie ermöglichen oder vermitteln;
2. gegen Heiratsvermittlungsinstitute vorzugehen, die unter Ausnutzung von der Notlage der Frauen in der 3. Welt, Ehen vermitteln, bei denen die Frauen aufgrund ihrer Herkunft, Sprache, Kultur und Bildungsstand in Abhängigkeit von Männern geraten und entsprechend leicht ausgenutzt werden können;
3. die «Einfuhr» von ausländischen Mädchen und Frauen aus Entwicklungsländern für Vergnügungslöcher und Bordellbetriebe in der Schweiz zu stoppen;
4. im Rahmen eines Pilotversuchs eine Informationskampagne über die Zusammenhänge von Sextourismus, Prostitution, Heiratsvermittlung und sozialer Not in einem von diesen Problemen stark betroffenen Land Südostasiens, Afrikas oder Lateinamerikas durchzuführen. Die Ergebnisse sollen veröffentlicht werden und als Grundlage dienen für weitere diesbezügliche Projekte.

Mitunterzeichner: Fetz

(1)

298/85.948 P Gurtner – Traite de femmes étrangères et tourisme sexuel (10 décembre 1985)

Le Conseil fédéral est invité à prévoir des mesures et à élaborer des bases légales dans le dessein de:

1. S'attaquer aux entreprises et agences de tourisme qui font plus ou moins ouvertement de la publicité pour la prostitution dans les pays en développement, qui facilitent cette pratique ou s'entremettent en sa faveur;
2. S'en prendre aux agences matrimoniales qui, exploitant la détresse des femmes du Tiers Monde, arrangent des mariages dans lesquels ces femmes sont sous la coupe ou la dépendance d'hommes en raison de leur origine, de leur langue, de leur culture et du niveau de leur instruction ou formation et qui, de ce fait, peuvent d'autant plus aisément être exploitées;
3. Bloquer l'«importation» de jeunes filles et femmes étrangères venant de pays en développement, qui sont introduites dans notre pays à l'intention d'établissements tels que cabarets et boîtes de nuit, ainsi que de maisons de débauche et de prostitution;

4. Entreprenre et poursuivre une campagne d'information, dans le cadre d'un essai pilote, sur les rapports entre le tourisme à motivation sexuelle, la prostitution, les agences spécialisées dans la conclusion de mariages, d'une part, et d'autre part, le dénuement ou la détresse sociale qui règne dans un des pays d'Asie du Sud-Est, d'Afrique ou d'Amérique latine, les plus touchés par ces problèmes. Les résultats en seront rendus publics; ils devront aussi servir de base à d'autres projets du même ordre.

Cosignataire: Fetz

(1)

301/84.499 M (Hegg)-Oehen - Strafgesetzbuch Artikel 122. Revision (19. September 1984)

Der Bundesrat wird eingeladen, den eidgenössischen Räten einen Revisionsvorschlag für den Artikel 122 StGB vorzulegen, welcher bei Bestehen einer medizinischen, sozial-medizinischen oder eugenischen Indikation die chirurgische Sterilisation rechtmässig erklärt, und zwar unabhängig von der Frage der Urteilsfähigkeit des oder der Operierten. In allen übrigen Fällen ist die Sterilisation zu verbieten.

Mitunterzeichner: Günter, Oehen, Soldini

(3)

1985 4. März: Die Motion wird von Herrn Oehen übernommen.

301/84.499 M (Hegg)-Oehen - Code pénal. Révision de l'article 122 (19 septembre 1984)

Le Conseil fédéral est chargé de présenter aux Conseils législatifs un projet de révision de l'art. 122 du code pénal qui légalise la stérilisation chirurgicale lorsqu'il y a indication médicale, médico-sociale ou eugénique et quelle que soit la capacité de discernement de celui ou celle qui subit l'intervention. Dans tous les autres cas, la stérilisation doit rester interdite.

Cosignataires: Günter, Oehen, Soldini

(3)

1985 4 mars: La motion est reprise par M. Oehen.

340/84.923 P Maitre-Genf - Familien, verheiratete und unverheiratete Paare. Besteuerung (13. Dezember 1984)

Der Bundesrat wird gebeten, den eidgenössischen Räten einen Entwurf zur Änderung der Bundessteuergesetzgebung vorzulegen, um einerseits die Gleichbehandlung verheirateter und unverheirateter Paare zu sichern und andererseits die finanziellen Möglichkeiten von Familien mit Unterhaltsverpflichtungen besser zu berücksichtigen (Einheitstarif, Familienkoeffizient).

Mitunterzeichner: Aubry, Basler, Berger, Blunschy, Bonny, Butty, Candaux, Cantieni, Cevey, de Chastonay, Cincera, Columberg, Cottet, Cotti Flavio, Cotti Gianfranco, Couchepin, Coutau, Darbellay, Dirren, Dubois, Dupont, Eggly-Genf, Etique, Fischer-Hägglingsen, Fischer-Sursee, Flubacher, Frey-Neuenburg, Früh, Gautier, Gehler, Geissbühler, Giudici, Gloor, Grassi, Grendelmeier, Hess, Hofmann, Houmard, Iten, Jung, Keller, Kohler Raoul, Kühne, Landolt, Lüchinger, Martin, Massy, Meizoz, Müller-Meilen, Neuenschwander, Nussbaumer, Oehler, Ogi, Perey, Petitpierre, Pfund, Pidoux, Pini, Revaclier, Riesen-Freiburg, Rime, Risi-Schwyz, Röthlin, Ruckstuhl, Rüttimann, Sager, Salvioni, Savary-Freiburg, Savary-Waadt, Schärli, Schmidhalter, Schneider-Luzern, Schnyder-Bern, Schüle, Schwarz, Segmüller, Seiler, Spoerry, Stamm Judith, Steinegger, Stucky, Thévoz, Tschuppert, Wanner, Weber-Schwyz, Weber Leo, Wellauer, Widmer, Wyss, Zbinden, Ziegler, Zwingli (92)

340/84.923 P Maitre-Genève - Imposition du couple et de la famille (13 décembre 1984)

Le Conseil fédéral est invité à soumettre aux Chambres fédérales un projet de révision du droit fiscal fédéral, visant à assurer l'égalité de traitement entre couples mariés et non mariés, d'une part, et à mieux tenir compte de la capacité financière des familles avec charges, d'autre part (Barème unique et coefficient familial).

Cosignataires: Aubry, Basler, Berger, Blunschy, Bonny, Butty, Candaux, Cantieni, Cevey, de Chastonay, Cincera, Columberg, Cottet, Cotti Flavio, Cotti Gianfranco, Couchepin, Coutau, Darbellay, Dirren, Dubois, Dupont, Eggly-Genève, Etique, Fischer-Hägglingsen, Fischer-Sursee, Flubacher, Frey-Neuchâtel, Früh, Gautier, Gehler, Geissbühler, Giudici, Gloor, Grassi, Grendelmeier, Hess, Hofmann, Houmard, Iten, Jung, Keller, Kohler Raoul, Kühne, Landolt, Lüchinger, Martin, Massy, Meizoz, Müller-Meilen, Neuenschwander, Nussbaumer, Oehler, Ogi, Perey, Petitpierre, Pfund, Pidoux, Pini, Revaclier, Riesen-Fribourg, Rime, Risi-Schwyz, Röthlin, Ruckstuhl, Rüttimann, Sager, Salvioni, Savary-Fribourg, Savary-Vaud, Schärli, Schmidhalter, Schneider-Lucerne, Schnyder-Berne, Schüle, Schwarz, Segmüller, Seiler, Spoerry, Stamm Judith, Steinegger, Stucky, Thévoz, Tschuppert, Wanner, Weber-Schwyz, Weber Leo, Wellauer, Widmer, Wyss, Zbinden, Ziegler, Zwingli (92)

Adressen der Autoren und Autorinnen

Claude Longchamp
lic.phil.hist., Assistent am
Forschungszentrum für schweizerische Politik
Neubrückstrasse 10, 3012 Bern

Prof. Dr.iur. Günter Stratenwerth
Institut für Rechtswissenschaft
Maiengasse 51, 4056 Basel

Greta Lauterburg
Fürsprecherin
Blumensteinstrasse 16, 3012 Bern

Barbara Fischer
lic.iur., Assistentin am
Institut für Rechtswissenschaft
Maiengasse 51, 4056 Basel

Elisabeth Kästli
BR-Journalistin
Quart-Dessus 1, 2606 Corgémont

Martine Chaponnière
lic.ès.sc.pol.
16, rue de l'Hôtel-de-Ville, 1204 Genève